

PPF II
(„PMG PARTNERS FUNDS II“)

VERKAUFSPROSPEKT
mit Verwaltungsreglement

März 2026

PPF II

(„PMG PARTNERS FUNDS II“)

fonds commun de placement à compartiments multiples
gemäß Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010
über Organismen für gemeinsame Anlagen

VERKAUFSPROSPEKT (mit Verwaltungsreglement)

März 2026

Der Verkaufsprospekt ist nur gültig in Verbindung mit dem Verwaltungsreglement, dem letzten Jahresbericht des Fonds und, wenn der Stichtag des letzteren länger als 8 Monate zurückliegt, zusätzlich mit einem jüngeren Halbjahresbericht. Beide Berichte sind Bestandteil des Verkaufsprospektes. Eine Kurzdarstellung des Fonds ist in Form des Dokuments mit den wesentlichen Informationen für den Anleger (die „Basisinformationsblätter“) verfügbar. Sämtliche vorgenannten Unterlagen stehen allen gegenwärtigen und zukünftigen Anlegern jederzeit kostenlos zur Verfügung.

Niemand ist ermächtigt, sich auf Angaben zu berufen, welche nicht in dem Verkaufsprospekt oder in Unterlagen enthalten sind, auf welche der Verkaufsprospekt sich beruft und welche der Öffentlichkeit zugänglich sind.

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Der Fonds	4
2. Ausschluss von US-Personen	4
3. Die Anlagepolitik	5
4. Die Verwaltungsgesellschaft	15
5. Die Verwahrstelle	16
6. Die OGA-Administration, inklusive Register- und Transferstelle	18
7. Der Fondsmanager	19
7.1 Der Sub-Fondsmanager	19
8. Der Erwerb, die Rückgabe und der Umtausch von Anteilen	20
9. Zahlungen und Informationen	22
10. Steuern	22
11. Währungssicherungsgeschäfte (Hedging)	23
12. Benchmark	24
13. Datenschutz	24
14. Wichtige Hinweise zur Risikobetrachtung	25
15. Verbriefung von Anteilen	30
16. Anlage in Investmentfonds	30
Überblick über wichtige Daten aller Teilfonds	31
Management und Verwaltung	37
Verwaltungsreglement	38
Zusätzliche Informationen für Anleger in der Bundesrepublik Deutschland	56
Zusätzliche Informationen für Anleger in Österreich	57
Zusätzliche Informationen für Anleger in der Schweiz	58

Verkaufsprospekt

1. Der Fonds

Der im vorliegenden Verkaufsprospekt beschriebene Investmentfonds ist ein nach Luxemburger Recht als Umbrella-Fonds mit der Möglichkeit der Auflegung verschiedener Teilfonds in der Form eines *fonds commun de placement à compartiments multiples* errichtetes Sondervermögen aus Wertpapieren und sonstigen zulässigen Vermögenswerten. Er wurde nach Teil I des Luxemburger Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen (das „Gesetz von 2010“) aufgelegt und erfüllt die Anforderungen der geänderten Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 („Richtlinie 2009/65/EG“).

Der Fonds wird von Opportunity Fund Management („Verwaltungsgesellschaft“) verwaltet.

Die Beteiligung an dem Fonds richtet sich nach diesem Verkaufsprospekt und dem anschließend abgedruckten Verwaltungsreglement. Beide Unterlagen zusammen bilden die Basis für den Erwerb von Anteilen.

Für die einzelnen Teilfonds können gemäß Artikel 5 des Verwaltungsreglements Anteile verschiedener Anteilklassen ausgegeben werden.

Das Verwaltungsreglement des Fonds wurde erstmals am 2. Juli 2015 im Mémorial C veröffentlicht. Eine letzte Änderung des Verwaltungsreglements trat am 1. März 2026 in Kraft und wurde am 1. März 2026 im „Recueil Electronique des Sociétés et Associations“ (RESA) hinterlegt und veröffentlicht.

2. Ausschluss von US-Personen

Die Anteile dürfen nicht von „US-Personen“ gehalten werden.

US-Personen sind:

- a) solche natürlichen Personen, die
 - i) in den USA oder einem ihrer Territorien bzw. Hoheitsgebiete geboren wurden,
 - ii) eingebürgerte Staatsangehörige sind (bzw. Green Card Holder),
 - iii) im Ausland als Kind eines Staatsangehörigen der USA geboren wurden,
 - iv) ohne Staatsangehöriger der USA zu sein, sich überwiegend in den USA aufhalten oder
 - v) mit einem Staatsangehörigen der USA verheiratet sind
 - vi) in den USA wohnen;
- b) juristische US-Personen, insbesondere:
 - i) Personen- und Kapitalgesellschaften, Pensionsfonds oder sonstige Unternehmen oder juristische Einheiten, die unter den Gesetzen eines der 50 US-Bundesstaaten oder des Columbia District oder unter dem Act of Congress gegründet wurden oder in einem US-Handelsregister eingetragen sind;
 - ii) jedes Vermögen (Estate), dessen Vollstrecker oder Verwalter eine US-Person ist;
 - iii) jedes Treuhandvermögen (Trust), sofern
 - ein Gericht innerhalb der Vereinigten Staaten nach geltendem Recht befugt wäre, Verfügungen oder Urteile über im Wesentlichen alle Fragen der Verwaltung des Trusts zu erlassen, und
 - eine oder mehrere Personen der Vereinigten Staaten befugt sind, alle wesentlichen Entscheidungen des Trusts zu kontrollieren, oder einen Nachlass eines Erblassers, der Staatsbürger der Vereinigten Staaten oder dort ansässig ist. Dieser Spiegelstrich ist in Übereinstimmung mit dem Steuergesetzbuch der Vereinigten Staaten auszulegen
 - iv) eine sich in den USA befindliche Zweigstelle oder Filiale einer juristischen Einheit, die keine US-Person ist;
 - v) jedes diskretionäre oder nicht-diskretionäre Konto oder ähnliche Konto (soweit es sich nicht um ein Vermögen oder einen Trust nach Buchstaben ii) und iii) handelt), das von einem Händler (Dealer), Verwalter oder Treuhänder zugunsten oder auf Rechnung einer US-Person gehalten wird;
 - vi) jedes diskretionäre Konto oder ähnliches Konto (soweit es sich nicht um ein Vermögen oder einen Trust nach Buchstaben b) und c) handelt), das von einem in den USA gegründeten oder eingetragenen Händler (Dealer), Verwalter, Treuhänder oder einer US-Person gehalten wird
 - vii) jede unter dem Recht eines anderen als der USA oder deren Staaten durch oder für eine US-Person gegründete oder eingetragene juristische Einheit, die grundsätzlich zur Durchführung einer oder mehrerer Transaktionen, die unter die „offshore exemption“ der Volcker Rule fallen, gegründet wurde,
 - viii) jede passive „NFFE“ (Non Financial Foreign Entity) mit mindestens einer beherrschenden Person (welche mehr als 25 % der stimmberechtigten Aktien hält), die Staatsbürger der Vereinigten Staaten oder dort ansässig ist,
 - ix) jedes „nichtteilnehmende Finanzinstitut“ („Nonparticipating Financial Institution“).

Die oben genannten Definitionen einer US-Person sind im Sinne von FATCA (FATCA-Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Großherzogtum Luxemburg vom 28. März 2014) auszulegen. Nichtteilnehmende Finanzinstitute im Sinne von Absatz 3 Nr. 2 i) dieses Artikels werden wie US-Personen behandelt.

Die Verwaltungsgesellschaft wird etwaige Zeichnungsanträge von Investoren gemäß Ziffer 2 des Verkaufsprospektes ablehnen.

3. Die Anlagepolitik

Ziel der Anlagepolitik ist die nachhaltige Wertsteigerung der von den Anlegern eingebrachten Anlagemittel.

Zu diesem Zweck wird die Verwaltungsgesellschaft den Anlegern eine Auswahl an Fonds (die „Teilfonds“) anbieten, die sich untereinander durch die in der nachfolgenden Übersicht beschriebenen Anlagepolitiken unterscheiden.

Der Fonds wird keine Techniken und Instrumente, wie in Artikel 3 Punkt 11 und 18 der Verordnung (EU) 2015/2365 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über die Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften (die „SFTR“) definiert, einsetzen. Sofern der Fonds zukünftig beabsichtigt diese Techniken und Instrumente einzusetzen, wird das Verkaufsprospekt des Fonds entsprechend den Vorschriften der SFTR angepasst. Der Fonds tätigt keine umgekehrten Pensionsgeschäfte, wie in Artikel 3 Punkt 9 der SFTR definiert.

Es werden derzeit Anteile der folgenden Teilfonds zur Anlage angeboten:

- **PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund**
- **PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources**
- **PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund**

Dieses Angebot kann nach Ermessen der Verwaltungsgesellschaft um Teilfonds mit anderen Anlageschwerpunkten ergänzt werden.

3.1. PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund

Allgemeines zur Anlagepolitik des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund

Ziel der Anlagepolitik des PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund („Teilfonds“) ist es, einen angemessenen langfristigen Wertzuwachs aus Kapitalwachstum und Ertrag bei einer angemessenen Risikoverteilung hauptsächlich mittels Anlagen in ein Portfolio aus Aktien von Unternehmen weltweit zu erzielen, welche im Infrastrukturbereich tätig sind. Bei der Auswahl der Anlagen wird ebenfalls ein starker Fokus auf die Nachhaltigkeit gelegt.

Die Performance des Teilfonds wird in den entsprechenden Basisinformationsblättern angegeben.

Zur Erreichung der Anlageziele wird beabsichtigt, das Teilfondsvermögen zu mindestens zwei Drittel, nach Abzug der Barmittel, in sorgfältig weltweit ausgewählten Aktien und anderer Beteiligungspapiere von Unternehmen der Infrastruktur-Branche zu investieren.

Außerdem darf dieser Teilfonds bis zu einem Drittel seines gesamten Vermögens, nach Abzug von Barmittel, weltweit in alle anderen zulässigen Vermögensgegenstände investieren.

Eine direkte Anlage in spezifische Infrastrukturanlagen durch den Teilfonds ist nicht vorgesehen.

Investitionen in strukturierte Produkte auf alle zulässigen Vermögenswerte sind möglich, sofern es sich um Wertpapiere im Sinne von Artikel 2 der Großherzoglichen Verordnung vom 8. Februar 2008 handelt.

Anteile von OGAW oder von anderen OGA werden nur bis zu einer Höchstgrenze von 10% des Teilfondsvermögens erworben.

Mindestens 51% des Wertes des Fonds werden in Kapitalbeteiligungen i. S. d. § 2 Absatz 8 des deutschen Investmentsteuergesetzes angelegt (zur Definition der Kapitalbeteiligungen in diesem Sinne, vgl. Artikel 4 Nr. 11 des Verwaltungsreglements „Investmentsteuerrechtliche Vorgaben“). Dabei können die tatsächlichen Kapitalbeteiligungsquoten von Ziel-Investmentfonds berücksichtigt werden.

Zur Erreichung der vorgenannten Anlageziele ist auch der Einsatz abgeleiteter Finanzinstrumente („Derivate“), sowie der Einsatz von Techniken und Instrumenten sowohl zur effizienten Portfolioverwaltung als auch zur Absicherung vorgesehen.

Darüber hinaus kann je nach Einschätzung der Marktlage für den Teilfonds innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzen (kurzfristig) das Teilfondsvermögen auch vollständig in Renten, Geldmarktinstrumenten, strukturierte Produkte und Festgeldern gehalten werden.

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Der Teilfonds wird aktiv verwaltet, ohne auf eine Benchmark Bezug zu nehmen oder durch sie eingeschränkt zu sein.

Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken

Die Verwaltungsgesellschaft trifft alle Entscheidungen für den Teilfonds unter Berücksichtigung der Risiken, die sich aus Nachhaltigkeits- und insbesondere ESG-Aspekten ergeben. ESG bezieht sich auf Umwelt- (Environmental) und soziale Aspekte (Social) sowie die Unternehmensführung (Corporate Governance).

Im Rahmen der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken wird für den Teilfonds ein Minimalstandard an Risikoindekatoren berücksichtigt. Bei der Definition von entsprechenden Risiko-Limits je Teilfonds orientiert sich die Verwaltungsgesellschaft grundsätzlich an dem allgemeinen Risiko-Profil des Teilfonds, d.h. für eine Strategie, die per se größere Risiken (bspw. aufgrund der verfolgten Anlagestrategie oder der verwendeten Instrumente zur Umsetzung der Strategie) eingeht, werden auch höhere Risiken im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit toleriert. Die entsprechenden Risiko-Limite werden mit dem Fondsmanager vereinbart und gemäß den Vorgaben und Prozessen des Risikomesungsverfahrens bearbeitet.

Umsetzung der Anlagepolitik durch den Fondsmanager:

Definition Infrastruktur

Der Begriff „Infrastrukturbereich“ in diesem Zusammenhang bezieht sich auf Dienstleistungen, logistische Grundlagen und Einrichtungen, die zur Aufrechterhaltung und Entwicklung einer modernen Gesellschaft erforderlich sind. Die umfassende Bedeutung des Begriffs „Infrastrukturbereich“ wird durch diese Definition jedoch nicht eingeschränkt. Emittenten aus dem Infrastrukturbereich umfassen unter anderem Unternehmen, die sich in erster Linie mit der Planung, dem Bau, der Bereitstellung oder dem Betrieb der (a) grundlegenden Versorgung (Grundversorgung, Versorger) beispielsweise mit Wasser (dies umfasst Unternehmen, welche im Bereich der Frisch- und Abwasseraufbereitung, Einrichtungen der Wasserversorgung- und Verteilung, einschließlich Entsalzungsanlagen tätig sind), Strom und Stromversorgung, Erdgas, Erdöl, Licht, Wärme und Entsorgung, (b) Transporteinrichtungen wie (Maut-)Straßen, Flughäfen, Eisenbahnlinien, Häfen, Untergrundbahnen, Pipelines, Kanälen und Schifffahrtswegen, (c) Kommunikations- und Mediennezzen wie Telefonnetzen, Mobilfunknetzen (Antennen und Sendemasten), Kabel-, Funk- und Fernsehnetzen (Fernseh-/Funktürme, Glasfaser- und Kupferkabel) sowie Satellitensysteme, (d) sozialen und medizinischen Infrastruktureinrichtungen wie Krankenhäusern, Alters- oder Pflegeheimen, Gefängnissen, Ausbildungsstätten, Sportanlagen oder Gebäudekomplexe der öffentlichen Verwaltung, (e) schützenden Infrastruktureinrichtungen wie Dämmen oder Lawinenerbauungen befassen, sowie Unternehmen, die in erster Linie Beratungsdienstleistungen für den Infrastrukturbereich erbringen, und Unternehmen, die vornehmlich Beteiligungen an den vorgenannten Unternehmen halten. Die Allgemeingültigkeit der vorstehenden Erläuterungen wird von dieser Aufzählung jedoch nicht eingeschränkt.

Definition Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeitsresearch:

Bei der Auswahl der Anlagen wird ein starker Fokus auf die Nachhaltigkeit gelegt. Die Auswahl erfolgt daher unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien bzw. ökologischen, ethischen oder sozialen Gesichtspunkten. Das Nachhaltigkeitsresearch beinhaltet zum einen die Beurteilung von relevanten Nachhaltigkeitstrends. Nachhaltige Themen beeinflussen die langfristigen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen und sind Treiber für neue, erfolgreiche Geschäftsmodelle: Die Nachhaltigkeits-Analyse bezweckt die frühzeitige Erkennung von schlechten Risiken und maximiert die Zukunftsfähigkeit einer Anlage, macht sie somit resistenter für eine Veränderung von wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen. Damit wird die Qualität der Anlagen erhöht.

Methodik:

Die Gesamtbewertung der Wirkung von Anlagen wird in den drei Dimensionen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt analysiert. Diese Betrachtung von nachteiligen und positiven Wirkungen (Impacts) unterstützt die Selektion von Anlagen. Wenn immer möglich, wird nicht in Anlagen mit überwiegend negativen Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt investiert.

Die Bewertung der einzelnen Anlagen durch den Fondsmanager erfolgt mittels eines Rasters mit den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung: Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Dabei werden verschiedene Themenbereiche analysiert und bewertet, welche weltweit als wichtig und dringlich anerkannt sind:

- **Wirtschaft**
 - Märkte und Infrastruktur: Wird eine nachhaltige Infrastruktur für Transport, Kommunikation und Energie erstellt?
 - Arbeitsmarkt: Werden zukunftsfähige Arbeitsstellen geschaffen?
 - Technologie und Innovation: Wird die nötige technologische Entwicklung vorangetrieben?

- Gesellschaft
 - Ernährung: Wird die Nahrungsmittelkette nachhaltiger?
 - Gesundheit: Werden die Gesundheitssysteme gestärkt und der Zugang finanzierbar?
 - Bildung und Wissen: Wird der Zugang zur Information, Wissen und Bildung erleichtert?
- Umwelt
 - Biodiversität und Land: Wird die Artenvielfalt in Erde, Luft und Wasser erhalten?
 - Ressourcen und Klima: Werden Ressourcen eingespart und das Klima geschützt?
 - Wasser: Wird der Wasserverbrauch gesenkt?

Genauere Angaben über die Anlagegrenzen sind in Artikel 4 des Verwaltungsreglements enthalten.

Grundsätzlich gilt, dass vergangene Performance keine Garantie für künftige Wertentwicklungen darstellt. Es kann keine Zusicherung gemacht werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden.

Der Teilfonds darf Derivate zur Absicherung von Vermögenswerten des Teilfonds gegen Devisen-, Wertpapierkurs- und Zinsänderungsrisiken sowie zur effizienten Verwaltung des Teilfondsvermögens einsetzen. Der Einsatz von Derivaten kann z. B. Optionen auf Wertpapiere und Finanzinstrumente, Futures sowie Swap-Transaktionen und kombinierte Geschäfte wie z. B. Swaptions umfassen, die an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden oder mit Finanzinstituten gem. Artikel 4 Nr. 3 g) („OTC-Derivate“) abgeschlossen werden. Soweit Derivate im Sinne von Artikel 4 Nr. 3 g) des Verwaltungsreglements eingesetzt werden, müssen die betreffenden Anlagebeschränkungen von Artikel 4 des Verwaltungsreglements berücksichtigt werden. Des Weiteren sind die Bestimmungen des Verwaltungsreglements von Artikel 4 Nr. 8 betreffend Derivate, Artikel 4 Nr. 9 betreffend Sicherheiten und Wiederanlage von Sicherheiten sowie Artikel 4 Nr. 10 betreffend Risikomanagement-Verfahren bei Derivaten zu beachten.

Risikoprofil des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund

Unter Berücksichtigung der oben genannten Umstände und Risiken sowie durch die Konzentration auf die Bereiche „Infrastruktur“ und „Nachhaltigkeit“, kann die Anlage des Teilfondsvermögens stärkeren Kursschwankungen unterliegen und ist somit mit vergleichsweise hohen Chancen und Risiken verbunden.

Dabei spielen in Bezug auf die aktienmarktbezogene Ausrichtung des Teilfonds in sehr hohem Maße insbesondere das allgemeine Marktrisiko, das unternehmensspezifische Risiko, das Risiko in Bezug auf Anlagen im Bereich „Infrastruktur“ und „Nachhaltigkeit“ das Länder- und Regionenrisiko, das Bonitätsrisiko, die Emerging Markets-Risiken, das Liquiditätsrisiko, die Länder- und Transferrisiken, das Verwahrnisrisiko, das Konzentrationsrisiko, das Kontrahentenrisiko, Risiken bei Investitionen in Zielfonds und Adressenausfallrisiko sowie das Währungsrisiko eine wesentliche Rolle.

Anleger sollten darüber hinaus die spezifischen Risiken, welche mit einer Anlage im Bereich „Infrastruktur“ und „Nachhaltigkeit“ sowie der damit verbundenen Konzentration des Teilfondsvermögens auf diese Branche beachten. Wenn Anlagen in im Bau befindliche neue Infrastrukturprojekte getätigt werden, verbleibt ein gewisses Restrisiko, dass das Projekt nicht zu den veranschlagten Kosten, innerhalb des vorgesehenen Zeitraums oder gemäß den vereinbarten Spezifikationen fertig gestellt wird.

Der Betrieb von Infrastrukturprojekten ist mit dem Risiko ungeplanter Unterbrechungen behaftet, ausgelöst durch Katastrophen wie Zyklone, Erdbeben, Erdbeben, Überschwemmungen, Explosionen, Feuer, Terroranschläge, wesentliche Anlagenausfälle, Unterbrechungen der Pipeline oder der Stromversorgung oder sonstiger Katastrophenfälle. Eine Unterbrechung des Betriebs sowie der Versorgung kann sich negativ auf die aus diesen Vermögensgegenständen zufließenden Kapitalströme auswirken.

Falls ein Infrastrukturemittent die Anlagen nicht effizient wartet und betreibt, kann die Fähigkeit zur Zahlung von Dividenden oder Zinsen an die Anteilhaber beeinträchtigt werden. Sofern der Infrastrukturemittent keinen ausreichenden Versicherungsschutz hat oder wenn die Anlagen nicht sachgemäß betrieben werden, können erhebliche Schäden und Verluste entstehen.

Bei Infrastrukturanlagen kann es sich unter anderem um strategische Anlagen handeln, d. h. Anlagen mit nationalem oder regionalem Profil, und diese können einen Monopolcharakter haben. Aus der Art dieser Anlagen können sich angesichts des nationalen/regionalen Profils und/oder ihrer Unersetzbarkeit zusätzliche Risiken ergeben und diese Anlagen können stärker durch Terroranschläge oder politische Maßnahmen gefährdet sein. Aufgrund der grundlegenden Eigenschaften der von Infrastrukturemittenten bereitgestellten Produkte oder Dienstleistungen besteht außerdem eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass für die von diesen Emittenten angebotenen Leistungen eine konstante Nachfrage vorhanden ist. Falls ein Infrastrukturemittent diese Leistungen nicht bereit stellt, entstehen den Nutzern dieser Leistungen eventuell erhebliche Schäden und sie sind aufgrund der Merkmale der strategischen Anlagen eventuell nicht in der Lage, diese aus einer anderen Quelle zu beziehen oder entsprechende Schäden zu mindern, wodurch potenzielle Verluste erhöht werden.

Infrastrukturanlagen unterliegen oft einer Reihe von komplexen juristischen Dokumenten und Verträgen. Daher ist das Risiko von Streitigkeiten in Bezug auf die Interpretation oder Durchsetzbarkeit der Dokumentation eventuell höher als bei anderen Emittenten.

Auch nationale und lokale Umweltgesetze haben Einfluss auf den Betrieb von Infrastrukturprojekten. Anhand dieser Gesetze und Bestimmungen formulierte Standards für den Schutz der Gesundheit und der Umwelt sehen Geldstrafen und andere Haftungen für den Fall einer Nichteinhaltung dieser Standards vor und beinhalten in bestimmten Fällen die Verpflichtung, aktuell oder früher im Betrieb befindliche Anlagen und Standorte in den Ursprungszustand zurückzusetzen oder zu sanieren. Diese Gesetze und Bestimmungen können die Ertragskraft von Infrastrukturprojekten beeinträchtigen.

Durch die Streuung der Anlagen versucht der Fondsmanager, die negativen Auswirkungen dieser Risiken auf den Wert des Teilfonds zu vermindern.

Obwohl alles unternommen wird, um die Anlageziele des Teilfonds zu erreichen, kann nicht garantiert werden, dass die Anlageziele erreicht werden.

Zur Absicherung sowie zur Steigerung des Wertzuwachses des Netto-Teilfondsvermögens kann der Teilfonds im Rahmen der Grenzen von Artikel 4 des Verwaltungsreglements auch abgeleitete Finanzinstrumente („Derivate“) nutzen. Die vorgenannten Derivate können erworben werden, sofern es sich bei den Basiswerten um Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt. Hierbei wird versucht, durch den Einsatz der abgeleiteten Finanzinstrumente die Schwankungen an den jeweiligen Märkten zur Renditeoptimierung zu nutzen. Der Teilfonds kann zur Steigerung des Wertzuwachses des Netto-Teilfondsvermögens Geschäfte in Optionen, Finanzterminkontrakten und Devisenterminkontrakten und Swaps tätigen. Der Teilfonds kann die vorgenannten Geschäfte auch zur Absicherung tätigen. Anders als bei herkömmlichen Wertpapieren, kann aufgrund der einhergehenden Hebelwirkung, der Wert des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens erheblich stärker - sowohl positiv als auch negativ - beeinflusst werden. Der Einsatz von Derivaten darf eine Hebelwirkung (sog. Leverage) auf das Fondsvermögen ausüben. Durch den Einsatz von Derivaten darf das Gesamtrisiko des OGAW maximal verdoppelt werden. Das Gesamtrisiko des OGAW ist somit auf 200% begrenzt. Anders als bei herkömmlichen Wertpapieren, kann aufgrund der einhergehenden Hebelwirkung, der Wert des jeweiligen Netto- Teilfondsvermögens erheblich stärker - sowohl positiv als auch negativ - beeinflusst werden. Finanzterminkontrakte, die zu einem anderen Zweck als der Absicherung eingesetzt werden, sind ebenfalls mit erheblichen Chancen und Risiken verbunden, da jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgröße (Einschuss) sofort geleistet werden muss. Weitere Angaben über die Techniken und Instrumente sind dem Kapitel „Hinweise zu Techniken und Instrumenten“ des Verkaufsprospektes zu entnehmen.

Profil des Anlegerkreises des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund

Der Teilfonds richtet sich an Anleger, welche aufgrund ihres Risikobewusstseins und dem damit verbundenen langfristigen Anlagehorizont an der Wertentwicklung des „Infrastruktur Sektors“ partizipieren möchten. Unter Inkaufnahme hoher Kursschwankungen sollte der Anleger eine über das marktübliche Zinsniveau hinausgehende Ertragsersparung erwarten haben.

Aufgrund der Ausrichtung des Fonds auf den Sektor „Infrastruktur“ sollte das Investment eines Anlegers in den Teilfonds im Verhältnis zu seinen gesamten Vermögensanlagen nur den Charakter einer „Beimischung“ haben. Der Anlagehorizont sollte mindestens fünf Jahre betragen.

Gesamtrisiko

Im Rahmen des Risikomanagementverfahrens wird das Gesamtrisiko des Teilfonds durch den sogenannten Commitment-Ansatz gemessen und kontrolliert. Beim Commitment-Ansatz wird das Gesamtrisiko der Derivate des Teilfonds unter Berücksichtigung von Netting- und Hedging-Effekten gemessen, das den Gesamtnettowert des Portfolios des Teilfonds nicht überschreiten darf.

Dazu werden beim Commitment-Ansatz Derivate in den Marktwert oder ggf. einen fiktiven Wert der Vermögenswerte umgerechnet, auf die sich das jeweilige Derivat bezieht („Basiswert“).

Risikomanagementverfahren

Mit Hilfe des Risikomanagement-Verfahrens erfasst und misst die Verwaltungsgesellschaft das Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Kredit- und Kontrahentenrisiko, Nachhaltigkeitsrisiko und alle sonstigen Risiken, einschließlich operativen Risiken, die für den Teilfonds wesentlich sind.

Zur Bewertung von Nachhaltigkeitsrisiken werden Risiko-Indikatoren herangezogen. Die Risikoindikatoren können quantitativen oder qualitativen Faktoren entsprechen und orientieren sich an Umwelt-, Sozial- und Governance Aspekten und dienen der Risikomessung in Bezug auf die betrachteten Aspekte.

3.2. PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources

Allgemeines zur Anlagepolitik des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources

Ziel der Anlagepolitik des PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources („Teilfonds“) ist es, langfristig einen Kapitalzuwachs zu erzielen. Dazu wird das Vermögen des Teilfonds in sorgfältig ausgewählte Aktien und sonstigen Eigenkapitalpapieren angelegt, welche an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt gehandelt werden.

Zur Erreichung der Anlageziele wird beabsichtigt, das Teilfondsvermögen zu mindestens drei Vierteln, nach Abzug der Barmittel, in sorgfältig ausgewählten Aktien und anderer Beteiligungspapiere von Unternehmen zu investieren, die Produkte, Technologien oder Dienstleistungen entwickeln, herstellen oder vermarkten, welche direkt oder indirekt eine effizientere Verwendung von natürlichen Ressourcen ermöglichen, den Ressourcenverbrauch senken oder Schadstoffemissionen vermindern. Unter natürlichen Ressourcen werden insbesondere jegliche Formen von Energie, Trinkwasser, Agrarland, Rohstoffe und saubere Luft verstanden.

Das Universum erstreckt sich auf die weltweiten Aktienmärkte, wobei die Schwellenländer nicht mehr als einen Viertel des Fondsvermögens ausmachen.

Der Teilfonds soll eine nachhaltige Kapitalanlage sein, deshalb werden die Gesellschaften des Anlageuniversums und die Branchen, zu denen sie gehören, anhand von ökologischen und sozialen Kriterien untersucht. In einem ersten Schritt werden die Umwelt- und Sozialrisiken der Branchen analysiert und in einem Branchenrating ausgedrückt. In einem zweiten Schritt wird der Nachhaltigkeitsbeitrag der einzelnen Unternehmen hinsichtlich Umweltbelastung, sozialer Belange und guter Unternehmensführung beurteilt. Die Anforderungen an die Gesellschaften sind dabei umso höher, je geringer der Nachhaltigkeitsbeitrag der betreffenden Branche ist.

Außerdem darf dieser Teilfonds bis zu einem Viertel seines gesamten Vermögens, nach Abzug der Barmittel, weltweit in alle anderen zulässigen Vermögensgegenstände investieren.

Investitionen in strukturierte Produkte auf alle zulässigen Vermögenswerte sind möglich, sofern es sich um Wertpapiere im Sinne von Artikel 2 der Großherzoglichen Verordnung vom 8. Februar 2008 handelt.

Anteile von OGAW oder von anderen OGA werden nur bis zu einer Höchstgrenze von 10% des Teilfondsvermögens erworben.

Mindestens 51% des Wertes des Fonds werden in Kapitalbeteiligungen i. S. d. § 2 Absatz 8 des deutschen Investmentsteuergesetzes angelegt (zur Definition der Kapitalbeteiligungen in diesem Sinne, vgl. Artikel 4 Nr. 11 des Verwaltungsreglements „Investmentsteuerrechtliche Vorgaben“). Dabei können die tatsächlichen Kapitalbeteiligungsquoten von Ziel-Investmentfonds berücksichtigt werden.

Zur Erreichung der vorgenannten Anlageziele ist auch der Einsatz abgeleiteter Finanzinstrumente („Derivate“), sowie der Einsatz von Techniken und Instrumenten sowohl zur effizienten Portfolioverwaltung als auch zur Absicherung vorgesehen.

Darüber hinaus kann das Teilfondsvermögen innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzen (kurzfristig) auch vollständig in Renten, Geldmarktinstrumente, strukturierte Produkte und Festgelder investiert werden.

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Der Teilfonds wird aktiv verwaltet, ohne auf eine Benchmark Bezug zu nehmen oder durch sie eingeschränkt zu sein.

Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken

Die Verwaltungsgesellschaft trifft alle Entscheidungen für den Teilfonds unter Berücksichtigung der Risiken, die sich aus Nachhaltigkeits- und insbesondere ESG-Aspekten ergeben. ESG bezieht sich auf Umwelt- (Environmental) und soziale Aspekte (Social) sowie die Unternehmensführung (Corporate Governance).

Im Rahmen der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken wird für den Teilfonds ein Minimalstandard an Risikoindikatoren berücksichtigt. Bei der Definition von entsprechenden Risiko-Limits je Teilfonds orientiert sich die Verwaltungsgesellschaft grundsätzlich an dem allgemeinen Risiko-Profil des Teilfonds, d.h. für eine Strategie, die per se größere Risiken (bspw. aufgrund der verfolgten Anlagestrategie oder der verwendeten Instrumente zur Umsetzung der Strategie) eingeht, werden auch höhere Risiken im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit toleriert. Die entsprechenden Risiko-Limite werden mit dem Fondsmanager vereinbart und gemäß den Vorgaben und Prozessen des Risikomesungsverfahrens bearbeitet.

Umsetzung der Anlagepolitik durch den Fondsmanager:

Bei der Auswahl der Aktien werden Bewertungskennzahlen beigezogen, welche die Verschuldungssituation der Unternehmen berücksichtigen. Als weitere Anlagekriterien dienen die Ertragskraft und die Rendite auf dem eingesetzten Kapital der Unternehmungen. Diese Kennzahlen stützen sich primär auf ausgewiesene, nicht auf prognostizierte Werte. Bei der Portfoliokonstruktion wird der Handelsliquidität der Aktien Beachtung geschenkt und Wert auf eine breite Diversifikation nach Themen, Ländern und Handelswährungen gelegt.

Genauere Angaben über die Anlagegrenzen sind in Artikel 4 des Verwaltungsreglements enthalten.

Die Performance des Teilfonds wird in den entsprechenden Basisinformationsblättern angegeben.

Grundsätzlich gilt, dass vergangene Performance keine Garantie für künftige Wertentwicklungen darstellt. Es kann keine Zusicherung gemacht werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden.

Der Teilfonds darf Derivate zur Absicherung von Vermögenswerten des Teilfonds gegen Devisen-, Wertpapierkurs- und Zinsänderungsrisiken sowie zur effizienten Verwaltung des Teilfondsvermögens einsetzen. Der Einsatz von Derivaten kann z. B. Optionen auf Wertpapiere und Finanzinstrumente, Finanzterminkontrakte, Futures sowie Swap-Transaktionen und kombinierte Geschäfte wie z. B. Swaptions umfassen, die an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden oder mit Finanzinstituten gem. Artikel 4 Nr. 3 g) („OTC-Derivate“) abgeschlossen werden. Soweit Derivate im Sinne von Artikel 4 Nr. 3 g) des Verwaltungsreglements eingesetzt werden, müssen die betreffenden Anlagebeschränkungen von Artikel 4 des Verwaltungsreglements berücksichtigt werden. Des Weiteren sind die Bestimmungen des Verwaltungsreglements von Artikel 4 Nr. 8 betreffend Derivate, Artikel 4 Nr. 9 betreffend Sicherheiten und Wiederanlage von Sicherheiten sowie Artikel 4 Nr. 10 betreffend Risikomanagement-Verfahren bei Derivaten zu beachten.

Risikoprofil des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources

Unter Berücksichtigung der oben genannten Umstände und Risiken ist der Teilfonds mit vergleichsweise hohen Chancen und Risiken behaftet.

Dabei spielen in Bezug auf die aktienmarktbezogene Ausrichtung des Teilfonds in sehr hohem Maße insbesondere das allgemeine Marktrisiko, das unternehmensspezifische Risiko, das Länder- und Regionenrisiko, das Bonitätsrisiko, die Emerging Markets-Risiken, das Liquiditätsrisiko, die Länder- und Transferrisiken, das Verwahrisiko, das Konzentrationsrisiko, das Kontrahentenrisiko, Risiken bei Investitionen in Zielfonds und Adressenausfallrisiko sowie das Währungsrisiko eine wesentliche Rolle. Weitere Risiken sind dem Kapitel „Risikohinweise“ des Verkaufsprospektes zu entnehmen.

Durch die Streuung der Anlagen versucht der Fondsmanager, die negativen Auswirkungen dieser Risiken auf den Wert des Teilfonds zu vermindern.

Obwohl alles unternommen wird, um die Anlageziele des Teilfonds zu erreichen, kann nicht garantiert werden, dass die Anlageziele erreicht werden.

Zur Absicherung sowie zur Renditeoptimierung kann der Teilfonds im Rahmen der Grenzen von Artikel 4 des Verwaltungsreglements auch abgeleitete Finanzinstrumente („Derivate“) nutzen. Die vorgenannten Derivate können erworben werden, sofern es sich bei den Basiswerten um Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt. Hierbei wird versucht, durch den Einsatz der abgeleiteten Finanzinstrumente die Schwankungen an den jeweiligen Märkten abzusichern oder zur Renditeoptimierung zu nutzen. Es ist vorgesehen, Derivatgeschäfte auf gedeckter Basis vorzunehmen.

Anders als bei herkömmlichen Wertpapieren, kann aufgrund der einhergehenden Hebelwirkung, der Wert des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens erheblich stärker - sowohl positiv als auch negativ - beeinflusst werden. Der Einsatz von Derivaten darf eine Hebelwirkung (sog. Leverage) auf das Fondsvermögen ausüben. Durch den Einsatz von Derivaten darf das Gesamtrisiko des OGAW maximal verdoppelt werden. Das Gesamtrisiko des OGAW ist somit auf 200% begrenzt. Finanzterminkontrakte, die zu einem anderen Zweck als der Absicherung eingesetzt werden, sind ebenfalls mit erheblichen Chancen und Risiken verbunden, da jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgröße (Einschuss) sofort geleistet werden muss. Weitere Angaben über die Techniken und Instrumente sind dem Kapitel „Hinweise zu Techniken und Instrumenten“ des Verkaufsprospektes zu entnehmen.

Profil des Anlegerkreises des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources

Dieser Teilfonds eignet sich für Anleger, die an der wirtschaftlichen Entwicklung von Gesellschaften partizipieren möchten, die im Bereich der effizienten Verwendung von natürlichen Ressourcen tätig sind. Dabei suchen die Anleger ein ausgewogenes, breites und diversifiziertes Engagement in diesem Marktsegment.

Aufgrund der Investitionen in Aktien, einer Anlagekategorie, die großen Wertschwankungen unterliegen kann, sollten die Anleger über einen mittel- bis langfristigen Anlagehorizont verfügen.

Gesamtrisiko

Im Rahmen des Risikomanagementverfahrens wird das Gesamtrisiko des Teilfonds durch den sogenannten Commitment-Ansatz gemessen und kontrolliert. Beim Commitment-Ansatz wird das Gesamtrisiko der Derivate des Teilfonds unter Berücksichtigung von Netting- und Hedging-Effekten gemessen, das den Gesamtnettowert des Portfolios des Teilfonds nicht überschreiten darf.

Dazu werden beim Commitment-Ansatz Derivate in den Marktwert oder ggf. in einen fiktiven Wert der Vermögenswerte umgerechnet, auf die sich das jeweilige Derivat bezieht („Basiswert“).

Risikomanagementverfahren

Mit Hilfe des Risikomanagement-Verfahrens erfasst und misst die Verwaltungsgesellschaft das Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Kredit- und Kontrahentenrisiko, Nachhaltigkeitsrisiko und alle sonstigen Risiken, einschließlich operativen Risiken, die für den Teilfonds wesentlich sind.

Zur Bewertung von Nachhaltigkeitsrisiken werden Risiko-Indikatoren herangezogen. Die Risikoindikatoren können quantitativen oder qualitativen Faktoren entsprechen und orientieren sich an Umwelt-, Sozial- und Governance Aspekten und dienen der Risikomessung in Bezug auf die betrachteten Aspekte.

3.3. PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund

Allgemeines zur Anlagepolitik des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund

Ziel der Anlagepolitik des PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund („Teilfonds“) ist es, durch die Anlage in Vermögenswerte im Rahmen der durch das Verwaltungsreglement vorgegebenen Anlagegrenzen einen Wertzuwachs aus Kapitalgewinn und Dividenden zu erzielen. Dazu investiert der Teilfonds weltweit in Aktien und andere Beteiligungspapiere, welche an einer Börse oder einem anderen geregelten Markt gehandelt werden.

Zur Erreichung des Anlageziels wird beabsichtigt, das Teilfondsvermögen zu mindestens 51%, nach Abzug der Barmittel, in sorgfältig ausgewählte Aktien und anderer Beteiligungspapiere von Unternehmen weltweit zu investieren.

Außerdem darf dieser Teilfonds bis zu einem Drittel seines gesamten Vermögens, nach Abzug von Barmittel, weltweit in alle anderen zulässigen Vermögensgegenstände investieren.

Investitionen in strukturierte Produkte auf alle zulässigen Vermögenswerte sind möglich, sofern es sich um Wertpapiere im Sinne von Artikel 2 der Großherzoglichen Verordnung vom 8. Februar 2008 handelt.

Anteile von OGAW oder von anderen OGA werden nur bis zu einer Höchstgrenze von 10% des Teilfondsvermögens erworben.

Mindestens 51% des Wertes des Fonds werden in Kapitalbeteiligungen i. S. d. § 2 Absatz 8 des deutschen Investmentsteuergesetzes angelegt (zur Definition der Kapitalbeteiligungen in diesem Sinne, vgl. Artikel 4 Nr. 11 des Verwaltungsreglements „Investmentsteuerrechtliche Vorgaben“). Dabei können die tatsächlichen Kapitalbeteiligungsquoten von Ziel-Investmentfonds berücksichtigt werden.

Zur Erreichung der vorgenannten Anlageziele ist auch der Einsatz abgeleiteter Finanzinstrumente („Derivate“), sowie der Einsatz von Techniken und Instrumenten sowohl zur effizienten Portfolioverwaltung als auch zur Absicherung vorgesehen.

Darüber hinaus kann je nach Einschätzung der Marktlage für den Teilfonds innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzen (kurzfristig) das Teilfondsvermögen auch vollständig in Renten, Geldmarktinstrumenten, strukturierte Produkte und Festgeldern gehalten werden.

Die diesem Finanzprodukt zugrunde liegenden Investitionen berücksichtigen nicht die EU-Kriterien für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.

Der Teilfonds wird aktiv verwaltet, ohne auf eine Benchmark Bezug zu nehmen oder durch sie eingeschränkt zu sein.

Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken

Die Verwaltungsgesellschaft trifft alle Entscheidungen für den Teilfonds unter Berücksichtigung der Risiken, die sich aus Nachhaltigkeits- und insbesondere ESG-Aspekten ergeben. ESG bezieht sich auf Umwelt- (Environmental) und soziale Aspekte (Social) sowie die Unternehmensführung (Corporate Governance).

Im Rahmen der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken wird für den Teilfonds ein Minimalstandard an Risikoindikatoren berücksichtigt. Bei der Definition von entsprechenden Risiko-Limits je Teilfonds orientiert sich die Verwaltungsgesellschaft grundsätzlich an dem allgemeinen Risiko-Profil des Teilfonds, d.h. für eine Strategie, die per se größere Risiken (bspw. aufgrund der verfolgten Anlagestrategie oder der verwendeten Instrumente zur Umsetzung der Strategie) eingeht, werden auch höhere Risiken im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit toleriert. Die entsprechenden Risiko-Limite werden mit dem Fondsmanager vereinbart und gemäß den Vorgaben und Prozessen des Risikomesungsverfahrens bearbeitet.

Umsetzung der Anlagepolitik durch den Fondsmanager:

Die Selektion der Titel erfolgt, aufgrund einer fortlaufenden Marktpreis basierenden quantitativen Analyse, aus einem zuvor definierten periodisch überprüften Universum an weltweit großkapitalisierten Unternehmen. Das Universum berücksichtigt verschiedene Länder, Themen und Sektoren für die Diversifikation der Anlagen. Die Portfoliokonstruktion ist ausgewogen und die hohe Liquidität der Aktien im Universum gewährleistet eine jederzeit sofortige Veräußerbarkeit. Als Teil des Risikomanagement-Prozesses kann das Aktienexposure fallweise anhand der quantitativ analysierten Marktumstände und zur effizienten Portfolioverwaltung mittels Financial Futures, Contract for Difference (CFD), Swap-Transaktionen sowie Optionen abgesichert werden. Die Fremdwährungsrisiken der Anlagen können mittels Devisentermingeschäften abgesichert werden.

Genaue Angaben über die Anlagegrenzen sind in Artikel 4 des Verwaltungsreglements enthalten.

Die Performance des Teilfonds wird in den entsprechenden Basisinformationsblättern angegeben.

Grundsätzlich gilt, dass vergangene Performance keine Garantie für künftige Wertentwicklungen darstellt. Es kann keine Zusicherung gemacht werden, dass die Ziele der Anlagepolitik erreicht werden.

Der Teilfonds darf Derivate zur Absicherung von Vermögenswerten des Teilfonds gegen Devisen-, Wertpapierkurs- und Zinsänderungsrisiken sowie zur effizienten Verwaltung des Teilfondsvermögens einsetzen. Der Einsatz von Derivaten kann z. B. Optionen auf Wertpapiere und Finanzinstrumente, Finanzterminkontrakte, Futures sowie Swap-Transaktionen und kombinierte Geschäfte wie z. B. Swaptions umfassen, die an einer Börse oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden oder mit Finanzinstituten gem. Artikel 4 Nr. 3 g) („OTC-Derivate“) abgeschlossen werden. Soweit Derivate im Sinne von Artikel 4 Nr. 3 g) des Verwaltungsreglements eingesetzt werden, müssen die betreffenden Anlagebeschränkungen von Artikel 4 des Verwaltungsreglements berücksichtigt werden. Des Weiteren sind die Bestimmungen des Verwaltungsreglements von Artikel 4 Nr. 8 betreffend Derivate, Artikel 4 Nr. 9 betreffend Sicherheiten und Wiederanlage von Sicherheiten sowie Artikel 4 Nr. 10 betreffend Risikomanagement-Verfahren bei Derivaten zu beachten.

Risikoprofil des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund

Unter Berücksichtigung der oben genannten Umstände und Risiken ist der Teilfonds mit vergleichsweise hohen Chancen und Risiken behaftet.

Dabei spielen in Bezug auf die aktienmarktbezogene Ausrichtung des Teilfonds in sehr hohem Maße insbesondere das allgemeine Marktrisiko, das unternehmensspezifische Risiko, das Länder- und Regionenrisiko, das Bonitätsrisiko, das Liquiditätsrisiko, die Länder- und Transferrisiken, das Verwahrisiko, das Konzentrationsrisiko, das Kontrahentenrisiko, Risiken bei Investitionen in Zielfonds und Adressenausfallrisiko sowie das Währungsrisiko eine wesentliche Rolle. Weitere Risiken sind dem Kapitel „Risikohinweise“ des Verkaufsprospektes zu entnehmen.

Durch die Streuung der Anlagen versucht der Fondsmanager, die negativen Auswirkungen dieser Risiken auf den Wert des Teilfonds zu vermindern.

Obwohl alles unternommen wird, um die Anlageziele des Teilfonds zu erreichen, kann nicht garantiert werden, dass die Anlageziele erreicht werden.

Zur Absicherung sowie zur Renditeoptimierung kann der Teilfonds im Rahmen der Grenzen von Artikel 4 des Verwaltungsreglements auch abgeleitete Finanzinstrumente („Derivate“) nutzen. Die vorgenannten Derivate können erworben werden, sofern es sich bei den Basiswerten um Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente, Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt. Hierbei wird versucht, durch den Einsatz der abgeleiteten Finanzinstrumente die Schwankungen an den jeweiligen Märkten abzusichern oder zur Renditeoptimierung zu nutzen. Es ist vorgesehen, Derivatgeschäfte auf gedeckter Basis vorzunehmen.

Anders als bei herkömmlichen Wertpapieren, kann aufgrund der einhergehenden Hebelwirkung, der Wert des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens erheblich stärker - sowohl positiv als auch negativ - beeinflusst werden. Der Einsatz von Derivaten darf eine Hebelwirkung (sog. Leverage) auf das Fondsvermögen ausüben. Durch den Einsatz von Derivaten darf das Gesamtrisiko des OGAW maximal verdoppelt werden. Das Gesamtrisiko des OGAW ist somit auf 200% begrenzt. Finanzterminkontrakte, die zu einem anderen Zweck als der Absicherung eingesetzt werden, sind ebenfalls mit erheblichen Chancen und Risiken verbunden, da jeweils nur ein Bruchteil der jeweiligen Kontraktgröße (Einschuss) sofort geleistet werden muss. Weitere Angaben über die Techniken und Instrumente sind dem Kapitel „Hinweise zu Techniken und Instrumenten“ des Verkaufsprospektes zu entnehmen.

Profil des Anlegerkreises des Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund

Dieser Teilfonds eignet sich für Anleger, die an der wirtschaftlichen Entwicklung von großkapitalisierten Gesellschaften partizipieren möchten. Dabei suchen die Anleger ein ausgewogenes, breites und diversifiziertes Engagement in diesem Marktsegment.

Aufgrund der Investitionen in Aktien, einer Anlagekategorie, die großen Wertschwankungen unterliegen kann, sollten die Anleger über einen mittel- bis langfristigen Anlagehorizont verfügen.

Gesamtrisiko

Im Rahmen des Risikomanagementverfahrens wird das Gesamtrisiko des Teilfonds durch den sogenannten Commitment-Ansatz gemessen und kontrolliert. Beim Commitment-Ansatz wird das Gesamtrisiko der Derivate des Teilfonds unter Berücksichtigung von Netting- und Hedging-Effekten gemessen, das den Gesamtnettowert des Portfolios des Teilfonds nicht überschreiten darf.

Dazu werden beim Commitment-Ansatz Derivate in den Marktwert oder ggf. in einen fiktiven Wert der Vermögenswerte umgerechnet, auf die sich das jeweilige Derivat bezieht („Basiswert“).

Risikomanagementverfahren

Mit Hilfe des Risikomanagement-Verfahrens erfasst und misst die Verwaltungsgesellschaft das Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Kredit- und Kontrahentenrisiko, Nachhaltigkeitsrisiko und alle sonstigen Risiken, einschließlich operativen Risiken, die für den Teilfonds wesentlich sind.

Zur Bewertung von Nachhaltigkeitsrisiken werden Risiko-Indikatoren herangezogen. Die Risikoindikatoren können quantitativen oder qualitativen Faktoren entsprechen und orientieren sich an Umwelt-, Sozial- und Governance Aspekten und dienen der Risikomessung in Bezug auf die betrachteten Aspekte.

4. Die Verwaltungsgesellschaft

Die Verwaltungsgesellschaft, Opportunity Fund Management, wurde am 9. Oktober 2015 als Aktiengesellschaft (société anonyme) nach luxemburgischem Recht für eine unbestimmte Dauer gegründet und ist beim Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg („R.C.S. Luxemburg“) unter der Registernummer R.C.S. Luxemburg B 200.727 eingetragen. Sie hat ihren Sitz in 16, rue Robert Stümper, 2557 Luxemburg im Großherzogtum Luxemburg. Ihre Satzung wurde erstmals am 16. Oktober 2015 im RESA veröffentlicht.

Die Verwaltungsgesellschaft erfüllt die Bedingungen in Kapitel 15 des Gesetzes von 2010 und somit die Bestimmungen der Richtlinie 2009/65/EG. Sie steht unter Aufsicht der CSSF und ist im offiziellen Verzeichnis der luxemburgischen Verwaltungsgesellschaften eingetragen, die dem Kapitel 15 des Gesetzes von 2010 unterliegen.

Das Geschäftsjahr der Verwaltungsgesellschaft endet am 31. Dezember eines jeden Jahres. Das satzungsmäßige Gesellschaftskapital der Verwaltungsgesellschaft belief sich am 31. Dezember 2024 auf 700.000,- Euro.

Die Verwaltungsgesellschaft ist für die täglichen Geschäftstätigkeiten des Fonds in Bezug auf Portfolioverwaltung, Administration und Vertrieb zuständig. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten handelt die Verwaltungsgesellschaft ehrlich und fair, mit der gebührenden Kompetenz und Sorgfalt, und im besten Interesse der Anleger.

Die Verwaltungsgesellschaft kann in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Gesetzes von 2010 und der CSSF-Verordnung 10-04, in der jeweils gültigen Fassung, und gegebenenfalls hierzu erlassener Rundschreiben eine oder mehrere Aufgaben unter ihrer Aufsicht und Kontrolle an Dritte auslagern. Die Übertragung der Aufgaben darf die Wirksamkeit der Beaufsichtigung durch die Verwaltungsgesellschaft in keiner Weise beeinträchtigen. Insbesondere darf die Verwaltungsgesellschaft durch die Übertragung der Aufgaben nicht daran gehindert werden, im Interesse der Anleger zu handeln.

Die Verwaltungsgesellschaft handelt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von der Depotbank. Die Verwaltungsgesellschaft erfüllt ihre Verpflichtungen mit der Sorgfalt eines bezahlten Bevollmächtigten.

Die Verwaltungsgesellschaft kann im Zusammenhang mit der Verwaltung der Aktiva des jeweiligen Teilfonds unter eigener Verantwortung und Kontrolle zu Lasten des jeweiligen Teilfondsvermögens einen Fondsmanager und/oder Anlageberater hinzuziehen. Diese können sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben und mit vorheriger Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft auf eigene Kosten und auf eigene Verantwortung Dritter natürlicher oder juristischer Personen bedienen sowie Subanlageberater hinzuziehen.

Verwaltete Fonds

Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet zum Stand dieses Verkaufsprospektes folgende Fonds in der Form von „fonds commun de placement“ (FCP) oder „société d’investissement à capital variable“ (SICAV), welche nach dem Gesetz von 2010 aufgelegt wurden:

FCP	SICAV
PPF ("PMG Partners Funds") PPF II ("PMG Partners Funds II")	VIA AM SICAV E.I. Sturza Funds PLC Wealth Management Strategies

Vergütungspolitik der Verwaltungsgesellschaft

Die Verwaltungsgesellschaft hat eine Vergütungspolitik gemäß den Grundsätzen der Richtlinie 2009/65/EG sowie den einschlägigen gesetzlichen und regulatorischen Bestimmungen in Luxemburg eingeführt und wendet diese an. Die Anteilhaber werden darüber informiert, dass die Vergütungspolitik unter anderem Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten umfasst. Sie steht im Einklang mit einem soliden und effektiven Risikomanagement und fördert dieses, ohne riskantes Verhalten zu begünstigen, das mit dem Risikoprofil, den Anlagegrundsätzen oder den Gründungsdokumenten der verwalteten Fonds unvereinbar wäre.

Die Vergütungspolitik spiegelt die Ziele der Verwaltungsgesellschaft in Bezug auf gute Unternehmensführung sowie nachhaltige und langfristige Wertschöpfung für die Anteilhaber wider.

Die Vergütungspolitik wurde konzipiert und umgesetzt, um:

- die Geschäftsstrategie, Ziele, Werte und Interessen der Verwaltungsgesellschaft und der von ihr verwalteten OGAW und der Anteilhaber solcher OGAW aktiv zu unterstützen;
- die Wettbewerbsfähigkeit der Verwaltungsgesellschaft in ihren Märkten zu fördern;
- leistungsstarke und motivierte Mitarbeiter zu gewinnen, weiterzuentwickeln und zu halten.

Sofern Vergütungen leistungsabhängig sind, basiert die Gesamtvergütung auf einer Kombination aus der Bewertung der individuellen Leistung, der Leistung der jeweiligen Geschäftseinheit oder des betreffenden OGAW sowie deren Risiken und den Gesamtergebnissen der Verwaltungsgesellschaft. Dabei werden sowohl finanzielle als auch nicht-finanzielle Kriterien berücksichtigt.

Die Vergütungspolitik wurde vom Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft verabschiedet. Die Leistungsbewertung erfolgt in einem mehrjährigen Rahmen, der der empfohlenen Haltedauer für Anteilinhaber entspricht. Dies gewährleistet, dass die Bewertung auf die langfristige Performance des Fonds und dessen Anlagerisiken abstellt und die Auszahlung der leistungsabhängigen Vergütungskomponenten über denselben Zeitraum gestreckt wird.

Mitarbeitern der Verwaltungsgesellschaft wird ein wettbewerbsfähiges und marktgerechtes Vergütungspaket angeboten, wobei das feste Gehalt einen wesentlichen Bestandteil darstellt. Die Grundsätze der Vergütungspolitik werden regelmäßig überprüft und an den sich entwickelnden regulatorischen Rahmen angepasst.

Darüber hinaus sind die festen und variablen Vergütungskomponenten angemessen ausbalanciert. Der feste Bestandteil ist ausreichend hoch, um eine vollständig flexible Handhabung der variablen Vergütung zu ermöglichen – einschließlich der Möglichkeit, keine variable Vergütung zu gewähren.

Aktuelle Details zur Vergütungspolitik, einschließlich einer Beschreibung der Berechnung von Vergütung und Nebenleistungen sowie der Identität der für die Vergütung verantwortlichen Personen (einschließlich der Zusammensetzung des Vergütungsausschusses, sofern vorhanden), sind unter <https://www.opportunityfm.com> verfügbar. Eine gedruckte Version der Vergütungspolitik wird auf Anfrage kostenlos zur Verfügung gestellt.

Grundsätzliches Verfahren bei Interessenkonflikten

Die Verwaltungsgesellschaft, die Verwahrstelle, der Fondsmanager, der OGA-Administrator, die mit der Durchführung des Vertriebs beauftragten Personen sowie andere Dienstleister des Fonds und/oder deren jeweilige verbundene Unternehmen, Mitglieder, Mitarbeitende oder sonstige mit ihnen verbundene Personen („Verbundene Personen“) können verschiedenen Interessenkonflikten unterliegen.

Die Verwaltungsgesellschaft hat eine Richtlinie zum Umgang mit Interessenkonflikten eingeführt und umgesetzt sowie geeignete organisatorische und administrative Vorkehrungen getroffen, um Interessenkonflikte zu erkennen und zu steuern. Ziel ist es, das Risiko einer Beeinträchtigung der Interessen der Anteilinhaber zu minimieren und – sofern Interessenkonflikte nicht vermieden werden können – sicherzustellen, dass die Anteilinhaber fair behandelt werden. Die aktuelle Richtlinie der Verwaltungsgesellschaft zum Umgang mit Interessenkonflikten sind unter <https://www.opportunityfm.com> verfügbar und wird auf Anfrage dem Anleger kostenlos elektronisch oder in Papierform zur Verfügung gestellt.

5. Die Verwahrstelle

CACEIS Bank, Luxembourg Branch wurde durch die Verwaltungsgesellschaft zur Verwahrstelle im Sinne des Gesetzes von Dezember 2010 und der Delegierten Verordnung (EU) 2016/438 der Kommission zur Ergänzung der Richtlinie 2009/65/EG, in der jeweils geltenden Fassung gemäß dem Depositary Agreement ernannt.

Die Verwahrstelle wurde durch die Verwaltungsgesellschaft ferner zur Zahlstelle ernannt.

CACEIS Bank, handelnd durch ihre Niederlassung in Luxemburg (CACEIS Bank, Luxembourg Branch), ist eine Aktiengesellschaft (société anonyme), gegründet nach französischem Recht und eingetragen im französischen Handels- und Gesellschaftsregister unter der Nummer 692 024 722 R.C.S. Nanterre. Sie ist ein zugelassenes Kreditinstitut, das der Aufsicht der Europäischen Zentralbank ("EZB") und der Autorité de Contrôle Prudentiel et de Résolution ("ACPR") untersteht. Über ihre Luxembourger Niederlassung ist sie zudem berechtigt, Bank- und zentrale Verwaltungsaktivitäten in Luxemburg auszuüben.

Die CACEIS Bank, Luxembourg Branch, hat ihren Sitz in der 5 allée Scheffer, 2520 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, und ist im R.C.S. Luxemburg unter der Nummer B 209.310 eingetragen.

Die Anteilinhaber können das Depositary Agreement auf Anfrage am Sitz der Verwaltungsgesellschaft einsehen, um sich einen Überblick über die Aufgaben und Pflichten der Verwahrstelle zu verschaffen.

Der Verwahrstelle wurde die Verwahrung und/oder gegebenenfalls die Buchführung und Eigentümerversicherung der Vermögenswerte des Fonds übertragen. Sie erfüllt die in Teil I des Gesetzes von 2010 vorgesehenen Pflichten und Aufgaben. Insbesondere gewährleistet die Verwahrstelle eine wirksame und ordnungsgemäße Überwachung der Cash-flows des Fonds.

Aufgaben der Verwahrstelle

Im Einklang mit dem Gesetz von 2010 muss die Verwahrstelle:

- (i) sicherstellen, dass der Verkauf, die Ausgabe, der Rückkauf, die Rücknahme und die Annullierung von Anteilen des Fonds gemäß dem Gesetz von 2010 und des Verwaltungsreglements erfolgen;
- (ii) gewährleisten, dass der Wert der Anteile gemäß dem Gesetz von 2010 und des Verwaltungsreglements berechnet wird;
- (iii) die Anweisungen der Verwaltungsgesellschaft, die im Namen des Fonds handelt, durchführen, es sei denn, sie verstoßen gegen das Gesetz von 2010 oder das Verwaltungsreglement;
- (iv) sicherstellen, dass bei Transaktionen, an denen die Vermögenswerte des Fonds beteiligt sind, jede entsprechende Gegenleistung innerhalb der üblichen Fristen an den Fonds übertragen wird; und
- (v) sicherstellen, dass die Erträge des Fonds gemäß dem Gesetz von 2010 und des Verwaltungsreglements verwendet werden.

Die Verwahrstelle darf die in den Ziffern i) bis v) dieses Abschnitts genannten Pflichten und Aufgaben nicht an Dritte übertragen.

Übertragung von Aufgaben

Im Einklang mit den Bestimmungen der geltenden Vorschriften, des Verwaltungsreglements und des Depositary Agreements kann die Verwahrstelle unter bestimmten Bedingungen Aufgaben an Dritte übertragen, einschließlich der Verwahrung von Vermögensgegenständen des Fonds. Die Haftung der Verwahrstelle wird durch eine solche Übertragung nicht berührt, vorbehaltlich anderweitiger Bestimmungen innerhalb der gemäß dem Gesetz von 2010 zulässigen Grenzen.

Eine Liste dieser Korrespondenzbanken oder Drittverwahrer ist auf der Website der Verwahrstelle unter <https://www.caceis.com/regulatory-environment/regulatory-watch/ucits-v-undertakings-for-collective-investment-in-transferable-securities/> im Abschnitt „veille réglementaire“ verfügbar. Eine vollständige Liste aller Korrespondenzbanken oder Drittverwahrer ist auf Anfrage kostenlos bei der Verwahrstelle erhältlich.

Aktuelle Informationen zur Identität der Verwahrstelle, zu ihren Aufgaben und möglichen Interessenkonflikten sowie zu den von der Verwahrstelle an Dritte übertragenen Verwahrfunktionen und den Interessenkonflikten, die sich unter Umständen aus einer solchen Übertragung ergeben können, werden den Anlegern auch auf der oben genannten Website und auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Interessenkonflikte

Interessenkonflikte können insbesondere dann entstehen, wenn die Verwahrstelle ihre Verwahrfunktionen an Dritte überträgt oder wenn die Verwahrstelle auch andere Aufgaben wie die OGA-Administration oder Registerführung für den Fonds wahrnimmt. Diese Situationen und die damit verbundenen Interessenkonflikte wurden von der Verwahrstelle identifiziert.

Um den Schutz der Interessen der Anleger und die Einhaltung der geltenden Vorschriften zu gewährleisten, hat die Verwahrstelle Richtlinien und Verfahren eingeführt, um Interessenkonflikten zu verhindern und sie im Bedarfsfall zu überwachen, insbesondere um:

- a) potenzielle Interessenkonflikte zu identifizieren und zu analysieren;
- b) Interessenkonflikte zu erfassen, zu verwalten und zu überwachen, indem sie entweder:
 - auf die permanenten Maßnahmen zurückgreift, die zur Lösung von Interessenkonflikten eingerichtet wurden, wie z. B. getrennte Rechtspersönlichkeiten, Aufgabentrennung, getrennte Berichtslinien und Insiderlisten für Mitarbeiter; oder
 - im Einzelfall Managementmaßnahmen ergreift, um (i) geeignete Präventivmaßnahmen, wie die Erstellung einer neuen Überwachungsliste, die Einrichtung neuer Informationsbarrieren („Chinese Walls“), die Gewährleistung, dass Transaktionen zu marktüblichen Bedingungen erfolgen, und/oder die Information der betroffenen Anleger sicherzustellen, oder (ii) die Ausübung der Tätigkeit, die den Interessenkonflikt verursacht, abzulehnen.

Die Verwahrstelle hat eine funktionale, hierarchische und/oder vertragliche Trennung zwischen ihren OGAW-Verwahrfunktionen und der Erfüllung anderer Aufgaben für den Fonds, insbesondere der OGA-Administration und Registerführung, vorgenommen.

Zusätzliche Informationen

Die Verwaltungsgesellschaft und die Verwahrstelle können das Depositary Agreement jederzeit unter Einhaltung einer Frist von neunzig (90) Tagen schriftlich kündigen. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Verwahrstelle jedoch nur

dann abberufen, wenn innerhalb von zwei (2) Monaten eine neue Verwahrstelle bestellt wird, die die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Verwahrstelle übernimmt. Nach ihrer Abberufung muss die Verwahrstelle ihre Funktionen und Aufgaben so lange wahrnehmen, bis das gesamte Vermögen der Teilfonds an die neue Verwahrstelle übertragen wurde.

Die Verwahrstelle hat keine Entscheidungsbefugnis und keine Beratungspflicht in Bezug auf die Anlagen des Fonds. Die Verwahrstelle erbringt Dienstleistungen für die Verwaltungsgesellschaft und ist nicht für die Erstellung dieses Verkaufsprospekts verantwortlich. Sie übernimmt daher keine Verantwortung für die Richtigkeit der in diesem Verkaufsprospekt enthaltenen Informationen oder für die Rechtmäßigkeit der Struktur und der Anlagen des Fonds.

Haftung der Verwahrstelle

Die Verwahrstelle haftet gegenüber dem Fonds und dessen Anteilhabern für den Verlust eines Finanzinstruments, das von der Verwahrstelle und/oder einem Unterverwahrer in Verwahrung gehalten wird (solche Finanzinstrumente wie in Artikel 34(3)(a) des Gesetzes von 2010 und Artikel 12 der Richtlinie 2009/65/EG definiert, gemäß Artikel 35 des Gesetzes von 2010).

Im Falle eines Verlusts eines verwahrten Vermögenswerts des Fonds hat die Verwahrstelle dem Fonds unverzüglich ein Finanzinstrument derselben Art oder den entsprechenden Betrag zurückzugeben. Gemäß den Bestimmungen des Gesetzes von 2010 haftet die Verwahrstelle nicht für den Verlust eines vom Fonds verwahrten Vermögenswerts, wenn dieser Verlust auf ein externes Ereignis zurückzuführen ist, das außerhalb ihrer zumutbaren Kontrolle liegt und dessen Folgen trotz aller zumutbaren Gegenmaßnahmen unvermeidbar gewesen wären.

Die Verwahrstelle haftet gegenüber dem Fonds und den Anlegern des Fonds für alle anderen direkten Verluste, die ihnen aufgrund der fahrlässigen oder vorsätzlichen Nichterfüllung ihrer Pflichten gemäß dem Gesetz von 2010 entstanden sind.

Die Haftung der Verwahrstelle wird durch eine Übertragung nicht berührt, sofern im Gesetz von 2010 nichts anderes bestimmt ist.

6. OGA-Administration inklusive Register- und Transferstelle

CACEIS Bank, Luxembourg Branch mit Sitz in 5, allée Scheffer, L-2520 Luxembourg, wurde durch die Verwaltungsgesellschaft zum OGA-Administrator inklusive Register- und Transferstelle ("OGA-Administrator") gemäß dem Central Administration Agreement ernannt.

Die Tätigkeit der OGA-Administration gliedert sich in drei Hauptfunktionen: die Registerfunktion, die NAV-Berechnungs- und Buchhaltungsfunktion sowie die Kundenkommunikationsfunktion.

Die Registerfunktion umfasst alle Aufgaben, die für die Führung des Anteilhaberregisters erforderlich sind, und führt die Registrierungen, Änderungen oder Löschungen durch, die für dessen regelmäßige Aktualisierung und Pflege erforderlich sind.

Die Funktion der Berechnung des Nettoinventarwerts und der Buchhaltung ist für die korrekte und vollständige Erfassung von Transaktionen verantwortlich, um die Bücher und Aufzeichnungen des Fonds in Übereinstimmung mit den geltenden gesetzlichen, regulatorischen und vertraglichen Anforderungen sowie den entsprechenden Rechnungslegungsgrundsätzen angemessen zu führen. Sie ist auch für die Berechnung und Erstellung des Nettoinventarwerts der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den geltenden Vorschriften verantwortlich.

Die Funktion der Kundenkommunikation umfasst die Erstellung und Zustellung der für Anleger bestimmten vertraulichen Dokumente.

Der OGA-Administrator kann unter seiner eigenen Verantwortung und Kontrolle verschiedene Funktionen und Aufgaben an andere Stellen delegieren, die gemäß den geltenden Vorschriften für deren Wahrnehmung qualifiziert und kompetent sein müssen. Werden eine oder mehrere Funktionen delegiert, werden die Namen der beauftragten Stellen in diesem Verkaufsprospekt bekannt gegeben.

Die Beziehung zwischen dem Fonds, der Verwaltungsgesellschaft und dem OGA-Administrator unterliegt den Bestimmungen des Central Administration Agreements. Gemäß den Bestimmungen des Central Administration Agreements nimmt der OGA-Administrator alle allgemeinen Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung des Fonds wahr, die nach luxemburgischem Recht erforderlich sind, berechnet den Nettoinventarwert pro Anteil, führt die Buchhaltung des Fonds und wickelt alle Zeichnungen, Rücknahmen, Umwandlungen und Übertragungen von Anteilen ab und trägt diese Transaktionen in das Anteilhaberregister ein. Darüber hinaus ist der OGA-Administrator als Registerführer und Transferstelle des Fonds auch dafür verantwortlich, die erforderlichen Informationen zu sammeln und Überprüfungen der Anleger durchzuführen, um die geltenden Vorschriften und Bestimmungen zur Bekämpfung der Geldwäsche einzuhalten.

Der OGA-Administrator ist nicht verantwortlich für Anlageentscheidungen des Fonds oder die Auswirkungen solcher Anlageentscheidungen auf die Wertentwicklung des Fonds.

Die CACEIS Bank, Luxembourg Branch, kann zur Ausübung ihrer Tätigkeiten IT- und operative Funktionen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als OGA-Administrator, insbesondere als Register- und Transferstelle, auslagern, wobei die Niederlassung Luxemburg möglicherweise Daten über den Anleger, wie Name, Anschrift, Geburtsdatum und -ort, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Steuernummer, Ausweisnummer (bei juristischen Personen: Name, Gründungsdatum, Hauptsitz, Rechtsform, Registrierungsnummern im Handelsregister und/oder bei den Steuerbehörden) usw. weitergibt. Gemäß luxemburgischem Recht ist die CACEIS Bank, Luxembourg Branch, verpflichtet, der Verwaltungsgesellschaft bestimmte Informationen über die ausgelagerten Tätigkeiten offenzulegen, die diese Informationen an die Anleger weiterleitet. Die Verwaltungsgesellschaft teilt den Anlegern alle wesentlichen Änderungen der in diesem Absatz offengelegten Informationen vor deren Umsetzung mit. Die Liste der Länder, in denen die CACEIS-Gruppe vertreten ist, ist auf der Website <https://www.caceis.com/who-we-are/where-to-find-us/> verfügbar. Diese Liste kann sich im Laufe der Zeit ändern.

Das Central Administration Agreement hat keine feste Laufzeit und jede Partei kann den Vertrag grundsätzlich mit einer Frist von mindestens drei (3) Monaten schriftlich kündigen. Das Central Administration Agreement kann unter bestimmten Umständen auch mit kürzerer Frist und mit sofortiger Wirkung gekündigt werden, beispielsweise wenn eine Partei eine wesentliche Verletzung ihrer Verpflichtungen begeht. Das Central Administration Agreement kann von der Verwaltungsgesellschaft mit sofortiger Wirkung gekündigt werden, wenn dies nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft im Interesse der Anleger liegt. Das Central Administration Agreement enthält Bestimmungen, die den OGA-Administrator unter bestimmten Umständen von der Haftung befreien und ihn entschädigen. Die Haftung des OGA-Administrators gegenüber der Verwaltungsgesellschaft wird jedoch durch eine Übertragung von Aufgaben durch den OGA-Administrator nicht beeinträchtigt.

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich das Recht vor, das oben beschriebene Central Administration Agreement im Einvernehmen mit dem OGA-Administrator zu ändern und/oder einen anderen Dienstleister in Luxemburg mit der Wahrnehmung der Aufgaben des OGA-Administrators zu beauftragen. Die Anleger werden zu gegebener Zeit darüber informiert.

7. Der Fondsmanager

Zum Fondsmanager der Teilfonds **PPF II („PMG Partners Funds II“)** – **Global Infrastructure Network Fund, und PPF II („PMG Partners Funds II“)** – **Quantitative Global Equity Fund** wurde die **PMG Investment Solutions AG** (nachfolgend „PMG“) mit eingetragenem Sitz in der Dammstrasse 23, 6300 Zug, Schweiz, von der Verwaltungsgesellschaft bestellt.

Die PMG Investment Solutions AG ist eine Fondsleitung gemäß Schweizer Finanzinstitutsgesetz (FINIG) und als solche unter der Aufsicht der Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA. Die PMG verwaltet mehrere Fonds schweizerischen Rechts und fungiert als Fondsmanager für mehrere Fonds luxemburgischen Rechts.

Zum Fondsmanager des Teilfonds **PPF II („PMG Partners Funds II“)** – **Carnot Efficient Resources** wurde die **Carnot Capital AG** mit eingetragenem Sitz in Lindenhofweg 4, 8806 Bäch SZ von der Verwaltungsgesellschaft bestellt.

Die Carnot Capital AG bezweckt die Vermögensverwaltung und das Erbringen von Dienstleistungen im Bereich Anlageberatung. Darüber hinaus kann die Gesellschaft als Vermögensverwalterin für kollektive Kapitalanlagen tätig sein, in dieser Tätigkeit steht Carnot unter der Aufsicht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA.

Aufgabe des Fondsmanagers ist insbesondere die eigenständige tägliche Umsetzung der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfondsvermögens und die Führung der Tagesgeschäfte der Vermögensverwaltung sowie anderer damit verbundener Dienstleistungen unter der Aufsicht, Verantwortung und Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik und der Anlagebeschränkungen des jeweiligen Teilfonds, wie sie in diesem Verkaufsprospekt beschrieben sind, sowie der gesetzlichen Anlagebeschränkungen.

Der Fondsmanager ist befugt, Makler sowie Broker zur Abwicklung von Transaktionen in den Vermögenswerten des Fonds auszuwählen. Die Anlageentscheidung und die Ordererteilung obliegen dem Fondsmanager.

Der Fondsmanager hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern, beraten zu lassen. Es ist dem Fondsmanager gestattet, seine Aufgaben mit Genehmigung der Verwaltungsgesellschaft ganz oder teilweise an Dritte, deren Vergütung ganz zu seinen Lasten geht, zu übertragen. In diesem Fall wird dieser Verkaufsprospekt dahingehend abgeändert werden.

Der Fondsmanager trägt alle Aufwendungen, die ihm in Verbindung mit den von ihm geleisteten Dienstleistungen entstehen. Maklerprovisionen, Transaktionsgebühren und andere im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten anfallende Geschäftskosten werden von dem jeweiligen Teilfonds getragen.

Die Fondsmanager sind nicht berechtigt, sich Eigentum oder Besitz an Geldern oder Wertpapieren von Anlegern zu verschaffen.

7.1 Der Sub-Fondsmanager

Bei allen Sub-Fondsmanager-Setups tauschen sich der Fondsmanager und der Sub-Fondsmanager grundsätzlich regelmäßig aus und definieren die Aufgabenverteilung.

Für den **PPF II („PMG Partners Funds II“)** – **Global Infrastructure Network Fund** wurde die **LPX AG** mit eingetragenem Sitz in der Florastrasse 17, CH-8008 Zürich, als Sub-Fondsmanager bestellt. Die LPX lancierte die erste Indexfamilie, welche die Performance von Listed Private Equity Unternehmen (LPE) misst. LPE Unternehmen werden im Gegensatz zu „traditionellen“ Private Equity Unternehmen an der Börse gehandelt, was die Konstruktion von Aktienindizes auf diese Gesellschaften ermöglicht. Diese Indizes, die auf Basis einer umfassenden Datenbank zusammengesetzt werden, wurden im Jahr 2004 ins Leben gerufen. Neben den Indizes bietet LPX eine Reihe weiterer Dienstleistungen in den Bereichen Benchmarking, Asset Allocation, Research und Financial Products an.

Die LPX AG als Sub-Fondsmanager beobachtet die Finanzmärkte, analysiert die Zusammensetzung der Anlagen des entsprechenden Teilfondsvermögens, selektioniert die Anlagen des Teilfondsvermögens unter Beachtung der Grundsätze der für den Teilfonds festgelegten Anlagepolitik und Anlagegrenzen aus und legt deren Gewichtung fest. Die ausgewählten Anlagen und deren Gewichtung kommuniziert die LPX AG an die PMG. Die LPX AG verwendet keine eigenen Indices für das Fondsmanagement des Teilfonds. Der Fondsmanager PMG prüft sodann die Anlagen, unter Einhaltung der gemeinsam festgelegten Anlagekriterien und der für den Teilfonds festgelegten Anlagepolitik und Anlagegrenzen, und trifft den finalen Anlageentscheid. Ebenso übernimmt die PMG das Risk Management und die Compliance für den Teilfonds.

Grundsätzlich ist Aufgabe des jeweiligen Sub-Fondsmanagers der Teilfonds insbesondere die eigenständige tägliche Umsetzung der individuell spezifizierten Tätigkeiten sowie anderer damit verbundener Dienstleistungen unter der Aufsicht, Verantwortung und Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfolgt unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik und der Anlagebeschränkungen des jeweiligen Teilfonds, wie sie in diesem Verkaufsprospekt beschrieben sind, sowie der gesetzlichen Anlagebeschränkungen.

Der Sub-Fondsmanager hat das Recht, sich auf eigene Kosten und Verantwortung von Dritten, insbesondere von verschiedenen Anlageberatern, beraten zu lassen. Es ist dem Sub-Fondsmanager gestattet, seine Aufgaben mit Genehmigung der Verwaltungsgesellschaft ganz oder teilweise an Dritte, deren Vergütung ganz zu seinen Lasten geht, zu übertragen. In diesem Fall wird dieser Verkaufsprospekt dahingehend abgeändert werden.

Der Sub-Fondsmanager trägt alle Aufwendungen, die ihm in Verbindung mit den von ihm geleisteten Dienstleistungen entstehen. Maklerprovisionen, Transaktionsgebühren und andere im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Veräußerung von Vermögenswerten anfallende Geschäftskosten werden von dem jeweiligen Teilfonds getragen.

Der Sub-Fondsmanager ist nicht berechtigt, sich Eigentum oder Besitz an Geldern oder Wertpapieren von Anlegern zu verschaffen.

8. Der Erwerb, die Rückgabe und der Umtausch von Anteilen

Anteile an dem Fonds sind Anteile an den jeweiligen Teilfonds. Sie können bei der Verwaltungsgesellschaft, bei den in diesem Verkaufsprospekt verzeichneten Zahlstellen und bei der Verwahrstelle erworben und zurückgegeben sowie in Anteile einer anderen Anteilklasse oder in Anteile eines anderen Teilfonds umgetauscht werden.

Anteile an den verschiedenen Teilfonds werden grundsätzlich an jedem Bewertungstag gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements ausgegeben. Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch im Interesse der Anteilhaber beschließen, dass im Zusammenhang mit einzelnen Teilfonds Anteile ausschließlich an dem unter Punkt „Überblick über wichtige Daten aller Teilfonds“ des Verkaufsprospektes vermerkten Erstaussgabetag ausgegeben werden. Im Interesse der Anteilhaber kann die Verwaltungsgesellschaft für die Teilfonds, bei denen die Ausgabe von Anteilen nach dem Erstaussgabetag eingestellt wurde, beschließen, auch nach dem Erstaussgabetag Anteile auszugeben, und dies ggf. an jedem Bewertungstag. In diesem Falle werden die Anteilhaber durch eine Veröffentlichung in einer Tageszeitung der Länder, in denen die Anteile an dem Fonds vertrieben werden, entsprechend informiert. Falls alle Anteilhaber der Verwaltungsgesellschaft bekannt sind, können die Anteilhaber auch schriftlich benachrichtigt werden.

Im Falle der Ausgabe verschiedener Anteilklassen bzw. nach Auflegung weiterer Teilfonds ist der Umtausch von Anteilen einer Anteilklasse in Anteile einer anderen Anteilklasse bzw. der Umtausch von Anteilen eines Teilfonds in Anteile eines anderen Teilfonds unter den Bedingungen, die in Artikel 9 des Verwaltungsreglements dargelegt sind, grundsätzlich möglich. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich jedoch das Recht vor, den Umtausch von Anteilen eines Teilfonds in Anteile eines anderen Teilfonds nur dann zu genehmigen, wenn dies im Interesse der Anteilhaber der von diesem Umtausch betroffenen Teilfonds ist.

9. Liquiditätsmanagement

Im Einklang mit den anwendbaren Bestimmungen verfügt der Fonds über ein Liquiditätsmanagement, welches durch die Verwaltungsgesellschaft ausgeführt wird.

Liquiditätsmanagement definiert Verfahren, die der Verwaltungsgesellschaft ermöglichen, die Liquiditätsrisiken der jeweiligen Teilfonds zu überwachen und sicherzustellen, dass das Liquiditätsprofil der Anlagen mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen übereinstimmt. Zudem umfasst Liquiditätsmanagement regelmäßige Stresstests unter normalen wie auch außergewöhnlichen Marktbedingungen, um Liquiditätsrisiken zu bewerten und angemessen zu steuern.

Ein wirksames Liquiditätsmanagement gewährleistet die Kohärenz zwischen Anlagestrategie, Liquiditätsprofil und Rücknahmegrundsätzen der jeweiligen Teilfonds. Geeignete Maßnahmen stellen sicher, dass erwartete oder tatsächliche Liquiditätsengpässe sowie andere Notlagen bewältigt werden können. Dies erlaubt der Verwaltungsgesellschaft unter anderem umfangreiche Rücknahmeverlangen erst dann zum gültigen Rücknahmepreis zurückzunehmen, nachdem sie ohne Verzögerung und unter Beachtung der Interessen aller Anteilhaber entsprechende Vermögenswerte veräußert hat.

Beschränkung der Anteilrücknahme

Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme von Anteilen zeitweise beschränken, wenn die Rücknahmeanträge an einem Bewertungstag mindestens 20 Prozent des Nettoinventarwertes des jeweiligen Teilfonds erreichen (Schwellenwert). Wird der Schwellenwert erreicht oder überschritten, entscheidet die Verwaltungsgesellschaft im pflichtgemäßen Ermessen, ob sie an diesem Abrechnungstichtag die Rücknahme beschränkt. Entschließt sie sich zur Rücknahmebeschränkung, kann sie diese auf Grundlage einer täglichen Ermessensentscheidung fortsetzen. Die Entscheidung zur Beschränkung der Rücknahme kann getroffen werden, wenn die Rücknahmeverlangen aufgrund der Liquiditätssituation des jeweiligen Teilfonds nicht mehr im Interesse der Gesamtheit der Anteilhaber ausgeführt werden können. Die Entscheidung zur Beschränkung der Rücknahme basiert auf der Liquiditätssituation des jeweiligen Teilfonds, beispielsweise wenn die Rücknahmeverlangen an dem Bewertungstag nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Teilfonds vollständig befriedigt werden können oder wenn sich die Liquidität der Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds aufgrund politischer, ökonomischer oder sonstiger Ereignisse an den Märkten verschlechtert und damit nicht mehr ausreicht, um die Rücknahmeverlangen an dem Abrechnungstichtag vollständig zu bedienen.

Hat die Verwaltungsgesellschaft entschieden, die Rücknahme zu beschränken, wird sie Anteile des jeweiligen Teilfonds zu dem am Abrechnungstichtag geltenden Rücknahmepreis lediglich anteilig zurückzunehmen. Im Übrigen entfällt die Rücknahmepflicht. Die Quote an zurückgenommenen Anteilen entspricht zumindest dem vorbenannten Schwellenwert. Dies bedeutet, dass jede Rücknahmeorder nur anteilig auf Basis einer von der Verwaltungsgesellschaft zu ermittelnden Quote ausgeführt wird. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Quote im Interesse der Anteilhaber auf Basis der verfügbaren Liquidität und des Gesamtordervolumens für den jeweiligen Abrechnungstichtag des jeweiligen Teilfonds fest. Der Umfang der verfügbaren Liquidität hängt wesentlich vom aktuellen Marktumfeld ab. Die Quote legt fest, zu welchem prozentualen Anteil die Rücknahmeverlangen an dem Abrechnungstichtag ausgezahlt werden. Der nicht ausgeführte Teil der Order (Restorder) wird von der Verwaltungsgesellschaft auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt, sondern verfällt (Pro-Rata-Ansatz mit Verfall der Restorder). Die Verwaltungsgesellschaft prüft an jedem Bewertungstag, ob und auf Basis welcher Quote er die Rücknahme für den jeweiligen Teilfonds beschränkt. Die Möglichkeit zur Aussetzung der Rücknahme bleibt unberührt.

Die Verwaltungsgesellschaft veröffentlicht Informationen über die Beschränkung der Rücknahme der Anteile des jeweiligen Teilfonds sowie deren Aufhebung unverzüglich auf ihrer Internetseite. Der Rücknahmepreis entspricht dem an diesem Tag ermittelten Anteilwert gegebenenfalls abzüglich eines Rücknahmeabschlags.

Rücknahmeabschlag

Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, bei Rücknahmen von Anteilen eine Rücknahmegebühr in Höhe von bis zu 2 % des Bruttorechnungsbetrags zu erheben. Die Gebühr dient der Vermeidung von Verwässerungseffekten und der verursachungsgerechten Zuweisung der mit der Liquiditätsbeschaffung verbundenen Kosten an die rücknehmenden Anleger. Die konkrete Höhe wird dynamisch festgelegt und richtet sich nach den geschätzten Kosten der Liquiditätsbeschaffung.

Die Rücknahmegebühr wird nicht dauerhaft, sondern situationsabhängig und von der Verwaltungsgesellschaft angewendet, wenn die geschätzten Kosten der Liquidität für die Abwicklung der Rücknahme eine Größenordnung erreichen, die nach Maßgabe der von der Verwaltungsgesellschaft festgelegten Methodologie als wesentlich für die verursachungsgerechte Kostenverteilung einzustufen ist.

Bei der Festlegung der konkreten Gebührenhöhe erfolgt die Bemessung dynamisch innerhalb der vorab festgelegten Gebührenspanne. Die Verwaltungsgesellschaft berücksichtigt dabei die geschätzten Kosten der Liquidität, inklusive der expliziten Transaktionskosten (z. B. Kosten für Brokerage, Steuern, Settlement) sowie, soweit angemessen, die impliziten Transaktionskosten (z. B. Bid-Ask-Spreads, Markteinflüsse).

Die Verwaltungsgesellschaft wendet eine dokumentierte Methodologie an, die die Bemessung der konkreten Gebühr innerhalb der vorab festgelegten Gebührenspanne unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktbedingungen und der geschätzten Kosten der Liquidität ermöglicht. Dies kann sowohl unter normalen Marktbedingungen als auch in gestressten Marktphasen der Fall sein.

- Normale Marktbedingungen: Die Gebühr wird aktiviert, wenn Rücknahmen zu Kosten führen, die nach der Methodologie als wesentlich gelten.

- Gestresste Marktbedingungen: Die Gebühr wird innerhalb der Spanne höher bemessen, um erhöhte Liquiditätskosten (z. B. bei illiquiden Assets oder Marktverwerfungen) abzudecken. Faktoren, die die Gebührenhöhe beeinflussen, sind z. B. Marktvolatilität, Liquidität des Portfolios und Transaktionskosten.

Die Rücknahmegebühr wird nicht erhoben, wenn die Rücknahme vollständig aus bestehenden liquiden Mitteln bedient werden kann oder die damit verbundenen Kosten von der Verwaltungsgesellschaft als nicht wesentlich eingestuft werden.

Der Rücknahmeabschlag wird von der Verwaltungsgesellschaft auf Basis einer dokumentierten Methodologie erhoben. Diese Methodologie wird regelmäßig überprüft und angepasst, um sicherzustellen, dass sie die tatsächlichen Kosten der Liquidität unter normalen und gestressten Marktbedingungen widerspiegelt.

10. Zahlungen und Informationen

Zahlungen erfolgen über die Verwaltungsgesellschaft sowie über die im Verkaufsprospekt aufgeführten Zahlstellen. Informationen für die Anteilhaber sind ebendort kostenlos erhältlich. Die Ausgabe- und Rücknahmepreise können an jedem Bewertungstag gemäß Artikel 7 des Verwaltungsreglements am Sitz der Verwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle sowie bei allen Zahlstellen kostenlos erfragt werden (zu Einzelheiten bezüglich der Berechnung des Anteilwertes vgl. Artikel 7 des Verwaltungsreglements).

Die Verwaltungsgesellschaft stellt sicher, dass die Gesetze, Regeln, Rundschreiben und Vorschriften in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie das Verbot des „Late Trading“ und „Market Timing“ eingehalten werden und hat in diesem Zusammenhang interne Verfahren zur Vorbeugung implementiert.

Dieser Verkaufsprospekt mit dem Verwaltungsreglement des Fonds, die Basisinformationsblätter sowie die Jahres- und Halbjahresberichte sind am Sitz der Verwaltungsgesellschaft, bei der Verwahrstelle sowie bei allen Zahlstellen kostenlos erhältlich.

Die Anschrift der Zahl- und Informationsstelle ist nachfolgend unter der Rubrik „Management und Verwaltung“ abgedruckt. Anträge auf Rücknahme und Umtausch von Anteilen können bei der Zahl- und Informationsstelle eingereicht werden. Sämtliche Zahlungen an die Anteilhaber, einschließlich Rücknahmeerlöse, etwaige Ausschüttungen und sonstiger Zahlungen können auf Ersuchen des Anteilhabers über die deutsche Zahl- und Informationsstelle geleitet werden.

Der Verkaufsprospekt und die Basisinformationsblätter, das Verwaltungsreglement sowie der geprüfte Jahresbericht und der ungeprüfte Halbjahresbericht sind kostenlos bei der deutschen Zahl- und Informationsstelle erhältlich.

Die jeweils gültigen Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie etwaige Mitteilungen an die Anteilhaber sind ebenfalls kostenlos bei der Zahl- und Informationsstelle erhältlich. Außerdem werden die Ausgabe- und Rücknahmepreise sowie etwaige Mitteilungen an die Anteilhaber in der Bundesrepublik Deutschland auf der Internetseite <https://www.opportunityfm.com> publiziert.

11. Steuern

11.1. Der Fonds

Besteuerung des Fonds

Das Fonds- bzw. die Teilfondsvermögen unterliegen im Großherzogtum Luxemburg einer Steuer, der sog. *taxe d'abonnement* in Höhe von derzeit 0,05% p.a. (bzw. 0,01% p.a. für das Teilfondsvermögen oder eine Anteilklasse, deren Anteile ausschließlich an institutionelle Anleger ausgegeben werden), die vierteljährlich auf das jeweils am Quartalsende ausgewiesene Netto-Teilfondsvermögen zahlbar ist. Soweit ein Teilfondsvermögen oder der Teil eines Teilfondsvermögens in anderen luxemburgischen Investmentfonds angelegt ist, die ihrerseits bereits der *taxe d'abonnement* unterliegen, entfällt diese Steuer für den Teil des Teilfondsvermögens, welcher in solchen luxemburgischen Investmentfonds angelegt ist.

Die Einkünfte des Fonds bzw. der Teilfonds aus der Anlage ihres Vermögens werden im Großherzogtum Luxemburg nicht besteuert. Allerdings können diese Einkünfte (insbesondere Zinsen und Dividenden) in Ländern, in denen die Teilfondsvermögen angelegt sind, der Quellenbesteuerung unterworfen werden. In solchen Fällen sind weder die Verwahrstelle noch die Verwaltungsgesellschaft zur Einholung von Steuerbescheinigungen verpflichtet.

Besteuerung der Erträge aus Anteilen am Fonds beim Anleger

In Umsetzung des Common Reporting Standard („CRS“) findet seit dem 1. Januar 2016 ein automatischer Informationsaustausch zwischen den meisten EU-Staaten, einschließlich Luxemburg, und den weiteren Vertragsstaaten des CRS-Regimes statt. Dieser neue durch die OECD entworfene globale Standard zum automatischen Informationsaustausch umfasst Zinseinkommen, Dividendeneinkommen und bestimmte andere Einkommensarten.

Anleger, die nicht im Großherzogtum Luxemburg ansässig sind, bzw. dort keine Betriebsstätte unterhalten, müssen auf ihre Erträge aus Anteilen im Großherzogtum Luxemburg weder Einkommen-, Erbschaft-, noch Vermögensteuer entrichten. Für sie gelten die jeweiligen nationalen Steuervorschriften.

Natürliche Personen, mit Wohnsitz im Großherzogtum Luxemburg, die nicht in einem anderen Staat steuerlich ansässig sind, müssen seit dem 1. Januar 2006 gemäß dem luxemburgischen Gesetz vom 23. Dezember 2005 auf bestimmte Zinserträge eine abgeltende Quellensteuer zahlen. Diese Quellensteuer kann unter bestimmten Bedingungen auch Zinserträge eines Investmentfonds betreffen. Gleichzeitig wurde im Großherzogtum Luxemburg die Vermögensteuer abgeschafft.

Die vorliegenden Auskünfte basieren auf der derzeitigen Gesetzgebung und Verwaltungspraxis und können Änderungen unterliegen.

Anleger sollten sich im Hinblick auf eventuelle steuerliche Konsequenzen der Zeichnung, des Erwerbs, des Besitzes, des Umtauschs, der Rücknahme oder anderweitigen Verfügung im Hinblick auf die Anteile und/oder der Ausschüttungen auf die Anteile des Fonds unter Berücksichtigung der Rechtslage in dem Land ihrer Staatsangehörigkeit, ihres gewöhnlichen Aufenthaltes, ihres Wohnsitzes oder ihres Sitzes informieren und gegebenenfalls fachliche Beratung einholen.

Besondere Risiken durch steuerliche Nachweispflichten für die Bundesrepublik Deutschland

Die Verwaltungsgesellschaft hat die Richtigkeit der bekannt gemachten Besteuerungsgrundlagen auf Anforderung der deutschen Finanzverwaltung nachzuweisen. Sollten Fehler für die Vergangenheit erkennbar werden, so wird die Korrektur nicht für die Vergangenheit durchgeführt, sondern im Rahmen der Bekanntmachung für das laufende Geschäftsjahr berücksichtigt. Die Korrektur kann die Anleger, die im laufenden Geschäftsjahr eine Ausschüttung erhalten bzw. einen Thesaurierungsbetrag zugerechnet bekommen, belasten oder begünstigen.

12. Währungssicherungsgeschäfte (Hedging)

Der Einsatz von Währungssicherungsgeschäften kann auf der Ebene eines Teilfonds erfolgen, um Währungsrisiken eines Teilfonds abzusichern. Währungsabsicherungen (falls vorhanden) werden durch den Einsatz verschiedener Techniken einschließlich Devisenterminkontrakte, Devisenoptionen und Futures vorgenommen. Die entsprechende Währungsabsicherung soll das Engagement eines Anlegers in den jeweiligen Währungen, auf die die Anlagen des Teilfonds lauten, reduzieren. Es gibt keine Garantie dafür, dass eine Absicherung effektiv ist. Wenn das Währungsrisiko eines Teilfonds nicht bzw. nicht vollständig abgesichert ist oder wenn die Absicherungsgeschäfte nicht vollständig wirksam sind, kann der Wert der Vermögenswerte eines Teilfonds durch Wechselkursschwankungen positiv oder negativ beeinflusst werden. Alle Kosten im Zusammenhang mit den oben genannten Absicherungsgeschäften werden vom Teilfonds getragen.

Der Einsatz von Währungssicherungsgeschäften kann auch auf der Ebene einzelner Anteilklassen erfolgen, deren Referenzwährung nicht identisch mit der Fondswährung bzw. Teilfondswährung ist, um die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen zwischen dem Teilfonds und der Referenzwährung der Anteilklasse zu minimieren (Replication Hedging). Auch hier kann nicht garantiert werden, dass solche Währungsabsicherungsgeschäfte effektiv sind. Die Kosten und der etwaige Vorteil der Absicherung des Währungsrisikos der Vermögenswerte, die einer spezifischen Anteilklasse eines Teilfonds zuzuordnen sind, werden ausschließlich der betreffenden Anteilklasse zugewiesen.

Anstelle eines Replication Hedging kann eine Look-through Anteilklassenabsicherung (Look-through-hedging) zur Anwendung kommen. Durch das Look-through-hedging sollen die Auswirkungen von Währungsschwankungen von Positionen des Teilfonds, die auf andere Währungen als die Währung der abgesicherten Anteilklasse lauten, reduziert werden. Es handelt sich um einen "line-by-line" -Ansatz, bei dem Währungen gemäß der Einschätzung des Fondmanagers einzeln abgesichert werden können. Auch bei dieser Art der Währungsabsicherung kann nicht garantiert werden, dass solche Währungsabsicherungsgeschäfte effektiv sind. Alle Techniken und Finanzinstrumente, die der Währungsabsicherung einer oder mehrerer Anteilklassen dienen, sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des gesamten Teilfonds. Die Kosten und der etwaige Vorteil der Absicherung des Währungsrisikos der Vermögenswerte durch diese Techniken und Finanzinstrumente, die einer spezifischen Anteilklasse eines Teilfonds zuzuordnen sind, werden aber ausschließlich der betreffenden Anteilklasse zugewiesen.

Die Transaktionen werden einer bestimmten Anteilklasse eindeutig zugewiesen, so dass das Währungsrisiko einer Anteilklasse nicht mit dem einer anderen Anteilklasse kombiniert oder mit diesem verrechnet werden darf. Das Währungsrisiko der einer Anteilklasse zuzuordnenden Vermögenswerte darf anderen Anteilklassen nicht zugeordnet werden.

Im Falle von mehreren Anteilklassen innerhalb eines Teilfonds, die auf dieselbe Währung lauten und jeweils gegen Fremdwährungsrisiken abgesichert werden sollen, kann der Teilfonds die Währungsabsicherungsgeschäfte für die einzelnen Anteilklassen zusammenfassen und die Gewinne oder Verluste sowie die Kosten der betreffenden Finanzinstrumente anteilig auf jede dieser abgesicherten Anteilklassen im betreffenden Teilfonds verteilen.

Im „Überblick über wichtige Daten aller Teilfonds“ ist definiert, ob und welche Art von Währungsabsicherungsgeschäften zur Anwendung kommen können.

Sofern eine Währungsabsicherung bei Anteilsklassen zur Anwendung kommt, kann es aufgrund externer Faktoren, die außerhalb der Kontrolle der Verwaltungsgesellschaft liegen, zu übermäßig abgesicherten oder zu niedrig abgesicherten Positionen kommen. Übermäßig abgesicherte Positionen werden jedoch 105% des Nettoinventarwertes der Klasse nicht überschreiten und nicht abgesicherte Positionen dürfen 95% des Anteils des Nettoinventarwertes der Klasse, der gegen das Währungsrisiko abgesichert werden soll, nicht unterschreiten. Die Währungsabsicherungen werden täglich überprüft, um sicherzustellen, dass abgesicherte Positionen die oben genannten Werte nicht über- bzw. unterschreiten. Zudem findet regelmäßig ein Rebalancing der Währungsabsicherung statt.

Die Wertentwicklung des Nettoinventarwertes einer Anteilklasse in einer anderen Währung als der Referenzwährung des Teilfonds ist eine andere als die Wertentwicklung einer Anteilklasse, welche in der Referenzwährung des Teilfonds ausgegeben wurde. Soweit die Währungsabsicherungsgeschäfte für eine spezifische Anteilklasse erfolgreich sind, wird die Anteilklasse wahrscheinlich eine gleichgerichtete Wertentwicklung wie die zugrunde liegenden Vermögenswerte erfahren, so dass der Anleger dieser Anteilklasse im Ergebnis nicht profitiert, wenn die Währung der Anteilklasse gegenüber der Währung fällt, auf die die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds lauten.

Besonders hingewiesen werden die Anleger auf den als „Anlagerisiko durch Fremdwährungsanteilklassen“ bezeichneten Abschnitt im Kapitel „Risikohinweise“.

13. Benchmark

Bestimmte Teilfonds können Nutzer von Benchmarks im Sinne der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2016 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden („Benchmark-Verordnung“) sein.

Im Überblick eines jeden Teilfonds wird angegeben oder der jeweilige Teilfonds eine Benchmark verwendet, die in den Anwendungsbereich der Benchmark-Verordnung fällt. Sofern eine Benchmark verwendet wird, wird der Benchmark-Administrator genannt und es wird angegeben, ob der Administrator in dem von der ESMA eingerichteten und geführten Register der Administratoren aufgeführt ist.

Die Benchmark-Verordnung verpflichtet die Verwaltungsgesellschaft schriftliche Pläne zu erstellen und aufrechtzuerhalten, in denen die Maßnahmen dargelegt werden, die sie ergreifen würde, wenn sich eine Benchmark wesentlich ändert oder nicht mehr zur Verfügung gestellt wird. Die Verwaltungsgesellschaft muss dieser Verpflichtung nachkommen. Weitere Informationen zu dem Plan sind auf Anfrage bei der Verwaltungsgesellschaft kostenlos erhältlich.

14. Datenschutz

Gemäß geltendem luxemburgischem Datenschutzrecht und der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, die seit dem 25. Mai 2018 wirksam ist („Datenschutzrecht“), erfasst, speichert und bearbeitet die Verwaltungsgesellschaft, die als Datenverantwortlicher handelt, auf elektronischem oder anderem Wege die von den Anlegern zum Zeitpunkt ihrer Zeichnung bereitgestellten Daten, um die von den Anlegern gewünschten Dienstleistungen zu erbringen und ihren rechtlichen Pflichten zu erfüllen.

Die verarbeiteten Daten umfassen den Namen, die Anschrift und den investierten Betrag jedes Anlegers sowie Zugangsdaten (Passwort, PIN, etc.), die Identifizierung (Name, Benutzername, etc.), Kontaktdaten (E-Mail-Adresse, Postanschrift, Telefonnummer, etc.), Kontodaten (Kreditkartennummer, Kontodetails), Transaktionsdaten (Käufe, Verkäufe, Erträge, Steuern), Angabe der Berufsbezeichnung, Kommunikationsdaten (Aufzeichnungen von Telefongesprächen, Voicemail, E-Mail, SMS, etc.), die nationale Identifikationsnummer oder eine andere allgemein gültige Kennzeichnung; handelt es sich bei den Anlegern um juristische Personen, umfassen die verarbeiteten Daten auch personenbezogene Daten der Kontaktperson(en) und des/der wirtschaftlichen Eigentümer(s) der Anleger („personenbezogene Daten“).

Die Anleger können nach eigenem Ermessen die Übermittlung personenbezogener Daten an die Verwaltungsgesellschaft verweigern. In diesem Fall können die Verwaltungsgesellschaft oder ihre Vertreter jedoch einen Zeichnungsantrag dieses Anlegers ablehnen.

Die personenbezogenen Daten der Anleger werden in Zusammenhang mit der Vereinbarung und der Durchführung der Zeichnung von Anteilen im rechtmäßigen Interesse des Fonds und zur Erfüllung der dem Fonds auferlegten gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet. Die personenbezogenen Daten der Anleger werden insbesondere für die folgenden Zwecke verarbeitet: (i) Führen des Verzeichnisses von Anlegerkonten; (ii) Verarbeitung von Zeichnungen, Rücknahmen und Umtausch von Anteilen sowie Zahlungen von Dividenden oder Zinsen an Anleger; (iii) Einhaltung der geltenden Anti-Geldwäsche-Vorschriften und sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen, beispielsweise Durchführung von Kontrollen bezüglich Praktiken des Late Trading und Market Timing.

Die personenbezogenen Daten werden keinesfalls für Marketingzwecke verwendet.

Die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet sich, die personenbezogenen Daten mit Ausnahme der Abschlussprüfer und der Rechts-/Steuerberater, der Transferstelle, der Verwahrstelle und deren Beauftragten und Vertretern, an die die

personenbezogenen Daten in Verbindung mit der Erbringung von Leistungen für den Fonds weitergegeben werden dürfen („Datenverarbeiter“ und/oder „Empfänger“), nicht an Dritte weiterzugeben, es sei denn, sie sind dazu gesetzlich verpflichtet oder der jeweilige Anleger hat der Weitergabe im Vorfeld schriftlich zugestimmt. Die Empfänger können die personenbezogenen Daten auf eigene Verantwortung gegenüber ihren Beauftragten und/oder Vertretern („Unterempfänger“) offenlegen, welche die personenbezogenen Daten für die alleinigen Zwecke der Unterstützung der Empfänger bei der Erbringung ihrer Dienstleistungen für den Verantwortlichen und/oder der Erfüllung ihrer eigenen gesetzlichen Verpflichtungen verarbeiten. Die Empfänger und Unterempfänger können personenbezogene Daten je nach Einzelfall als Datenverarbeiter (d. h. Verarbeitung der personenbezogenen Daten gemäß Anweisungen des Verantwortlichen) oder als selbstständiger Verantwortlicher (d. h. Verarbeitung der personenbezogenen Daten im eigenen Namen, also in Erfüllung der eigenen gesetzlichen Verpflichtungen) verarbeiten. Die personenbezogenen Daten können im Einklang mit geltenden Gesetzen und Vorschriften auch an Dritte wie Regierungs- und Aufsichtsbehörden, einschließlich Steuerbehörden, weitergegeben werden. Insbesondere können die personenbezogenen Daten den luxemburgischen Steuerbehörden offengelegt werden, die diese in ihrer Funktion als Verantwortliche wiederum an ausländische Steuerbehörden weitergeben können. Alle Empfänger und Unterempfänger sind im Europäischen Wirtschaftsraum oder in einem Land ansässig, für das ein Angemessenheitsbeschluss vorliegt, der einen ausreichenden Schutz in diesem Land anerkennt.

Vorbehaltlich der datenschutzrechtlichen Bedingungen, haben die Anleger das Recht:

- den Zugang zu ihren personenbezogenen Daten zu erlangen und darüber informiert zu werden, auf welche Weise die Daten tatsächlich verarbeitet werden;
- ihre personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn diese falsch oder unvollständig sind;
- der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten, einschließlich Profiling, zu widersprechen;
- die Löschung von falschen, unvollständigen oder rechtswidrig verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- den Umfang der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten einzuschränken; und
- die Übertragung ihrer personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an einen anderen Verantwortlichen und/oder an sie selbst zu verlangen.

Die Anleger können ihre oben genannten Rechte durch schriftliche Mitteilung an die Verwaltungsgesellschaft unter folgender Anschrift ausüben: 16, rue Robert Stümper, 2557 Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg.

Die personenbezogenen Daten werden unter Beachtung der gesetzlichen Verjährungsfristen nicht länger aufbewahrt, als sie für die Verarbeitung erforderlich sind.

Die Anleger werden außerdem auf ihr Recht hingewiesen, eine Beschwerde bei der Nationalen Kommission für den Datenschutz („CNPD“) unter der folgenden Anschrift einreichen zu können: 1, Avenue du Rock'n'Roll, L-4361 Esch-sur-Alzette, Großherzogtum Luxemburg.

15. Wichtige Hinweise zur Risikobetrachtung

Es kann grundsätzlich keine Zusicherung gegeben werden, dass die Ziele der jeweiligen Anlagepolitik eines Teilfonds tatsächlich erreicht werden.

Die Verwaltungsgesellschaft ist unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung im Rahmen der Anlagegrenzen gemäß Artikel 4 Absatz 5 h) des hiernach abgedruckten Verwaltungsreglements ermächtigt, bis zu 100% des Netto-Fondsvermögens eines Teilfonds in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten verschiedener Emissionen eines Emittenten anzulegen.

Sofern ein Teilfonds Derivate einsetzen darf, gilt:

Durch den Einsatz von Optionen und Finanzterminkontrakten und sonstigen Techniken und Instrumenten zur effizienten Verwaltung des jeweiligen Teilfondsvermögens ist der jeweilige Teilfonds im Vergleich zu den traditionellen Anlagemöglichkeiten weitaus höheren Risiken ausgesetzt. Die Möglichkeit, diese Anlagestrategien anzuwenden, kann durch Marktbedingungen oder gesetzliche Beschränkungen eingeschränkt sein.

Insbesondere Optionsscheine bergen erhöhte Risiken, da im Zusammenhang mit der Anlage in Optionsscheinen ebenso wie in sonstigen Derivaten bereits ein geringer Kapitaleinsatz zu umfangreichen Kursbewegungen führen kann („Hebelwirkung“).

Es wird darauf hingewiesen, dass mit Derivaten die folgenden Risiken verbunden sein können:

- a) die erworbenen befristeten Rechte können verfallen oder eine Wertminderung erleiden
- b) das Verlustrisiko kann nicht bestimmbar sein und auch über etwaige geleistete Sicherheiten hinausgehen
- c) Geschäfte, bei denen die Risiken ausgeschlossen sind oder eingeschränkt werden sollen, können möglicherweise nicht oder nur zu einem verlustbringenden Marktpreis getätigt werden
- d) das Verlustrisiko kann sich erhöhen, wenn die Verpflichtungen aus derartigen Geschäften oder die hieraus zu beanspruchende Gegenleistung auf eine ausländische Währung lauten.

- e) die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit oder eines Zahlungsverzugs einer Gegenpartei (Kontrahentenrisiko). Sofern die Teilfonds derivative OTC-Geschäfte (bspw. Non-exchange traded Futures und Optionen, Forwards, Swaps) abschließen können, unterliegen sie einem erhöhten Kredit- und Gegenparteirisiko, welches die Verwaltungsgesellschaft durch den Abschluss von Verträgen zur Sicherheitenverwaltung (Collateral-Verträge) zu reduzieren versucht.
- f) Die Verwaltungsgesellschaft bzw. der Fondsmanager können für die jeweiligen Teilfonds Transaktionen auf OTC-Märkten abschließen, die die Teilfonds dem Risiko der Zahlungsunfähigkeit ihrer Gegenparteien sowie dem Risiko in Bezug auf deren Fähigkeit, die Vertragsbedingungen zu erfüllen, aussetzen. Im Falle eines Konkurses oder der Insolvenz einer Gegenpartei kann es für den Teilfonds zu Verzögerungen in der Abwicklung von Positionen und erheblichen Verlusten, einschließlich Wertminderungen der vorgenommenen Anlagen während des Zeitraumes, während dessen der Teilfonds seine Ansprüche durchzusetzen versucht, zur Erfolglosigkeit der Realisierung von Gewinnen während dieses Zeitraums sowie zu Ausgaben, die im Zusammenhang mit der Durchsetzung dieser Rechte anfallen, kommen. Ebenso besteht die Möglichkeit, dass die obigen Verträge und derivativen Techniken beispielsweise durch Konkurs, hinzukommende Gesetzeswidrigkeit oder durch eine Änderung der steuerrechtlichen oder buchhalterischen Gesetzesregelungen zu den bei Abschluss des Vertrages geltenden Bestimmungen, beendet werden.

Darüber hinaus sind für die einzelnen Teilfonds folgende Risiken zu beachten:

Markt- und Sektorrisiko

Die Anlagen in Wertpapiere eines bestimmten Wirtschaftssektors weisen erhöhte Chancen auf, denen jedoch auch entsprechende Risiken entgegenstehen. Dabei handelt es sich einmal um die allgemeinen Marktrisiken und zum anderen auch um die speziellen Risiken des jeweiligen Wirtschaftssektors. Die jeweiligen Märkte können teilweise erheblichen Wertschwankungen und einer verminderten Liquidität unterliegen.

Die Kurs- oder Marktwertentwicklung von Finanzprodukten hängt insbesondere von der Entwicklung der Kapitalmärkte sowie der wirtschaftlichen Entwicklung der Emittenten ab, die wiederum von der allgemeinen Lage der Weltwirtschaft sowie den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den jeweiligen Ländern beeinflusst wird. Auf die allgemeine Kursentwicklung insbesondere an einer Börse können auch irrationale Faktoren wie Stimmungen, Meinungen und Gerüchte einwirken.

Länder- oder Transferrisiko

Vom Länderrisiko spricht man, wenn ein ausländischer Schuldner trotz Zahlungsfähigkeit aufgrund fehlender Transferfähigkeit oder -bereitschaft seines Sitzlandes Leistungen nicht fristgerecht, oder überhaupt nicht erbringen kann. So können z. B. Zahlungen, auf die der Fonds Anspruch hat, ausbleiben oder in einer Währung erfolgen, die aufgrund von Devisenbeschränkungen nicht mehr konvertierbar ist.

Darüber hinaus bestehen bei der Anlage in Wertpapieren von Gesellschaften in Entwicklungsländern zusätzliche Risiken für das eingesetzte Fondsvermögen durch hoheitliche Eingriffe und kaum kalkulierbare politische Umwälzungen, die auch den freien Transfer von Devisen beeinflussen können. Zusätzliche Risiken bestehen durch die generell beschränkteren Informationsmöglichkeiten und die geringere Aufsicht und Kontrolle dieser Wertpapiermärkte.

Mit der Anlage in Wertpapieren aus Schwellenländern sind verschiedene Risiken verbunden. Diese hängen vor allem mit dem rasanten wirtschaftlichen Entwicklungsprozess zusammen, den diese Länder teilweise durchmachen. Darüber hinaus handelt es sich eher um Märkte mit geringer Marktkapitalisierung, die dazu tendieren, volatil und illiquide zu sein. Andere Faktoren (wie politische Veränderungen, Wechselkursänderungen, Börsenkontrolle, Steuern, Einschränkungen bezüglich ausländischer Kapitalanlagen und Kapitalrückflüsse etc.) können ebenfalls die Marktfähigkeit der Werte und die daraus resultierenden Erträge beeinträchtigen.

Weiterhin können diese Märkte sowie die auf ihnen notierten Gesellschaften wesentlich geringerer staatlicher Aufsicht und einer weniger differenzierten Gesetzgebung unterliegen. Die Buchhaltung und Rechnungsprüfung dieser Gesellschaften entsprechen nicht immer dem hiesigen Standard.

Die Kursentwicklung von Aktien an osteuropäischen Börsen und Märkten unterliegen teilweise erheblichen Schwankungen. Den Chancen an einer Anlage in diesen Ländern stehen damit auch erhebliche Risiken gegenüber.

Die Wertentwicklung kann durch Wechselkursveränderungen der Fondswährung Euro gegenüber den Währungen der Länder, in denen das Fondsvermögen investiert ist, sowie durch andere Faktoren, wie politische Veränderungen, Begrenzung des Währungsumtausches und –transfers, ungeklärte Eigentumsverhältnisse, ungeeignete Börsenkontrolle, Steuern, Einschränkungen hinsichtlich ausländischer Kapitalanlagen und Kapitalrückflüssen u.s.w., beeinflusst werden.

Aufgrund der Risiken aus erheblichen Aktienkursschwankungen in Verbindung mit der noch begrenzten Aufnahmefähigkeit der obengenannten Märkte weist die Verwaltungsgesellschaft ausdrücklich auf die Möglichkeit der zeitweiligen Aussetzung der Berechnung des Anteilwertes und der Rücknahme oder des Umtausches von Anteilen (Art. 8 des Verwaltungsreglements) hin.

Währungsrisiko

Die Wertentwicklung kann durch Wechselkursveränderungen der Teilfondswährung gegenüber den Währungen der Länder, in denen das Teilfondsvermögen investiert ist, beeinflusst werden.

Sofern die Vermögenswerte eines Teilfonds in anderen Währungen als der Teilfondswährung angelegt sind, erhält der Teilfonds Erträge, Rückzahlungen und Erlöse aus solchen Anlagen in der jeweiligen Währung. Fällt der Wert dieser Währung gegenüber der Teilfondswährung, so reduziert sich der Wert des Teilfonds.

Anlagerisiko durch Fremdwährungsanteilklassen

Die Anteilklasse eines Teilfonds kann auf eine andere Währung lauten als die Referenzwährung des Teilfonds und/oder auf eine andere Währung als die vom Teilfonds gehaltenen Vermögenswerte. Alle Zahlungen aufgrund der Rückgabe von Anteilen und Ausschüttungen erfolgen in der Regel in der Währung der jeweiligen Anteilklasse. Änderungen der Wechselkurse zwischen der Referenzwährung des Teilfonds und der bezeichneten Währung oder Änderungen der Wechselkurse zwischen den Währungen, auf die die Vermögenswerte des Teilfonds lauten, und der Währung der bezeichneten Anteilklasse können zu Wertminderungen dieser Anteile in der bezeichneten Währung führen. Im „Überblick über wichtige Daten aller Teilfonds“ ist definiert, ob und welche Art von Währungsabsicherungsgeschäften zur Anwendung kommen können, um dieses Risiko abzusichern. Anlegern sollte bewusst sein, dass diese Strategie möglicherweise den Vorteil wesentlich begrenzt, der aus dem Fallen der jeweiligen Anteilklassenwährung im Verhältnis zur Referenzwährung des Teilfonds und/oder der Währung bzw. den Währungen der vom Teilfonds gehaltenen Vermögenswerte resultiert. In diesem Fall können die Anleger der jeweiligen Anteilklasse Schwankungen des Nettoinventarwertes pro Anteil ausgesetzt sein, die die Gewinne und Verluste und die Kosten der betreffenden Vermögenswerte widerspiegeln. Vermögenswerte, die zur Umsetzung dieser Strategie genutzt werden, sind Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des gesamten Teilfonds. Die Gewinne und Verluste sowie Kosten dieser Vermögenswerte werden ausschließlich der betreffenden Anteilklasse zugewiesen.

Zinsänderungsrisiko

Anleger sollten sich bewusst sein, dass eine Fondsanlage mit Zinsrisiken einhergehen kann, die im Falle von Schwankungen der Zinssätze in der jeweils für die Wertpapiere oder den jeweiligen Teilfonds maßgeblichen Währung auftreten können.

Soweit ein Teilfonds in verzinsliche Wertpapiere investiert, ist er zudem den Risiken an den Rentenmärkten ausgesetzt, z. B. dem Bonitätsrisiko und ggf. dem unternehmensspezifischen Risiko sowie dem Adressenausfallrisiko.

Bonitätsrisiko

Die Bonität (Zahlungsfähigkeit und -willigkeit) des Ausstellers eines vom Fonds gehaltenen Wertpapiers oder Geldmarktinstruments kann nachträglich sinken. Dies führt in der Regel zu Kursrückgängen, die über die allgemeinen Marktschwankungen hinausgehen.

Liquiditätsrisiko

Einzelne Teilfonds dürfen auch Vermögensgegenstände erwerben, die nicht zum amtlichen Markt an einer Börse zugelassen oder in einen organisierten Markt einbezogen sind. Der Erwerb derartiger Vermögensgegenstände ist mit der Gefahr verbunden, dass es insbesondere zu Problemen bei der Weiterveräußerung der Vermögensgegenstände an Dritte kommen kann. Zudem besteht die Gefahr, dass Wertpapiere, die in einem sehr engen Marktsegment gehandelt werden, einer erheblichen Preisvolatilität unterliegen.

Unternehmensspezifisches Risiko

Die Kursentwicklung der vom Fonds direkt oder indirekt gehaltenen Wertpapiere, Unternehmensanleihen und Geldmarktinstrumente ist auch von unternehmensspezifischen Faktoren abhängig, beispielsweise von der betriebswirtschaftlichen Situation des Ausstellers. Verschlechtern sich die unternehmensspezifischen Faktoren, kann der Kurswert des jeweiligen Papiers deutlich und dauerhaft sinken, auch ungeachtet einer ggf. sonst allgemein positiven Börsenentwicklung.

Adressenausfallrisiko

Durch den Ausfall eines Ausstellers oder Kontrahenten können Verluste für den Fonds entstehen. Das Ausstellerrisiko beschreibt die Auswirkung der besonderen Entwicklungen des jeweiligen Ausstellers, die neben den allgemeinen Tendenzen der Kapitalmärkte auf den Kurs eines Wertpapiers einwirken. Auch bei sorgfältiger Auswahl der Wertpapiere kann nicht ausgeschlossen werden, dass Verluste durch Vermögensverfall von Ausstellern eintreten.

Das Kontrahentenrisiko beinhaltet das Risiko der Partei eines gegenseitigen Vertrages, mit der eigenen Forderung teilweise oder vollständig auszufallen. Dies gilt für alle Verträge, die für Rechnung eines Fonds geschlossen werden.

Nachhaltigkeitsrisiken von Investments

Nachhaltigkeitsrisiko ist ein Ereignis oder eine Bedingung in den Bereichen Umwelt, Soziales oder Unternehmensführung, dessen bzw. deren Eintreten tatsächlich oder potenziell wesentliche negative Auswirkungen auf den Wert des Investments haben können. Dabei kann das Nachhaltigkeitsrisiko entweder ein eigenes Risiko darstellen oder auf andere Risiken einwirken und wesentlich zum Risiko beitragen, wie z.B. Kursänderungsrisiken, Liquiditätsrisiken, Kredit- und Kontrahentenrisiken oder operationelle Risiken.

Die wesentlichen Risiken eines Teilfonds, sowie weitere finanzielle Risiken, werden im Rahmen der traditionellen Investmentanalyse, die Teil des Investmentprozesses ist, vor der Anlageentscheidung geprüft sowie in der fortlaufenden Überwachung des Portfolios berücksichtigt. In der Investmentanalyse sind wesentliche nachhaltigkeitsbezogene Risiken integriert, mittels derer das Portfoliomanagement im Rahmen der Risiko-Ertrags-Bemessung grundsätzlich auch die Auswirkungen von Nachhaltigkeitsrisiken auf die Rendite einer Investition berücksichtigt. Ziel der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken in die Anlageentscheidung ist es, das Eintreten dieser Risiken möglichst

frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen auf die Anlagen bzw. das Gesamtportfolio eines Teilfonds möglichst gering zu halten.

Marktrisiko im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit

Die Risiken aus Umwelt-, Sozial- oder Governance-Aspekten können sich auf den Marktwert der Investitionen auswirken. Vermögenswerte, die von Unternehmen ausgegeben werden, die ESG-Standards nicht einhalten oder sich nicht auf ESG-konforme Standards umstellen, können Auswirkungen auf das Nachhaltigkeitsrisiko haben. Solche Auswirkungen auf den Marktwert können sich aus Reputationsaspekten, Sanktionen oder physischen sowie Übergangsrisiken ergeben, welche z.B. durch den Klimawandel verursacht werden.

Operatives Risiko im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit

Der Teilfonds kann aufgrund von Umweltkatastrophen, dem Umgang mit sozialen Thematiken in der Unternehmensführung sowie aufgrund von Problemen im Rahmen der allgemeinen Unternehmensführung Verluste erleiden. Diese Ereignisse können durch mangelnde Beobachtung von Nachhaltigkeitsaspekten verursacht oder verschärft werden.

Verwahrnisiko

Mit der Verwahrung von Vermögensgegenständen insbesondere im Ausland ist ein Verlustrisiko verbunden, das aus Insolvenz, Sorgfaltspflichtverletzungen oder missbräuchlichem Verhalten des Verwahrers oder eines Unterverwahrers resultieren kann.

Konzentrationsrisiko

Weitere Risiken können dadurch entstehen, dass eine Konzentration der Anlage in bestimmte Vermögensgegenstände oder Märkte erfolgt. Dann ist der jeweilige Teilfonds von der Entwicklung dieser Vermögensgegenstände oder Märkte besonders stark abhängig.

Länder- / Regionenrisiko

Soweit sich ein Fonds im Rahmen seiner Anlage auf bestimmte Länder oder Regionen fokussiert, reduziert dies ebenfalls die Risikostreuung. Infolgedessen ist der Fonds in besonderem Maße von der Entwicklung einzelner oder miteinander verflochtener Länder und Regionen bzw. der in diesen ansässigen und /oder tätigen Unternehmen abhängig.

Emerging Markets-Risiken

Anlagen in Emerging Markets sind Anlagen in Ländern, die laut Klassifizierung der Weltbank nicht in die Kategorie „hohes Bruttovolkseinkommen pro Kopf“ fallen, d. h. nicht als „entwickelt“ klassifiziert werden. Anlagen in diesen Ländern unterliegen – neben den spezifischen Risiken der konkreten Anlageklasse – in besonderem Maße dem Liquiditätsrisiko sowie dem allgemeinen Marktrisiko. Zudem können bei der Transaktionsabwicklung in Werten aus diesen Ländern in verstärktem Umfang Risiken auftreten und zu Schäden für den Anleger führen, insbesondere weil dort im Allgemeinen eine Lieferung von Wertpapieren nicht Zug um Zug gegen Zahlung möglich oder üblich sein kann. In Emerging Markets können zudem das rechtliche sowie das regulatorische Umfeld und die Buchhaltungs-, Prüfungs- und Berichterstattungsstandards deutlich von dem Niveau und Standard zulasten eines Investors abweichen, die sonst international üblich sind. Auch kann in solchen Ländern ein erhöhtes Verwahrnisiko bestehen, was insbesondere auch aus unterschiedlichen Formen der Eigentumsverschaffung an erworbenen Vermögensgegenständen resultieren kann.

Spezifische Risiken bei Investition in so genannte High Yield-Anlagen

Unter High Yield-Anlagen werden im Zinsbereich Anlagen verstanden, die entweder kein Investment Grade-Rating einer anerkannten Rating-Agentur besitzen (Non Investment Grade-Rating) oder für die überhaupt kein Rating existiert, jedoch davon ausgegangen wird, dass sie im Falle eines Ratings einer Einstufung von Non Investment Grade entsprechen. Hinsichtlich solcher Anlagen bestehen die allgemeinen Risiken dieser Anlageklassen, allerdings in einem erhöhten Maße. Mit solchen Anlagen sind regelmäßig insbesondere ein erhöhtes Bonitätsrisiko, Zinsänderungsrisiko, allgemeines Marktrisiko, unternehmensspezifisches Risiko sowie Liquiditätsrisiko verbunden.

Spezifische Risiken bei Investitionen in Wandel- und Optionsanleihen

Wandel- und Optionsanleihen verbriefen das Recht, die Anleihe in Aktien umzutauschen oder Aktien zu erwerben. Die Entwicklung des Wertes von Wandel- und Optionsanleihen ist daher abhängig von der Kursentwicklung der Aktie als Basiswert. Die Risiken der Wertentwicklung der zugrunde liegenden Aktien können sich daher auch auf die Wertentwicklung der Wandel- und Optionsanleihe auswirken. Optionsanleihen, die dem Emittenten das Recht einräumen dem Anleger statt der Rückzahlung eines Nominalbetrags eine im Vorhinein festgelegte Anzahl von Aktien anzudienen (Reverse Convertibles), sind in verstärktem Maße von dem entsprechenden Aktienkurs abhängig.

Spezifische Risiken bei Investition im indischen Aktienmarkt

Der indische Aktienmarkt weist eine stärkere Volatilität aus als Börsen Westeuropas oder der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer entwickelten Staaten. Die an den indischen Börsen kotierten Wertpapiere sind starken Schwankungen unterworfen. Hinzu kommt, dass an den indischen Börsen vorübergehende Schließungen, Fahrlässigkeit von Maklern, Scheitern von Geschäften sowie Zahlungsverzögerungen aufgetreten sind. Außerdem kann das Securities and Exchange Board of India, die Aufsichtsbehörde der indischen Börsen, Beschränkungen für den Handel gewisser Wertpapiere, für Kursentwicklungen und für Margenanforderungen erlassen. Unter gewissen Umständen, wie bei einer Gesetzes- oder Regulierungsänderung oder beim Verlust der Registrierung, kann eine Zustimmung der Regierung oder Aufsichtsbehörde für die Rückführung von Anlageerträgen oder vom Erlös eines Wertpapierverkaufs verlangt werden. Zusätzlich kann die indische Regierung die Rückführung von Kapital ins Ausland beschränken oder die für ausländische institutionelle Anleger geltenden Devisenkontrollbestimmungen dahingehend ändern, dass die Möglichkeiten des

Fonds, seine Erträge und sein Kapital aus Indien rückzuführen, behindert werden. Die SEBI-Regulierungen („Substantial Acquisition of Shares and Takeovers“) von 1997 („Takeover Code“) beinhalten gewisse Bestimmungen, die eine künftige Übernahme oder Änderung der Beherrschungsverhältnisse bei indischen Gesellschaften verzögern, verhindern oder davon abhalten können.

Erhöhte Volatilität

Teilfonds können aufgrund ihres erlaubten Anlagehorizontes und ihrer Zusammensetzung sowie des Einsatzes von derivativen Instrumenten eine erhöhte Volatilität aufweisen, d. h. die Anteilspreise können auch innerhalb kurzer Zeiträume erheblichen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfen sein.

Rechtliches und steuerliches Risiko

Die rechtliche und steuerliche Behandlung von Investmentfonds kann sich in unabsehbarer und nicht beeinflussbarer Weise ändern.

Änderung der Anlagepolitik

Durch eine Änderung der Anlagepolitik innerhalb des für den Fonds zulässigen Anlagespektrums kann sich das mit dem Fonds verbundene Risiko inhaltlich verändern.

Änderung von Vertragsbedingungen

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich in den Vertragsbedingungen für den Fonds das Recht vor, die Vertragsbedingungen zu ändern. Ferner ist es ihr gemäß den Vertragsbedingungen möglich, den Fonds oder einzelne Teilfonds aufzulösen. Für den Anleger besteht daher das Risiko, dass er die von ihm geplante Haltedauer nicht realisieren kann.

Risiko der Rücknahmeaussetzung

Die Anleger können grundsätzlich von der Gesellschaft die bewertungstägliche Rücknahme ihrer Anteile verlangen. Die Gesellschaft kann die Rücknahme der Anteile jedoch bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände zeitweilig aussetzen, und die Anteile erst später zu dem dann gültigen Preis zurücknehmen. Dieser Preis kann niedriger liegen, als derjenige vor Aussetzung der Rücknahme.

Haftungsrisiko

Die Verwahrstelle übernimmt, sofern sie selbst tätig wird und/oder konzernzugehörige Dienstleister (Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen) tätig werden, keine Haftung jeglicher Art für Schäden, die z.B. aus wie auch immer gearteten Lieferproblemen bzw. Veräußerungsproblemen oder aufgrund der Nichteinhaltung einer Verwahrstellenpflicht entstanden sind, es sei denn die Verwahrstelle oder der konzernzugehörige Dienstleister hätte die Schäden im Einzelfall zu vertreten. Eine Vertretbarkeit liegt vor, wenn ein für die Schäden kausaler Umstand eintritt, der im Wirkungskreis bzw. in der Handlungsmöglichkeit der Verwahrstelle oder seiner Tochtergesellschaft bzw. Zweigniederlassung liegt, d.h. keine exogenen Faktoren oder Handlungen bzw. Unterlassungen außenstehender Dritter hinzukommen, und der Verwahrstelle oder seiner Tochtergesellschaft bzw. Zweigniederlassung nachgewiesen werden kann, dass sie die bankübliche Sorgfalt außer Acht gelassen haben. Die Verwahrstelle wird sich in diesem Zusammenhang eine Vertretbarkeit konzerninterner Dienstleister wie eine eigene Vertretbarkeit zurechnen lassen müssen.

Die Verwahrstelle übernimmt, sofern nicht-konzernzugehörige Dienstleister tätig werden, keine Haftung jeglicher Art für Schäden (wie sie beispielhaft vorerwähnt sind), es sei denn die Verwahrstelle hätte die Dienstleister nicht mit der banküblichen Sorgfalt ausgewählt und überwacht.

Risiken bzgl. der Anlage in Anteile an Zielfonds

Die Risiken der Investmentanteile, die für den jeweiligen Teilfonds erworben werden, stehen in engem Zusammenhang mit den Risiken der in diesen Zielfonds enthaltenen Vermögensgegenstände bzw. der von diesen verfolgten Anlagestrategien. Die genannten Risiken können jedoch durch die Streuung der Vermögensanlagen innerhalb der Zielfonds, deren Anteile erworben werden, und durch die Streuung innerhalb dieses Fonds reduziert werden. Da die Manager der einzelnen Zielfonds voneinander unabhängig handeln, kann es aber auch vorkommen, dass mehrere Zielfonds gleiche, oder einander entgegengesetzte Anlagestrategien verfolgen. Hierdurch können bestehende Risiken kumulieren, und eventuelle Chancen können sich gegeneinander aufheben. Es ist der Verwaltungsgesellschaft im Regelfall nicht möglich, das Management der Zielfonds zu kontrollieren. Deren Anlageentscheidungen müssen nicht zwingend mit den Annahmen oder Erwartungen der Verwaltungsgesellschaft übereinstimmen. Der Verwaltungsgesellschaft wird die aktuelle Zusammensetzung der Zielfonds oftmals nicht zeitnah bekannt sein. Entspricht die Zusammensetzung nicht ihren Annahmen oder Erwartungen, so kann sie ggf. erst deutlich verzögert reagieren, indem sie Zielfondsanteile zurückgibt.

Risiko einer erhöhten Umschlaghäufigkeit (Portfolio Turnover Rate – PTR)

Bei Teilfonds, die zur Verwirklichung ihres Anlageziels bzw. im Rahmen der Umsetzung ihrer Anlagepolitik einen vermögensverwaltenden Anlageansatz verfolgen, und bei denen es sich insbesondere nicht um reine Dachfonds (die typischerweise eine Buy and Hold – Strategie umsetzen) handelt, können unter anderem auch verstärkt direkte Anlagen in ETF (Exchange Traded Funds), Zertifikate und Aktien getätigt werden. Zudem können insbesondere zur Marktrisikobeschränkung ggf. auch Renten-, Barmittel- oder Geldmarktpositionen aufgebaut werden. Hieraus kann für die betroffenen Teilfondsportfolien insbesondere bei volatilen Marktphasen und erhöhten Marktschwankungen eine entsprechend erhöhte Umschlaghäufigkeit resultieren, welche wiederum eine Erhöhung der Transaktionskosten verursachen kann. Jedoch wird im Rahmen einer vermögensverwaltenden Anlagestrategie grundsätzlich versucht von Aufwärtsbewegungen zu profitieren und im Gegenzug Verluste zu reduzieren, sodass die ggf. anfallenden erhöhten Kosten im Hinblick auf das Erreichen einer entsprechenden Gesamtperformance in Kauf genommen werden.

Zertifikate und strukturierte Produkte

Zertifikate und strukturierte Produkte sind zusammengesetzte Produkte. In Zertifikaten und strukturierten Produkten können auch Derivate und/oder Sonstige Techniken und Instrumente eingebettet sein. Somit sind neben den Risikomerkmale von Wertpapieren auch die Risikomerkmale von Derivaten und sonstigen Techniken und Instrumente zu beachten. Zertifikate gehören zu der Anlagegruppe der sogenannten abgeleiteten Finanzprodukte (Derivate), welche das Recht auf Rückzahlung eines bestimmten Geldbetrages durch den Zertifikate-Emittenten beinhalten. Die Rückzahlung und Liquidität eines Zertifikates kann daher von der Bonität des Zertifikate-Emittenten abhängen. Einem Zertifikat liegt immer ein Basiswert oder eine Gruppe von Basiswerten (Basket) zu Grunde. Aus der Entwicklung des Basiswertes leitet sich die Entwicklung des Zertifikatpreises ab. Zertifikate sind grundsätzlich zeitlich gebunden und haben eine fixe Endlaufzeit; es gibt aber auch Zertifikate ohne „Laufzeitbegrenzung“ („Open End“).

Credit Linked Notes

Credit Linked Notes sind in der Regel Wertpapiere in die ein Derivat eingebettet ist. Die Risiken von Credit Linked Notes beschränken sich folglich nicht ausschließlich auf die Risiken von Wertpapieren sondern beinhalten ebenfalls Risiken die aus der Einbettung von Derivaten resultieren. Somit sind neben den Risikomerkmale von Wertpapieren auch die Risikomerkmale von Derivaten zu beachten. Darüber hinaus beinhalten Credit Linked Notes neben den originären Risiken aus der Anlage in strukturierte Produkte, auch Risiken aus den der Credit Linked Note zugrundeliegenden Vermögensgegenstände.

Risiken in Verbindung mit Sicherheiten aus OTC-Derivaten

Darüber hinaus kann der jeweilige Teilfonds Verluste durch die Wiederanlage von Barsicherheiten bzw. Barmitteln aus Derivaten erleiden. Ein solcher Verlust kann aus einer Wertminderung der mit den Barsicherheiten vorgenommenen Anlagen resultieren. Eine Wertminderung der mit den Barsicherheiten vorgenommenen Anlagen hat zur Folge, dass der Betrag der zur Verfügung stehenden Sicherheiten zur Rückzahlung des jeweiligen Teilfonds an die Gegenpartei nach Beendigung der Transaktion reduziert ist. In diesem Fall ist der jeweilige Teilfonds verpflichtet, die Wertdifferenz zwischen den ursprünglich erhaltenen Sicherheiten und dem Betrag, der zur Rückzahlung an die Gegenpartei tatsächlich zur Verfügung steht, zu tragen, woraus ein Verlust für den jeweiligen Teilfonds resultiert.

Risiken im Zusammenhang mit Derivatgeschäften

Einzelne Teilfonds können Derivate nutzen. Diese können nicht nur zur Absicherung genutzt werden, sondern können auch einen Teil der Anlagestrategie darstellen.

Es besteht daher das Risiko, dass die Anteile am jeweiligen Teilfonds durch den Anleger nur zu einem verlustbringenden Anteilwert wieder veräußert werden können.

Geltendmachung von Rechten gegen den Fonds

Die Verwaltungsgesellschaft weist die Anteilinhaber auf die Tatsache hin, dass jeglicher Anteilinhaber seine Anteilinhaberrechte in ihrer Gesamtheit unmittelbar gegen den Fonds nur dann geltend machen kann, wenn der Anteilinhaber selber und mit seinem eigenen Namen in dem Anteilinhaberregister eingeschrieben ist. In den Fällen, wo ein Anteilinhaber über eine Zwischenstelle in den Fonds investiert hat, welche die Investition in seinem Namen aber im Auftrag des Anteilinhabers unternimmt, können nicht unbedingt alle Anteilinhaberrechte unmittelbar durch den Anteilinhaber gegen den Fonds geltend gemacht werden. Anteilinhabern wird geraten, sich über ihre Rechte zu informieren.

16. Verbriefung von Anteilen

Die Anteile des jeweiligen Teilfonds werden in Form von Globalzertifikat oder durch CFF-Verfahren (Central Facility for Funds) bei Clearstream Luxembourg (Inhaberanteile) ausgegeben.

17. Anlage in Investmentfonds

Soweit ein Teilfonds in Anteile anderer Investmentfonds („Zielfonds“) anlegt, sind gegebenenfalls der jeweilige Ausgabeaufschlag bzw. eventuelle Rücknahmegebühren zu berücksichtigen. Im Übrigen ist zu berücksichtigen, dass zusätzlich zu den Kosten, die dem Fondsvermögen gemäß den Bestimmungen dieses Verkaufsprospektes und des nachfolgenden Verwaltungsreglements belastet werden, Kosten für das Management und die Verwaltung, die Verwahrstellenvergütung, die Kosten der Wirtschaftsprüfer, Steuern sowie sonstige Kosten und Gebühren auf das Fondsvermögen dieser Zielfonds anfallen werden und somit eine Mehrfachbelastung mit gleichartigen Kosten entstehen kann.

Für die Zeichnung oder den Rückkauf von Anteilen an Zielfonds, die unmittelbar oder mittelbar von der Verwaltungsgesellschaft oder einer mit der Verwaltungsgesellschaft verbundenen Gesellschaft verwaltet werden, werden dem jeweiligen Teilfonds von der Verwaltungsgesellschaft oder der anderen Gesellschaft keine Gebühren berechnet.

Die Teilfonds werden nicht in Zielfonds anlegen, die einer Managementvergütung von mehr als 2,5 % p.a. unterliegen. Eventuell anfallende leistungsabhängige Vergütungen bleiben hierbei unberücksichtigt.

Soweit für die Anlage in Zielfonds Bestandsvergütungen erhalten werden, fließen diese dem jeweiligen Teilfonds zu und verringern die Kostenbelastung.

PPF II („PMG Partners Funds II“)

Überblick über wichtige Daten aller Teilfonds

Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund¹

Teilfondsaufgabe:		01.07.2015
Erstausgabe:	Anteilklasse EUR A Anteilklasse CHF B-I	01.07.2015 01.07.2015
Erstausgabepreis: (zuzüglich Ausgabeaufschlag)		EUR/CHF 100,-
Anteilklassen:		<u>WKN</u> <u>ISIN</u>
	Anteilklasse EUR A	A14NLY LU1185944284
	Anteilklasse CHF B-I	A14NL0 LU1185944797
Mindestanlagesumme:		keine
Bewertungstag:		Jeder Bankarbeitstag in Luxemburg mit Ausnahme des 24. und 31. Dezember eines jeden Jahres.
Ausgabeaufschlag in % vom Anteilwert: (zugunsten der Vertriebsstellen)	Anteilklasse EUR A Anteilklasse CHF B-I	bis zu 5 % keiner
Umtauschprovision in % vom Anteilwert des Teilfonds bzw. der Anteilklasse in welche(n) der Umtausch erfolgen soll: (zugunsten der Vertriebsstellen)		keine
Verwaltungsvergütung (einschl. Vergütung für etwaige Vertreter im Ausland und für Vertriebsstellen in % des Netto-Teilfondsvermögens)		bis zu 0,30 % p.a., mindestens EUR 40.000,- p.a.
Verwahrstellenvergütung (in % des Netto-Teilfondsvermögens)		bis zu 0,04 % p.a., mindestens EUR 10.000,- p.a.
Fondsmanagervergütung (aus dem Teilfondsvermögen)	Anteilklasse EUR A Anteilklasse CHF B-I	bis zu 1,7 % p.a. bis zu 1,2 % p.a.
Referenzwährung der Teilfonds:		EUR
Referenzwährung der Anteilklassen:	Anteilklasse EUR A Anteilklasse CHF B-I	EUR CHF
Fondswährung:		EUR
Ende des Geschäftsjahres:		31. Dezember
- erstmals:		31. Dezember 2015
- erster geprüfter Jahresbericht:		31. Dezember 2015
- erster ungeprüfter Halbjahresbericht:		30. Juni 2016
Verwendung der Erträge:	Anteilklasse EUR A Anteilklasse CHF B-I	ausschüttend thesaurierend
Verbriefung der Anteilscheine:		Inhaberanteile werden durch Globalzertifikat oder durch CFF-Verfahren (Central Facility for Funds) bei Clearstream Luxembourg begeben
Börsennotiz:		nicht vorgesehen

¹ Soweit in nachstehender Übersicht keine unterschiedlichen Angaben gemacht wurden, sind diese für alle Anteilklassen identisch. Alle Angaben zu Gebühren verstehen sich zzgl. einer ggf. anfallenden Mehrwertsteuer. Anteile der Anteilklasse B-I sind ausschließlich institutionellen Anlegern vorbehalten

Performance (Wertentwicklung):	Eine entsprechende Übersicht für den jeweiligen Teilfonds / Anteilklasse ist in den Basisinformationsblättern enthalten.
Benchmark:	Zum Datum dieses Verkaufsprospekts verwendet der Teilfonds keine Benchmark.
Liquiditätsmanagement:	<p>Beschränkung der Anteilrücknahme: Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme von Anteilen zeitweise beschränken, wenn die Rücknahmeanträge an einem Bewertungstag mindestens 20 Prozent des Nettoinventarwertes des jeweiligen Teilfonds erreichen, wie im allgemeinen Teil des Verkaufsprospekts näher beschrieben.</p> <p>Rücknahmeabschlag: Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, bei Rücknahmen von Anteilen eine Rücknahmegebühr in Höhe von bis zu 2 Prozent des Bruttoretrags zu erheben, wie im allgemeinen Teil des Verkaufsprospekts näher beschrieben.</p>

Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources²

Teilfondsaufgabe:		01.12.2015	
Erstausgabe:	Anteilklasse B EUR	01.12.2015	
	Anteilklasse B CHF	01.12.2015	
	Anteilklasse D EUR	01.12.2015	
	Anteilklasse D CHF	01.12.2015	
Erstausgabepreis: (zuzüglich Ausgabeaufschlag)	Anteilklassen B	EUR/CHF 100,-	
	Anteilklassen D	EUR/CHF 100,-	
Anteilklassen:		<u>WKN</u>	<u>ISIN</u>
	Anteilklasse B EUR	A141AX	LU1296765230
	Anteilklasse B CHF	A141A0	LU1296765586
	Anteilklasse D EUR	A141A1	LU1296765669
	Anteilklasse D CHF*	A141A2	LU1296765743
Mindestanlagesumme:	Anteilklassen B	keine	
	Anteilklassen D	EUR/CHF 1 Mio.**	
Bewertungstag:		Jeder Bankarbeitstag in Luxemburg mit Ausnahme des 24. und 31. Dezember eines jeden Jahres.	
Ausgabeaufschlag in % vom Anteilwert: (zugunsten der Vertriebsstellen)		bis zu 3 %	
Umtauschprovision in % vom Anteilwert des Teilfonds bzw. der Anteilklasse in welche(n) der Umtausch erfolgen soll: (zugunsten der Vertriebsstellen)		keine	
Verwaltungsvergütung: (einschl. Vergütung für etwaige Vertreter im Ausland und für Vertriebsstellen in % des Netto-Teilfondsvermögens)		bis zu 0,30 % p.a., mindestens EUR 45.000,- p.a.	
Verwahrstellenvergütung: (in % des Netto-Teilfondsvermögens)		bis zu 0,04 % p.a. mindestens EUR 10.000,- p.a.	
Fondsmanagervergütung: (aus dem Teilfondsvermögen)	Anteilklassen B	bis zu 1,5 % p.a.	
	Anteilklassen D	bis zu 0,9 % p.a.	
Referenzwährung des Teilfonds:		EUR	
Referenzwährung der Anteilklassen:	Anteilklasse B EUR	EUR	
	Anteilklasse B CHF	CHF	
	Anteilklasse D EUR	EUR	
	Anteilklasse D CHF	CHF	
Fondswährung:		EUR	
Ende des Geschäftsjahres:		31. Dezember	
- erstmals:		31. Dezember 2015	
- erster geprüfter Jahresbericht:		31. Dezember 2016	
- erster ungeprüfter Halbjahresbericht:		30. Juni 2016	
Verwendung der Erträge:		Thesaurierend	
Anteilstückelung:		Inhaberanteile werden durch Globalzertifikat oder durch CFF-Verfahren (Central Facility for Funds) bei Clearstream Luxembourg begeben	
Börsennotiz:		nicht vorgesehen	

Performance (Wertentwicklung):	Eine entsprechende Übersicht für den jeweiligen Teilfonds / Anteilklasse ist in den Basisinformationsblättern enthalten.
Benchmark	Zum Datum dieses Verkaufsprospekts verwendet der Teilfonds keine Benchmark.
Liquiditätsmanagement:	<p>Beschränkung der Anteiltrücknahme: Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme von Anteilen zeitweise beschränken, wenn die Rücknahmeanträge an einem Bewertungstag mindestens 20 Prozent des Nettoinventarwertes des jeweiligen Teilfonds erreichen, wie im allgemeinen Teil des Verkaufsprospekts näher beschrieben.</p> <p>Rücknahmeabschlag: Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, bei Rücknahmen von Anteilen eine Rücknahmegebühr in Höhe von bis zu 2 Prozent des Bruttoretrücknahmebetrags zu erheben, wie im allgemeinen Teil des Verkaufsprospekts näher beschrieben.</p>

Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund³

Teilfondsaufgabe:		18.04.2017
Erstausgabe:	Anteilklasse CHF R Anteilklasse USD I Anteilklasse CHF I	18.04.2017 18.04.2017 18.04.2017
Erstausgabepreis: (zuzüglich Ausgabeaufschlag)		USD/CHF 100,-
Anteilklassen:		<u>WKN</u> <u>ISIN</u>
	Anteilklasse CHF R*	A2DMZF LU1576638958
	Anteilklasse USD I*	A2DMZG LU1576639097
	Anteilklasse CHF I*	A2DMZH LU1576639170
Mindesterzeichnung:	Anteilklasse CHF R Anteilklassen I	keine USD/CHF 100.000,-
Bewertungstag:		Jeder Bankarbeitstag in Luxemburg mit Ausnahme des 24. und 31. Dezember eines jeden Jahres.
Ausgabeaufschlag in % vom Anteilwert: (zugunsten der Vertriebsstellen)		keiner
Umtauschprovision in % vom Anteilwert des Teilfonds bzw. der Anteilklasse in welche(n) der Umtausch erfolgen soll: (zugunsten der Vertriebsstellen)		keine
Verwaltungsvergütung: (einschl. Vergütung für etwaige Vertreter im Ausland und für Vertriebsstellen in % des Netto-Teilfondsvermögens)		bis zu 0,30% p.a., mindestens EUR 40.000,- p.a.
Verwahrstellenvergütung: (in % des Netto-Teilfondsvermögens)		bis zu 0,04% p.a., mindestens EUR 10.000,- p.a.
Fondsmanagervergütung: (aus dem Teilfondsvermögen)	Anteilklasse CHF R Anteilklassen I	bis zu 1,5% p.a. bis zu 1% p.a.
Referenzwährung des Teilfonds:		USD
Referenzwährung der Anteilklassen:	Anteilklasse CHF R Anteilklasse USD I Anteilklasse CHF I	CHF USD CHF
Fondswährung:		EUR
Ende des Geschäftsjahres: - erstmals: - erster geprüfter Jahresbericht - erster ungeprüfter Halbjahresbericht		31. Dezember 31. Dezember 2017 31. Dezember 2017 30. Juni 2017
Verwendung der Erträge:		thesaurierend
Verbriefung der Anteilscheine:		Inhaberanteile werden durch Globalzertifikat oder durch CFF-Verfahren (Central Facility for Funds) bei Clearstream Luxembourg begeben
Börsennotiz:		nicht vorgesehen
Performance (Wertentwicklung):		Eine entsprechende Übersicht für den jeweiligen Teilfonds / Anteilklasse ist in den Basisinformationsblättern enthalten.

³ Soweit in nachstehender Übersicht keine unterschiedlichen Angaben gemacht wurden, sind diese für alle Anteilklassen identisch. Alle Angaben zu Gebühren verstehen sich zzgl. einer ggf. anfallenden Mehrwertsteuer.

Benchmark:	Zum Datum dieses Verkaufsprospekts verwendet der Teilfonds keine Benchmark.
Liquiditätsmanagement:	<p>Beschränkung der Anteilrücknahme: Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme von Anteilen zeitweise beschränken, wenn die Rücknahmeanträge an einem Bewertungstag mindestens 20 Prozent des Nettoinventarwertes des jeweiligen Teilfonds erreichen, wie im allgemeinen Teil des Verkaufsprospekts näher beschrieben.</p> <p>Rücknahmeabschlag: Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, bei Rücknahmen von Anteilen eine Rücknahmegebühr in Höhe von bis zu 2 Prozent des Bruttoreücknahmebetrags zu erheben, wie im allgemeinen Teil des Verkaufsprospekts näher beschrieben.</p>

Management und Verwaltung

Verwaltungsgesellschaft:	Opportunity Fund Management 16, rue Robert Stümper L-2557 Luxemburg Telefon: 00352 28 99 19 10 Telefax: 00352 26 97 69 47 www.opportunityfm.com
	Gezeichnetes Eigenkapital zum 31.12.2024: 700.000 Euro.
Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft:	Jean-Christoph de Mestral Verwaltungsratspräsident Opportunity Fund Management
	Benoît de Froidmont Verwaltungsratsmitglied Opportunity Fund Management
	Brenda Petsche Verwaltungsratsmitglied Opportunity Fund Management
	Bernhard Schneider Verwaltungsratsmitglied Opportunity Fund Management
OGA-Administration (inklusive Register- und Transferstelle):	CACEIS Bank, Luxembourg Branch 5, allée Scheffer L-2520 Luxemburg Telefon: 00352 47 67 9 www.caceis.com
Verwahrstelle und Zahlstelle:	CACEIS Bank, Luxembourg Branch 5, allée Scheffer L-2520 Luxemburg Telefon: 00352 47 67 9 www.caceis.com
Wirtschaftsprüfer:	PricewaterhouseCoopers Assurance, Société Coopérative 2, rue Gerhard Mercator L-2182 Luxemburg
Fondsmanager für die Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund, und PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund:	PMG Investment Solutions AG Dammstrasse 23 CH-6300 Zug
Fondsmanager für den Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources:	Carnot Capital AG Lindenhofweg 4 CH-8806 Bäch SZ
Sub-Fondsmanager für den Teilfonds PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund:	LPX AG Florastrasse 17 CH-8008 Zürich

Verwaltungsreglement

Artikel 1 Der Fonds

1. Der PPF II („PMG Partners Funds II“) (der „Fonds“) wurde nach dem Recht des Großherzogtums Luxemburg als Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren („OGAW“) in der Form eines Sondervermögens (fonds commun de placement) aufgelegt.
2. Der Fonds besteht aus einem oder mehreren Teilfonds im Sinne von Artikel 181 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 über Organismen für gemeinsame Anlagen (das „Gesetz von 2010“). Die Gesamtheit der Teilfonds ergibt den Fonds. Jeder Anleger ist am Fonds durch Beteiligung an einem Teilfonds beteiligt. Das Nettovermögen des Fonds muss innerhalb von 6 Monaten nach Genehmigung mindestens den Gegenwert von EUR 1.250.000,- erreichen.

Jeder Teilfonds gilt im Verhältnis der Anteilhaber untereinander als selbständiges Sondervermögen. Die Rechte und Pflichten der Anteilhaber eines Teilfonds sind von denen der Anteilhaber der anderen Teilfonds getrennt. Auch im Hinblick auf die Anlagen und die Anlagepolitik gemäß Artikel 4 wird jeder Teilfonds als eigener Fonds betrachtet.

Gegenüber Dritten haften die Vermögenswerte eines jeden Teilfonds lediglich für solche Verbindlichkeiten, welche dem betreffenden Teilfonds zuzuordnen sind.

3. Die vertraglichen Rechte und Pflichten der Anteilhaber, der Verwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle sind in dem Verwaltungsreglement geregelt, das von der Verwaltungsgesellschaft erstellt wird.

Durch den Kauf eines Anteils erkennt jeder Anteilhaber das Verwaltungsreglement sowie alle Änderungen desselben an.

Artikel 2 Die Verwaltung des Fonds

1. Verwaltungsgesellschaft ist die Opportunity Fund Management („die Verwaltungsgesellschaft“), eine Aktiengesellschaft nach Luxemburger Recht mit Sitz in Luxemburg.
2. Die Verwaltungsgesellschaft verwaltet den Fonds im eigenen Namen, jedoch ausschließlich im Interesse und für gemeinschaftliche Rechnung der Anteilhaber. Die Verwaltungsbefugnis erstreckt sich auf die Ausübung aller Rechte, welche unmittelbar oder mittelbar mit den Vermögenswerten des jeweiligen Teilfonds zusammenhängen.
3. Die Verwaltungsgesellschaft legt die Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds unter Berücksichtigung der gesetzlichen und vertraglichen Anlagebeschränkungen fest. Der Verwaltungsrat der Verwaltungsgesellschaft kann eines oder mehrere seiner Mitglieder sowie sonstige natürliche oder juristische Personen mit der Ausführung der täglichen Anlagepolitik betrauen.
4. Bei der Anlage des Fondsvermögens kann sich die Verwaltungsgesellschaft von einem Fondsmanager bzw. Investmentberater unterstützen lassen. Der Fondsmanager bzw. Investmentberater wird von der Verwaltungsgesellschaft bestellt. Im Falle der Bestellung eines Fondsmanagers bzw. Investmentberaters durch die Verwaltungsgesellschaft, findet dies Erwähnung im Verkaufsprospekt.

Aufgabe des Fondsmanagers bzw. Investmentberaters ist insbesondere die Beobachtung der Finanzmärkte, die Analyse der Zusammensetzung des Fondsvermögens des jeweiligen Teilfonds und die Abgabe von Anlageempfehlungen an die Verwaltungsgesellschaft unter Beachtung der Grundsätze der Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds und der Anlagebeschränkungen.

Die Aufgaben des Fondsmanagers können insbesondere auch die Ausführung der täglichen Anlagepolitik des jeweiligen Teilfonds im Sinne von Absatz 3 Satz 2 umfassen.

Artikel 3 Die Verwahrstelle

1. Die Bestellung der Verwahrstelle erfolgt durch die Verwaltungsgesellschaft.
2. Einzige Verwahrstelle des Fonds ist die CACEIS Bank, handelnd durch ihre Zweigniederlassung in Luxemburg, CACEIS Bank, Luxembourg Branch, mit Sitz in 5 allée Scheffer, L-2520 Luxemburg, eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg unter der Registernummer R.C.S. Luxemburg B 209.310. Die CACEIS Bank ist eine Aktiengesellschaft, die in Frankreich nach französischem Recht gegründet wurde und im französischen Handels- und Gesellschaftsregister unter der Registernummer 692 024 722 R.C.S Nanterre registriert ist. Es handelt sich um ein zugelassenes Kreditinstitut, das von der Europäischen Zentralbank

und der Autorité de Contrôle Prudentiel et Résolution beaufsichtigt wird. Darüber hinaus ist die CACEIS Bank berechtigt, über ihre luxemburgische Niederlassung, Bankgeschäfte und OGA-Administrationstätigkeiten in Luxemburg auszuüben. Rechte und Pflichten der Verwahrstelle richten sich nach dem Gesetz von 2010, dem Verwahrstellenvertrag, diesem Verkaufsprospekt und diesem Verwaltungsreglement.

3. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben handelt die Verwahrstelle ehrlich, redlich, professionell, unabhängig und im Interesse des Fonds und seiner Anleger.
4. Alle Wertpapiere und anderen Vermögenswerte des Fonds werden von der Verwahrstelle in Konten und Depots verwahrt, über die nur in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Verwaltungsreglements verfügt werden darf. Die Verwahrstelle kann unter ihrer Verantwortung Dritte, insbesondere andere Banken und Wertpapier-sammelstellen, mit der Verwahrung von Wertpapieren und sonstigen Vermögenswerten beauftragen.
5. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Verwahrstelle berechtigt und verpflichtet, im eigenen Namen
 - Ansprüche der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder eine frühere Verwahrstelle geltend zu machen;
 - wegen Vollstreckungsmaßnahmen Dritter Widerspruch zu erheben und vorzugehen, wenn wegen eines An-spruchs vollstreckt wird, für den das Vermögen des jeweiligen Teilfonds nicht haftet.
6. Die Verwahrstelle ist an Weisungen der Verwaltungsgesellschaft gebunden, sofern solche Weisungen nicht dem Gesetz, dem Verwaltungsreglement oder dem jeweils gültigen Verkaufsprospekt des Fonds widerspre-chen.
7. Die Verwahrstelle ist berechtigt, die Verwahrstellenbestellung jederzeit im Einklang mit dem jeweiligen Ver-wahrstellenvertrag zu kündigen. In diesem Falle ist die Verwaltungsgesellschaft verpflichtet, den Fonds gemäß Artikel 16 des Verwaltungsreglements aufzulösen oder innerhalb von zwei Monaten mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde eine andere Bank zur Verwahrstelle zu bestellen; bis dahin wird die bisherige Verwahrstelle zum Schutz der Interessen der Anteilinhaber ihren Pflichten als Verwahrstelle uneingeschränkt nachkommen.
8. Die Verwahrstelle darf keine Aufgaben in Bezug auf den Fonds oder die für den Fonds tätige Verwaltungsgesellschaft wahrnehmen, die Interessenkonflikte zwischen dem Fonds, den Anlegern des Fonds, der Verwal-tungsgesellschaft sowie den Beauftragten der Verwahrstelle und ihr selbst schaffen könnten. Dies gilt nicht, wenn eine funktionale und hierarchische Trennung der Ausführung ihrer Aufgaben als Verwahrstelle von ihren potenziell dazu in Konflikt stehenden Aufgaben vorgenommen wurde und die potenziellen Interessenkonflikte ordnungsgemäß ermittelt, gesteuert, beobachtet und den Anlegern des Fonds gegenüber offengelegt werden.

Artikel 4 Anlagepolitik, Anlagebeschränkungen

1. Definitionen

Es gelten folgende Definitionen:

- „Drittstaat“: Als Drittstaat im Sinne dieses Verwaltungsreglements gilt jeder Staat Europas, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist sowie jeder Staat Amerikas, Afrikas, Asiens oder Australiens und Ozeaniens.
- „Geldmarktinstrumente“: Instrumente im Sinne von Artikel 3 der Großherzoglichen Verordnung vom 8. Februar 2008, die üblicherweise auf dem Geldmarkt gehandelt werden, liquide sind und deren Wert jederzeit genau bestimmt werden kann.
- „OGA“: Organismus für gemeinsame Anlagen.
- „OGAW“: Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren, welcher der Richtlinie 2009/65/EG unterliegt.
- „Wertpapiere“: - Aktien und andere, Aktien gleichwertige, Wertpapiere („Aktien“)
- Schuldverschreibungen und sonstige verbrieft Schuldtitel („Schuldtitel“)
- alle anderen marktfähigen Wertpapiere im Sinne von Artikel 3 der Großherzoglichen Verordnung vom 8. Februar 2008, die zum Erwerb von Wertpapieren durch Zeichnung oder Austausch berechtigen, mit Ausnahme der in nachfolgender Nr. 7 dieses Artikels genannten Techniken und Instrumente.

2. Anlagepolitik

Das Hauptziel der Anlagepolitik des Fonds ist die nachhaltige Wertsteigerung der von den Kunden eingebrachten Anlagemittel.

Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, das Fondsvermögen der einzelnen Teilfonds nach dem Grundsatz der Risikostreuung und nach Maßgabe der jeweiligen Anlagepolitik in Instrumente zu investieren, die unter Absatz Nr. 3 aufgeführt sind. Die Anlagepolitik der einzelnen Teilfonds wird im Verkaufsprospekt beschrieben.

Sofern Anlagen einzelner Teilfonds in Wertpapieren erfolgen, die von Unternehmen begeben werden, welche ihren Hauptsitz in Russland haben oder welche in Russland ansässig sind, werden diese Anlagen ausschließlich über „Global Depository Receipts“ („GDRs“) oder über „American Depository Receipts“ („ADRs“) getätigt.

Die Anlagegrenzen betreffend Wertpapiere, welche an einer Börse notiert oder auf einem geregelten Markt gehandelt werden, sind anwendbar, sofern die Wertpapiere von Unternehmen, die ihren Hauptsitz in Russland haben oder die in Russland ansässig sind, durch „Global Depository Receipts“ („GDRs“) oder durch „American Depository Receipts“ („ADRs“) verbrieft sind, welche von Finanzinstituten erster Ordnung ausgegeben werden. ADRs werden von U.S. Banken ausgegeben und gefördert. Sie verleihen das Recht, Wertpapiere, die von Emittenten ausgegeben wurden und in einer U.S. Bank oder in einer Korrespondenzbank in den U.S.A. hinterlegt sind, zu erhalten. GDRs sind Depotscheine, die von einer U.S. Bank, von einer europäischen Bank oder von einem anderen Finanzinstitut ausgegeben werden und die ähnliche Charakteristika aufweisen wie ADRs. ADRs und GDRs müssen nicht unbedingt in der gleichen Währung wie die zugrundeliegenden Wertpapiere ausgedrückt sein.

Die Anlage des Fondsvermögens der einzelnen Teilfonds unterliegt den nachfolgenden allgemeinen Anlagerichtlinien und Anlagebeschränkungen, die grundsätzlich, soweit nicht anders angegeben, auf jeden Teilfonds separat anwendbar sind. Dies gilt nicht für die Anlagebeschränkungen aus Absatz Nr. 5 (1), für welche auf den Fonds insgesamt bzw. das Gesamt-Netto-Fondsvermögen, wie es sich aus der Addition der Fondsvermögen abzüglich zugehöriger Verbindlichkeiten („Netto-Fondsvermögen“) der Teilfonds ergibt, abzustellen ist.

3. Anlagen des Fonds können aus folgenden Vermögenswerten bestehen:

Aufgrund der spezifischen Anlagepolitik eines Teilfonds ist es möglich, dass verschiedene der nachfolgend erwähnten Anlagemöglichkeiten auf bestimmte Teilfonds keine Anwendung finden. Dies wird gegebenenfalls im Verkaufsprospekt des Fonds erwähnt.

- a) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die auf einem geregelten Markt gemäß Artikel 4, Ziffer 14 der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente in ihrer geänderten Fassung notiert sind oder gehandelt werden;
- b) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die auf einem anderen Markt, der anerkannt, geregelt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union gehandelt werden;
- c) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten, die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates zur amtlichen Notierung zugelassen sind oder dort auf einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist;
- d) Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zum Handel auf einem geregelten Markt im Sinne der vorstehend unter Nr. 3. a) bis c) genannten Bestimmungen beantragt wird und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Ausgabe erlangt wird;
- e) Anteilen von nach der Richtlinie 2009/65/EG zugelassenen OGAW und /oder anderen OGA im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben a) und b) der Richtlinie 2009/65/EG mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Drittstaat, sofern
 - diese anderen OGA nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer behördlichen Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der CSSF derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht;
 - das Schutzniveau der Anteilhaber der anderen OGA dem Schutzniveau der Anteilhaber eines OGAW gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung des Fondsvermögens, die Kreditaufnahme, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 2009/65/EG gleichwertig sind;
 - die Geschäftstätigkeit der anderen OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden;

- der OGAW oder dieser andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Gründungsunterlagen insgesamt höchstens 10 % seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder anderer OGA anlegen darf;
- f) Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens 12 Monaten bei Kreditinstituten, sofern das betreffende Kreditinstitut seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union hat oder, falls der Sitz des Kreditinstituts sich in einem Drittstaat befindet, es Aufsichtsbestimmungen unterliegt, die nach Auffassung der CSSF denjenigen des Gemeinschaftsrechts gleichwertig sind;
- g) abgeleiteten Finanzinstrumenten, d.h. insbesondere Optionen und Futures sowie Tauschgeschäfte („Derivaten“), einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, die an einem der unter den Buchstaben a), b) und c) bezeichneten geregelten Märkte gehandelt werden, und/oder abgeleiteten Finanzinstrumenten, die nicht an einer Börse gehandelt werden („OTC-Derivaten“), sofern
- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne von dieser Nr. 3. a) bis h), um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die der Fonds bzw. Teilfonds gemäß seinen Anlagezielen investieren darf;
 - die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer behördlichen Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der CSSF zugelassen wurden und
 - die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfbaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative des Fonds zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können.
- h) Geldmarktinstrumenten, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und nicht unter die vorstehend genannte Definition fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente selbst Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt sie werden
- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats, der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Union oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, im Falle eines Bundesstaates, einem Mitgliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert oder
 - von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter den vorstehenden Buchstaben a), b) und c) bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden, oder
 - von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht festgelegten Kriterien einer behördlichen Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der CSSF mindestens so streng sind, wie die des Gemeinschaftsrechts, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert, oder
 - von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der CSSF zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei dem Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens zehn Millionen Euro (EUR 10.000.000,-), das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der vierten Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

4. Der Fonds kann darüber hinaus:

- a) bis zu 10 % seines Nettovermögens in anderen als den unter Nr. 3. genannten Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten anlegen;
- b) liquide Mittel halten, die sich auf jederzeit verfügbare Bareinlagen wie Kontokorrentkonten beschränken, um laufende oder außerordentliche Zahlungen zu decken, oder für den Zeitraum, der für die Wiederanlage in zulässige Vermögenswerte gemäß Artikel 41(1) des Gesetzes von 2010 erforderlich ist, oder für einen Zeitraum, der im Falle ungünstiger Marktbedingungen unbedingt erforderlich ist. Der Besitz solcher zusätzlichen liquiden Mittel ist auf 20% des Netto-Teilfondsvermögens begrenzt. Diese 20%-Grenze darf nur dann vorübergehend und für einen unbedingt erforderlichen Zeitraum überschritten werden, wenn die Umstände dies aufgrund außergewöhnlich ungünstiger Marktbedingungen erfordern und eine solche Überschreitung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger gerechtfertigt ist.

- c) Kredite für kurze Zeit bis zu einem Gegenwert von 10 % seines Nettovermögens aufnehmen. Deckungsgeschäfte im Zusammenhang mit dem Verkauf von Optionen oder dem Erwerb oder Verkauf von Terminkontrakten und Futures gelten nicht als Kreditaufnahme im Sinne dieser Anlagebeschränkung;
- d) Devisen im Rahmen eines „Back-to-back“-Darlehens erwerben.

5. Darüber hinaus wird der Fonds bei der Anlage seines Vermögens folgende Anlagebeschränkungen beachten:

- a) Der Fonds darf höchstens 10 % seines Nettovermögens in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten anlegen. Der Fonds darf höchstens 20 % seines Nettovermögens in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung anlegen. Dabei sind u.a. die weiteren Bestimmungen des Verwaltungsreglements zu beachten. Das Kontrahentenrisiko bei Geschäften des Fonds mit OTC-Derivaten darf 10 % seines Nettovermögens nicht überschreiten, wenn die Gegenpartei ein Kreditinstitut im Sinne von Nr. 3. f) ist. Für andere Fälle beträgt die Grenze maximal 5 % des Nettovermögens des Fonds.
- b) Der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von Emittenten, bei denen der Fonds jeweils mehr als 5 % seines Nettovermögens anlegt, darf 40 % des Wertes seines Nettovermögens nicht überschreiten. Diese Begrenzung findet keine Anwendung auf Einlagen und auf Geschäfte mit OTC-Derivaten, die mit Finanzinstituten getätigt werden, welche einer behördlichen Aufsicht unterliegen.

Ungeachtet der einzelnen in Nr. 5. a) genannten Obergrenzen darf der Fonds bei ein und derselben Einrichtung höchstens 20 % seines Nettovermögens in einer Kombination aus

- von dieser Einrichtung begebenen Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten,
- Einlagen bei dieser Einrichtung und/oder
- der mit dieser Einrichtung gehandelten OTC-Derivate

investieren.

- c) Die in Nr. 5. a) Satz 1 genannte Obergrenze beträgt höchstens 35 %, wenn die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder seinen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein Mitgliedstaat der Europäischen Union angehört, begeben oder garantiert werden. Sollte der Fonds/Teilfonds die hier genannte Ausnahme in Anspruch nehmen, findet sich eine entsprechende Regelung in der Anlagepolitik.
- d) Die in Nr. 5. a) Satz 1 genannte Obergrenze beträgt höchstens 25 % für bestimmte Schuldverschreibungen, wenn diese von einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union begeben werden, das aufgrund gesetzlicher Vorschriften zum Schutz der Inhaber dieser Schuldverschreibungen einer besonderen behördlichen Aufsicht unterliegt. Insbesondere müssen die Erträge aus der Emission dieser Schuldverschreibungen gemäß den gesetzlichen Vorschriften in Vermögenswerten angelegt werden, die während der gesamten Laufzeit der Schuldverschreibungen die sich daraus ergebenden Verbindlichkeiten ausreichend decken und vorrangig für die beim Ausfall des Emittenten fällig werdende Rückzahlung des Kapitals und die Zahlung der Zinsen bestimmt sind.

Legt der Fonds mehr als 5 % seines Nettovermögens in Schuldverschreibungen im Sinne des vorstehenden Unterabsatzes an, die von ein und demselben Emittenten begeben werden, so darf der Gesamtwert dieser Anlagen 80 % des Wertes des Nettovermögens des Fonds nicht überschreiten.

- e) Die in Nr. 5. c) und d) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente werden bei der Anwendung der in Nr. 5. b) vorgesehenen Anlagegrenze von 40 % nicht berücksichtigt.

Die in Nr. 5. a), b), c) und d) genannten Grenzen dürfen nicht kumuliert werden; daher dürfen gemäß Nr. 5. a), b), c) und d) getätigte Anlagen in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten oder in Einlagen bei diesem Emittenten oder in Derivaten desselben nicht 35 % des Nettovermögens des Fonds übersteigen.

Gesellschaften, die im Hinblick auf die Erstellung des konsolidierten Abschlusses im Sinne der Richtlinie 83/349/EWG oder nach den anerkannten internationalen Rechnungslegungsvorschriften derselben Unternehmensgruppe angehören, sind bei der Berechnung der in diesen Buchstaben a) bis e) vorgesehenen Anlagegrenzen als ein einziger Emittent anzusehen.

Der Fonds darf kumulativ bis zu 20 % seines Nettovermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten ein und derselben Unternehmensgruppe anlegen.

- f) Unbeschadet der in nachfolgend Nr. 5. k), l) und m) festgelegten Anlagegrenzen betragen die in Nr. 5. a) bis e) genannten Obergrenzen für Anlagen in Aktien und/oder Schuldtiteln ein und desselben Emittenten höchstens

20 %, wenn es Ziel der Anlagestrategie des Fonds bzw. Teilfonds ist, einen bestimmten, von der CSSF anerkannten Aktien- oder Schuldtitelindex nachzubilden. Voraussetzung hierfür ist, dass

- die Zusammensetzung des Index hinreichend diversifiziert ist;
 - der Index eine adäquate Bezugsgrundlage für den Markt darstellt, auf den er sich bezieht;
 - der Index in angemessener Weise veröffentlicht wird.
- g) Die in Nr. 5. f) festgelegte Grenze beträgt 35 %, sofern dies aufgrund außergewöhnlicher Marktbedingungen gerechtfertigt ist, und zwar insbesondere auf geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente stark dominieren. Eine Anlage bis zu dieser Obergrenze ist nur bei einem einzigen Emittenten möglich.
- h) Unbeschadet der Bestimmungen gemäß Nr. 5. a) bis e) darf der Fonds, nach dem Grundsatz der Risikostreuung, bis zu 100 % seines Nettovermögens in Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten verschiedener Emissionen anlegen, die von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder seinen Gebietskörperschaften oder von einem anderen Mitgliedstaat der EU, OECD, G20, Singapur und Hongkong oder von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören, begeben oder garantiert werden, vorausgesetzt, dass (i) solche Wertpapiere im Rahmen von mindestens sechs verschiedenen Emissionen begeben worden sind und (ii) in Wertpapieren aus ein und derselben Emission nicht mehr als 30 % des Nettovermögens des Fonds angelegt werden.
- i) Der Fonds darf Anteile anderer OGAW und/oder anderer OGA im Sinne von Nr. 3. e) erwerben, wenn er nicht mehr als 20 % seines Nettovermögens in ein und demselben OGAW oder einem anderen OGA anlegt.

Bei der Anwendung dieser Anlagegrenze ist jeder Teilfonds eines Umbrella-Fonds im Sinne von Artikel 181 des Gesetzes von 2010 wie ein eigenständiger Emittent zu betrachten, vorausgesetzt, es ist sichergestellt, dass das Prinzip der Einzelhaftung pro Teilfonds im Hinblick auf Dritte Anwendung findet.

- j) Anlagen in Anteilen von anderen OGA als OGAW dürfen insgesamt 30 % des Nettovermögens des Fonds nicht übersteigen.

Wenn der Fonds Anteile eines OGAW und/oder sonstigen OGA erworben hat, werden die Anlagewerte des betreffenden OGAW oder anderen OGA in Bezug auf die in Nr. 5. a) bis e) genannten Obergrenzen nicht berücksichtigt.

Erwirbt der Fonds Anteile anderer OGAW und/oder sonstiger OGA, die unmittelbar oder mittelbar von derselben Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet werden, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Beherrschung oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, so darf die Verwaltungsgesellschaft oder die andere Gesellschaft für die Zeichnung oder den Rückkauf von Anteilen der anderen OGAW und/oder anderen OGA durch den Fonds keine Gebühren berechnen.

- k) Die Verwaltungsgesellschaft darf für alle von ihr verwalteten Fonds stimmberechtigte Aktien nicht in einem Umfang erwerben, der es ihm erlaubt, auf die Verwaltung des Emittenten einen wesentlichen Einfluss auszuüben.
- l) Ferner darf der Fonds insgesamt nicht mehr als:
- 10 % der stimmrechtslosen Aktien ein und desselben Emittenten;
 - 10 % der Schuldverschreibungen ein und desselben Emittenten;
 - 25 % der Anteile ein und desselben OGAW und/oder anderen OGA;
 - 10 % der Geldmarktinstrumente ein und desselben Emittenten

erwerben.

Die im zweiten, dritten und vierten Gedankenstrich vorgesehenen Grenzen brauchen beim Erwerb nicht eingehalten zu werden, wenn sich der Bruttobetrag der Schuldverschreibungen oder der Geldmarktinstrumente oder der Nettobetrag der abgegebenen Anteile zum Zeitpunkt des Erwerbs nicht berechnen lässt.

- m) Die vorstehenden Bestimmungen gemäß Nr. 5. k) und l) sind nicht anwendbar im Hinblick auf:
- aa) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder dessen Gebietskörperschaften begeben oder garantiert werden;
 - bb) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von einem Drittstaat begeben oder garantiert werden;

- cc) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die von internationalen Organismen öffentlich-rechtlichen Charakters begeben werden, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union angehören;
- dd) Aktien von Gesellschaften, die nach dem Recht eines Staates errichtet wurden, der kein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist, sofern (i) eine solche Gesellschaft ihr Vermögen hauptsächlich in Wertpapieren von Emittenten aus diesem Staat anlegt, (ii) nach dem Recht dieses Staates eine Beteiligung des Fonds an dem Kapital einer solchen Gesellschaft den einzig möglichen Weg darstellt, um Wertpapiere von Emittenten dieses Staates zu erwerben und (iii) diese Gesellschaft im Rahmen ihrer Vermögensanlage die Anlagebeschränkungen gemäß vorstehend Nr. 5. a) bis e) und Nr. 5. i) bis l) beachtet.
- n) Der Fonds darf keine Edelmetalle oder Zertifikate hierüber erwerben.
- o) Der Fonds darf nicht in Immobilien anlegen, wobei Anlagen in immobilengesicherten Wertpapieren oder Zinsen hierauf oder Anlagen in Wertpapieren, die von Gesellschaften ausgegeben werden, die in Immobilien investieren und Zinsen hierauf zulässig sind.
- p) Zu Lasten des Fondsvermögens dürfen keine Kredite oder Garantien für Dritte ausgegeben werden, wobei diese Anlagebeschränkung den Fonds nicht daran hindert, sein Nettovermögen in nicht voll einbezahlten Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderer Finanzinstrumente im Sinne von oben Nr. 3. e), g) und h) anzulegen, vorausgesetzt, der Fonds verfügt über ausreichende Bar- oder sonstige flüssige Mittel, um dem Abruf der verbleibenden Einzahlungen gerecht werden zu können; solche Reserven dürfen nicht schon im Rahmen des Verkaufs von Optionen berücksichtigt sein.
- q) Leerverkäufe von Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten oder anderen in oben Nr. 3. e), g) und h) genannten Finanzinstrumenten dürfen nicht getätigt werden.

6. Unbeschadet hierin enthaltener gegenteiliger Bestimmungen:

- a) braucht der Fonds die in vorstehend Nr. 3. bis 5. vorgesehenen Anlagegrenzen bei der Ausübung von Zeichnungsrechten, die an Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente, die er in seinem Fondsvermögen hält, geknüpft sind, nicht einzuhalten.
- b) muss der Fonds dann, wenn diese Bestimmungen aus Gründen, die außerhalb der Macht des Fonds liegen, oder aufgrund von Zeichnungsrechten überschritten werden, vorrangig danach streben, die Situation im Rahmen seiner Verkaufstransaktionen unter Berücksichtigung der Interessen seiner Anteilhaber zu bereinigen.
- c) in dem Fall, in dem ein Emittent eine Rechtseinheit mit mehreren Teilfonds bildet, bei der die Aktiva eines Teilfonds ausschließlich den Ansprüchen der Anleger dieses Teilfonds gegenüber sowie gegenüber den Gläubigern haften, deren Forderung anlässlich der Gründung, der Laufzeit oder der Liquidation des Teilfonds entstanden ist, ist jeder Teilfonds zwecks Anwendung der Vorschriften über die Risikostreuung in Nr. 5. a) bis g) sowie Nr. 5. i) und j) als eigenständiger Emittent anzusehen.
- d) Neu aufgelegte Teilfonds können für eine Frist von sechs Monaten ab Genehmigung des jeweiligen Teilfonds unter Beachtung des Grundsatzes der Risikostreuung von den in vorstehend Nr. 5 a) bis j) vorgesehenen Anlagegrenzen abweichen.

Der Verwaltungsrat des Fonds ist berechtigt, zusätzliche Anlagebeschränkungen aufzustellen, sofern dies notwendig ist, um den gesetzlichen und verwaltungsrechtlichen Bestimmungen in Ländern, in denen die Anteile des Fonds angeboten oder verkauft werden, zu entsprechen.

7. Techniken und Instrumente

a) Allgemeine Bestimmungen

Zur Absicherung und zur effizienten Verwaltung des Portfolios oder zum Laufzeiten- oder Risikomanagement des Portfolios, kann der Fonds Derivate sowie sonstige Techniken und Instrumente unter Einhaltung der anwendbaren Gesetze, Vorschriften und CSSF Rundschreiben einsetzen.

Beziehen sich diese Transaktionen auf den Einsatz von Derivaten, so müssen die Bedingungen und Grenzen mit den Bestimmungen von vorstehenden Nr. 3 bis 6 dieses Artikels im Einklang stehen. Des Weiteren sind die Bestimmungen von nachstehender Nr. 8 dieses Artikels betreffend Risikomanagement-Verfahren zu berücksichtigen.

Unter keinen Umständen darf der Fonds bei den mit Derivaten sowie sonstigen Techniken und Instrumenten verbundenen Transaktionen von den im Verkaufsprospekt genannten Anlagezielen des jeweiligen Teilfonds abweichen.

Alle Erträge, die sich aus den Techniken und Instrumenten für eine effiziente Portfolioverwaltung ergeben, abzüglich direkter und indirekter operationeller Kosten, müssen an den jeweiligen Teilfonds gezahlt werden.

Das Ausfallrisiko der Gegenpartei von Techniken und Instrumenten zur effizienten Portfolioverwaltung muss zusammen mit dem Ausfallrisiko der Gegenpartei bei Geschäften mit OTC-Derivaten die oben in der vorstehenden Nr. 5 a) Satz 3 genannte Gegenparteilimitierung in Höhe von 5% bzw. 10% einhalten.

Insbesondere können Kosten und Gebühren für die Dienstleister des Fonds sowie für andere Mittelspersonen, die Dienstleistungen im Zusammenhang mit anderen effizienten Portfolio-Management-Techniken erbringen, als übliche Entschädigung für ihre Dienstleistungen anfallen. Derartige Gebühren können als Prozentsatz der durch die Anwendung effizienter Portfolio-Management-Techniken und Instrumente erzielten Netto-Einkünfte den jeweiligen Teilfonds berechnet werden. Informationen zu den direkten und indirekten operationellen Kosten und Gebühren, die in diesem Zusammenhang anfallen können und über die Identität der Parteien, an welche solche Kosten und Gebühren gezahlt werden – sowie jegliche Beziehung dieser Parteien zu der Verwahrstelle oder ggf. dem Fondsmanager – werden in dem Jahresbericht des Fonds enthalten sein.

Spezielle Bestimmungen zu einzelnen Instrumenten sind nachfolgend aufgeführt.

8. Derivate

Jeder Teilfonds kann gemäß der jeweiligen im Verkaufsprospekt näher beschriebenen Anlagepolitik Derivate zur Absicherung und zur effizienten Portfolioverwaltung einsetzen.

Jeder Teilfonds kann in jeglichen Derivaten investieren, die von Vermögensgegenständen, die für den Teilfonds erworben werden dürfen, oder von Finanzindizes, Zinssätzen, Wechselkursen oder Währungen abgeleitet sind. Hierzu zählen insbesondere Optionen, Finanzterminkontrakte und Swaps sowie Kombinationen hieraus. Diese können nicht nur zur Absicherung genutzt werden, sondern können einen Teil der Anlagestrategie des jeweiligen Teilfonds darstellen.

Die Bedingungen und Grenzen müssen insbesondere mit den Bestimmungen der vorstehenden Nr. 3 g), Nr. 3 sowie dieser Nr. 8 im Einklang stehen. Insbesondere sind die Bestimmungen betreffend Risikomanagement-Verfahren bei Derivaten zu berücksichtigen.

9. Sicherheiten und Wiederanlage von Sicherheiten

Im Zusammenhang mit OTC-Derivaten-Geschäfte und Techniken und Instrumenten zur effizienten Portfolioverwaltung kann die Verwaltungsgesellschaft im Rahmen der in diesem Abschnitt festgelegten Strategie Sicherheiten erhalten, um ihr Gegenparteilimitierung zu reduzieren. Der vorliegende Abschnitt legt die von der Verwaltungsgesellschaft für die jeweiligen Teilfonds angewandte Strategie zur Verwaltung von Sicherheiten fest.

Sämtliche Vermögenswerte, die von der Verwaltungsgesellschaft im Zusammenhang mit den Techniken und Instrumenten zu einer effizienten Portfolioverwaltung erhalten werden, sind als Sicherheiten im Sinne dieses Abschnittes anzusehen.

a) Allgemeine Regelungen

Sicherheiten, die von der Verwaltungsgesellschaft für den jeweiligen Teilfonds erhalten werden, können dazu benutzt werden, das Gegenparteilimitierung zu reduzieren, dem die Verwaltungsgesellschaft ausgesetzt ist, wenn diese die in den anwendbaren Gesetzen, Vorschriften und in den von der CSSF erlassenen Rundschreiben aufgelisteten Anforderungen insbesondere hinsichtlich Liquidität, Bewertung, Qualität in Bezug auf die Zahlungsfähigkeit von Emittenten, Korrelation, Risiken in Bezug auf die Verwaltung von Sicherheiten und Durchsetzbarkeit erfüllt.

b) Zulässige Sicherheiten

Zusätzlich sind Sicherheiten für Geschäfte mit OTC-Derivaten (außer Währungstermingeschäften) in einer der folgenden Formen zu stellen:

- aa) liquide Vermögenswerte wie Barmittel, kurzfristige Bankeinlagen, Geldmarktinstrumente gemäß Definition in Richtlinie 2007/16/EG der Kommission vom 19. März 2007, Akkreditive und Garantien auf erstes Anfordern, die von erstklassigen, nicht mit dem Kontrahenten verbundenen Kreditinstituten ausgegeben werden, beziehungsweise von einem OECD-Mitgliedstaat oder dessen Gebietskörperschaften oder von supranationalen Institutionen und Behörden auf kommunaler, regionaler oder internationaler Ebene begebene Anleihen;
- bb) Anteile eines in Geldmarktinstrumente anlegenden OGA, der täglich einen Nettoinventarwert berechnet und der über ein Rating von AAA oder ein vergleichbares Rating verfügt,
- cc) Anteile eines OGAW, der vorwiegend in die unter den nächsten beiden Punkten aufgeführten Anleihen/Aktien anlegt,
- dd) Anleihen, die von erstklassigen Emittenten mit angemessener Liquidität begeben oder garantiert werden, oder

- ee) Aktien, die an einem geregelten Markt eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder an einer Börse eines OECD-Mitgliedstaats zugelassen sind oder gehandelt werden, sofern diese Aktien in einem anerkannten Index enthalten sind.

c) Umfang der Sicherheiten

Die Verwaltungsgesellschaft wird den erforderlichen Umfang von Sicherheiten für OTC-Derivate-Geschäfte und Techniken und Instrumente zur effizienten Portfolioverwaltung für den jeweiligen Teilfonds je nach der Natur und den Eigenschaften der ausgeführten Transaktionen, der Kreditwürdigkeit und Identität der Gegenparteien sowie der jeweiligen Marktbedingungen festlegen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann bei Geschäften mit OTC-Derivaten zur Reduzierung des Gegenparteirisikos Sicherheiten erhalten.

d) Strategie zu Bewertungsabschlägen (Haircut-Strategie)

Erhaltene Sicherheiten werden auf bewertungstäglicher Basis und unter Anwendung von zur Verfügung stehenden Marktpreisen sowie unter Berücksichtigung angemessener Bewertungsabschläge, die von der Verwaltungsgesellschaft für jede Vermögensart des jeweiligen Teilfonds auf Grundlage der Haircut-Strategie der Verwaltungsgesellschaft festgelegt werden, bewertet. Diese Strategie berücksichtigt mehrere Faktoren in Abhängigkeit von den erhaltenen Sicherheiten, wie etwa die Bonität der Gegenpartei, Fälligkeit, Währung und Preisvolatilität der Vermögenswerte. Grundsätzlich wird ein Bewertungsabschlag (Haircut) nicht auf entgegengenommene Barsicherheiten angewandt, sofern diese Barsicherheiten auf die jeweilige Teilfondswährung lauten. Derzeit werden nur Barmittel in der jeweiligen Teilfondswährung als Sicherheiten akzeptiert.

e) Wiederanlage von Sicherheiten

- Unbare Sicherheiten (Non-Cash Collateral)

Von der Verwaltungsgesellschaft für den jeweiligen Teilfonds entgegengenommene unbare Sicherheiten (Non-Cash Collateral) sollten nicht veräußert, neu angelegt oder verpfändet werden

- Barsicherheiten (Cash Collateral)

Von der Verwaltungsgesellschaft für den jeweiligen Teilfonds entgegengenommene Barsicherheiten (Cash Collateral) dürfen gemäß den Vorschriften des luxemburgischen Gesetzes und den anwendbaren Vorschriften insbesondere der ESMA-Leitlinien 2012/832, die durch das CSSF-Rundschreiben 13/559 implementiert wurden, nur in liquide Vermögenswerte investiert werden.

Entgegengenommene Barsicherheiten (Cash Collateral) sollten nur

- als Sichteinlagen bei Rechtsträgern gemäß Artikel 50 Buchstabe f der Richtlinie 2009/65/EG angelegt werden;
- in Staatsanleihen von hoher Qualität angelegt werden;
- in Geldmarktfonds mit kurzer Laufzeitstruktur gemäß der Definition in den CESR's Leitlinien zu einer gemeinsamen Definition für europäische Geldmarktfonds angelegt werden.

Jede Wiederanlage von Barsicherheiten muss in Bezug auf Länder, Märkte und Emittenten hinreichend diversifiziert sein mit einer maximalen Exposure gegenüber einem bestimmten Emittenten von 20 % des Nettoinventarwertes des jeweiligen Teilfonds.

10. Risikomanagement-Verfahren

Im Rahmen des Fonds wird ein Risikomanagement-Verfahren eingesetzt, welches es der Verwaltungsgesellschaft ermöglicht, das mit den Anlagepositionen des jeweiligen Teilfonds verbundene Marktrisiko, Liquiditätsrisiko, Kontrahentenrisiko, ihren jeweiligen Anteil am Gesamtrisikoprofil des Anlageportfolios sowie alle sonstigen Risiken, einschließlich operationellen Risiken, die für den Fonds von Bedeutung sind, jederzeit zu überwachen und zu messen.

Im Hinblick auf OTC-Derivate wird der Fonds Verfahren einsetzen, die eine präzise und unabhängige Bewertung des Wertes der OTC-Derivate erlauben. Darüber hinaus stellt der Fonds im Hinblick auf Derivate sicher, dass das mit Derivaten verbundene Gesamtrisiko jedes Teilfonds entsprechend der im Verkaufsprospekt vorgesehenen Einklassifizierung zum Gesamtrisiko entspricht. Soweit Techniken und Instrumente für eine effiziente Portfolioverwaltung angewendet werden, trägt die Verwaltungsgesellschaft dafür Sorge, dass die Risiken, die sich daraus ergeben, durch das Risikomanagement im Hinblick auf den jeweiligen Teilfonds in angemessener Weise erfasst werden.

Der Fonds darf als Teil seiner Anlagestrategie innerhalb der in vorstehend Nr. 5. e) dieses Artikels festgelegten Grenzen Anlagen in Derivaten tätigen, sofern das Gesamtrisiko der Basiswerte die Anlagegrenzen von vorstehend Nr. 5. a) bis e) dieses Artikels nicht überschreitet. Wenn der Fonds in indexbasierten Derivaten anlegt, müssen diese Anlagen nicht bei den Anlagegrenzen von vorstehend Nr. 5. a) bis e) dieses Artikels berücksichtigt werden.

Ein Derivat, das in ein Wertpapier oder ein Geldmarktinstrument eingebettet ist, muss hinsichtlich der Bestimmungen dieser Nr. 10 mitberücksichtigt werden.

11. Investmentsteuerliche Vorgaben

In der teilfondsspezifischen Anlagepolitik wird jeweils aufgeführt, ob es sich bei dem jeweiligen Teilfonds um einen Aktienfonds nach § 2 Abs. 6 InvStRefG bzw. Mischfonds nach § 2 Abs. 7 InvStRefG handelt.

Der jeweilige Teilfonds investiert dann fortlaufend mindestens 51% (im Falle eines Aktienfonds) bzw. 25% (im Falle eines Mischfonds) des Nettoinventarwerts in Kapitalbeteiligungen im Sinne des § 2 Abs. 8 InvStRefG.

Bei den folgenden Teilfonds handelt es sich um Aktienfonds, die fortlaufend mindestens 51% des Nettoinventarwerts in Kapitalbeteiligungen im Sinne des § 2 Abs. 8 InvStRefG investieren. Dabei können die tatsächlichen Kapitalbeteiligungsquoten von Ziel-Investmentfonds berücksichtigt werden:

- PPF II ("PMG Partners Funds II") – Global Infrastructure Network Fund
- PPF II ("PMG Partners Funds II") – Carnot Efficient Resources
- PPF II ("PMG Partners Funds II") – Quantitative Global Equity Fund

Kapitalbeteiligungen in diesem Sinne sind

- Anteile an Kapitalgesellschaften, die zum amtlichen Handel an einer Börse zugelassen oder an einem anderen organisierten Markt zugelassen oder in diesen einbezogen sind;
- Anteile an Kapitalgesellschaften, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ansässig sind und dort der Ertragsbesteuerung für Kapitalgesellschaften unterliegen und nicht von ihr befreit sind;
- Anteile an Kapitalgesellschaften, die in einem Drittstaat ansässig sind und dort einer Ertragsbesteuerung für Kapitalgesellschaften in Höhe von mindestens 15 % unterliegen und nicht von ihr befreit sind;
- Anteile an anderen Investmentvermögen entweder in Höhe der bewertungstäglich veröffentlichten Quote ihres Wertes, zu der sie tatsächlich in die vorgenannten Anteile an Kapitalgesellschaften anlegen oder in Höhe der in den Anlagebedingungen des anderen Investmentvermögens festgelegten Mindestquote.

Für Zwecke dieser Anlagepolitik und in Übereinstimmung mit der Definition des deutschen Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB) ist ein organisierter Markt, ein Markt, der anerkannt und für das Publikum offen ist und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Dieser organisierte Markt entspricht zugleich den Kriterien des Artikels 50 der Richtlinie 2009/65/EG.

Artikel 5 Anteile und Anteilklassen

1. Anteile an einem Teilfonds werden durch Globalzertifikat oder durch CFF-Verfahren (Central Facility for Funds) bei Clearstream Luxembourg begeben; ein Anspruch auf Auslieferung effektiver Stücke besteht nicht. Auf Wunsch des Anteilinhabers stellt die Verwaltungsgesellschaft Anteilbestätigungen über erworbene Anteile aus, die auch Bruchteile bis zu einem Tausendstel eines Anteils repräsentieren können.
2. Alle Anteile eines Teilfonds haben grundsätzlich gleiche Rechte.

Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds mehrere Anteilklassen vorsehen. Anteile von ausschüttungsberechtigten Anteilklassen berechtigen zu Ausschüttungen, während auf Anteile der thesaurierenden Anteilklassen keine Ausschüttungen bezahlt werden. Alle Anteile sind vom Tage ihrer Ausgabe an in gleicher Weise an Erträgen, Kursgewinnen und am Liquidationserlös ihrer jeweiligen Anteilklasse berechtigt.

3. Ausgabe und Rücknahme der Anteile sowie die Vornahme von Zahlungen auf Anteile erfolgen bei der Verwaltungsgesellschaft, der Verwahrstelle sowie über jede Zahlstelle.

Artikel 6 Ausgabe von Anteilen

1. Die Ausgabe von Anteilen erfolgt zu dem nach Artikel 7 bestimmten Anteilwert zuzüglich eines Ausgabeaufgeldes von bis zu 5 % des Anteilwertes („Ausgabepreis“). Das Ausgabeaufgeld wird zugunsten der Vertriebsstellen erhoben.
2. Die Ausgabe von Anteilen an den verschiedenen Teilfonds erfolgt grundsätzlich an jedem in Artikel 7 dieses Verwaltungsreglements definierten Bewertungstag. Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch im Interesse der Anteilinhaber beschließen, dass im Zusammenhang mit einzelnen Teilfonds Anteile ausschließlich an dem Erstausgabebetag ausgegeben werden; dies findet für die entsprechenden Teilfonds Erwähnung im Verkaufsprospekt. Im Interesse der Anteilinhaber kann die Verwaltungsgesellschaft für die Teilfonds, bei denen die Ausgabe von Anteilen nach dem Erstausgabebetag eingestellt wurde, beschließen, auch nach dem Erstausgabebetag Anteile auszugeben, und dies ggf. an jedem Bewertungstag. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt.

Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds jederzeit nach eigenem Ermessen einen Zeichnungsantrag zurückweisen oder die Ausgabe von Anteilen zeitweilig beschränken, aussetzen oder endgültig einstellen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des Fonds oder des jeweiligen Teilfonds, im Interesse der Anlagepolitik oder im Fall der Gefährdung der spezifischen Anlageziele des jeweiligen Teilfonds erforderlich erscheint. Aus den gleichen Gründen behält sich die Verwaltungsgesellschaft insbesondere das Recht vor, Zeichnungsanträge abzulehnen, welche mit den Praktiken des „Late Trading“ und/oder „Market Timing“ verbunden sind oder deren Antragsteller der Anwendung dieser Praktiken verdächtig sind.

Sollte die Verwaltungsgesellschaft Kenntnis darüber erlangen, dass es sich bei einem Investor um eine US-Person im Sinne von Ziffer 2. des Verkaufsprospektes handelt, wird sie die Anteile zurückkaufen und damit den Investor ausschließen.

3. Der Erwerb von Anteilen erfolgt grundsätzlich zu einem zum Zeitpunkt der Erteilung des Zeichnungsantrages unbekanntem Ausgabepreis des jeweiligen Bewertungstages gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Verwaltungsreglements. Zeichnungsanträge, welche bis spätestens 17.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Ausgabepreises des folgenden Bewertungstages abgerechnet. Zeichnungsanträge, welche nach 17.00 Uhr (Luxemburger Zeit) eingehen, werden auf der Grundlage des Ausgabepreises des übernächsten Bewertungstages abgerechnet. Die Verwaltungsgesellschaft kann im Interesse der Anteilhaber für einzelne Teilfonds eine von dieser Bestimmung abweichende Regelung treffen, welche dann im Verkaufsprospekt Erwähnung findet.

Der Ausgabepreis ist innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag in der Währung des jeweiligen Teilfonds zahlbar.

4. Die Anteile werden unverzüglich nach Eingang des Ausgabepreises bei der Verwahrstelle im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft von der Verwahrstelle zugeteilt.
5. Die Verwahrstelle wird auf nicht ausgeführte Zeichnungsanträge eingehende Zahlungen unverzüglich zurückzahlen.

Artikel 7 Anteilwertberechnung

1. Das Netto-Fondsvermögen des Fonds lautet auf Euro (EUR) („Referenzwährung“).
2. Der Wert eines Anteils („Anteilwert“) lautet auf die im jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt angegebene Währung („Teilfondswährung“), sofern nicht für etwaige weitere Anteilklassen im jeweiligen Anhang zum Verkaufsprospekt eine von der Teilfondswährung abweichende Währung angegeben ist (Anteilklassenwährung).

Anteilklassen können gegen Kursschwankungen einer Währung gehedged sein. Die etwaig angefallenen Kosten betreffend des Hedgings werden von der gehedgten Anteilklasse getragen.

3. Der Anteilwert wird durch die Verwaltungsgesellschaft oder einem von ihr Beauftragten unter Aufsicht der Verwahrstelle für jeden im Anhang des jeweiligen Teilfonds genannten Bewertungstag („Bewertungstag“), insofern die Banken in Luxemburg an diesen Tagen für den täglichen Geschäftsverkehr geöffnet sind, jedoch mit Ausnahme des 24. und 31. Dezembers, („Bankarbeitstag“) ermittelt. Dabei erfolgt die Berechnung des Anteilwertes für einen jeden Bewertungstag am jeweils darauffolgenden Bankarbeitstag („Berechnungstag“).

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich vor, einen zusätzlichen Anteilwert am letzten Bankarbeitstag eines Monats zu berechnen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann jedoch beschließen den Anteilwert für den 24. und 31. Dezember eines Jahres zu ermitteln, ohne dass es sich bei diesen Wertermittlungen um Berechnungen des Anteilwertes an einem Bewertungstag im Sinne des vorstehenden Satz 1 dieser Ziffer 3 handelt. Folglich können die Anleger keine Ausgabe, Rücknahme und/oder Umtausch von Anteilen auf Grundlage eines für den 24. Dezember und/oder 31. Dezember eines Jahres ermittelten Anteilwertes verlangen.

4. Zur Berechnung des Anteilwertes wird der Wert der zu dem jeweiligen Teilfonds gehörenden Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten des jeweiligen Teilfonds („Netto-Teilfondsvermögen“) für jeden Bewertungstag ermittelt und durch die Anzahl der am Bewertungstag im Umlauf befindlichen Anteile des jeweiligen Teilfonds geteilt und auf zwei Dezimalstellen gerundet.
5. Soweit in Jahres- und Halbjahresberichten sowie sonstigen Finanzstatistiken aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder gemäß den Regelungen dieses Verwaltungsreglements Auskunft über die Situation des Fondsvermögens des Fonds insgesamt gegeben werden muss, werden die Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds in die Referenzwährung umgerechnet. Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird nach folgenden Grundsätzen berechnet:

- a) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, werden den am Bewertungstag zuletzt verfügbaren Kursen bewertet. Wird ein Wertpapier an mehreren Wertpapierbörsen amtlich notiert, ist der am Bewertungstag zuletzt verfügbare Kurs jener Börse maßgebend, die der Hauptmarkt für dieses Wertpapier ist.
- b) Wertpapiere und Geldmarktinstrumente, die nicht an einer Wertpapierbörse amtlich notiert sind, die aber an einem geregelten Markt gehandelt werden, werden zu einem Kurs bewertet, der nicht geringer als der Geldkurs und nicht höher als der Briefkurs zur Zeit der Bewertung sein darf und den die Verwaltungsgesellschaft für den bestmöglichen Kurs hält, zu dem die Wertpapiere verkauft werden können.
- c) Der Wert von Futures oder Optionen, welche an Börsen oder anderen geregelten Märkten gehandelt werden, wird auf der Grundlage der am Bewertungstag zuletzt verfügbaren Kurse solcher Verträge an den Börsen oder geregelten Märkten, auf welchen diese Futures oder Optionen von dem jeweiligen Fonds gehandelt werden, berechnet; sofern ein Future oder eine Option an einem Tag, für welchen der Nettovermögenswert bestimmt wird, nicht liquidiert werden kann, wird die Bewertungsgrundlage für einen solchen Vertrag von der Verwaltungsgesellschaft in angemessener und vernünftiger Weise bestimmt.
- d) Ausserbörsliche (OTC) Swap-Transaktionen werden konsistent auf Basis, der nach Treu und Glauben mittels durch die Verwaltungsgesellschaft festgelegten Verfahren ermittelten Geld-, Brief- oder Mittelkurse bewertet. Bei einer Entscheidung für den Geld-, Brief- oder Mittelkurs bezieht die Verwaltungsgesellschaft die mutmaßlichen Zeichnungs- bzw. Rücknahmeflüsse sowie weitere Parameter mit ein. Falls nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft diese Werte nicht dem Marktwert der betreffenden OTC-Swap-Transaktionen entsprechen, wird deren Wert nach Treu und Glauben durch die Verwaltungsgesellschaft festgelegt bzw. nach einer anderen Methode, welche die Verwaltungsgesellschaft nach eigenem Ermessen für geeignet hält.
- e) OGAW bzw. OGA werden zum letzten festgestellten und erhältlichen Rücknahmepreis, der am jeweiligen Bewertungstag vorliegt, bewertet. Falls für Investmentanteile die Rücknahme ausgesetzt ist oder keine Rücknahmepreise festgelegt werden, werden diese Anteile ebenso wie alle anderen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben und allgemein anerkannten, von Wirtschaftsprüfern nachprüfaren, Bewertungsregeln festlegt.
- f) Falls die jeweiligen Kurse nicht marktgerecht sind und falls für andere als die unter Buchstaben a) und b) genannten Wertpapiere keine Kurse festgelegt wurden, werden diese Wertpapiere, ebenso wie die sonstigen gesetzlich zulässigen Vermögenswerte zum jeweiligen Verkehrswert bewertet, wie ihn die Verwaltungsgesellschaft nach Treu und Glauben auf der Grundlage des wahrscheinlich erreichbaren Verkaufswertes festlegt.
- g) Die flüssigen Mittel werden zu deren Nennwert zuzüglich Zinsen bewertet.
- h) Der Marktwert von Wertpapieren und anderen Anlagen, die auf eine andere Währung als die jeweilige Teilfondswährung lauten, wird zum letztverfügbaren Devisenmittelkurs in die entsprechende Teilfondswährung umgerechnet. Gewinne und Verluste aus Devisentransaktionen, werden jeweils hinzugerechnet oder abgesetzt.

Das jeweilige Netto-Teilfondsvermögen wird um die Ausschüttungen reduziert, die gegebenenfalls an die Anleger des betreffenden Teilfonds gezahlt wurden.

6. Die Anteilwertberechnung erfolgt nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jeden Teilfonds separat. Soweit jedoch innerhalb eines Teilfonds Anteilklassen gebildet wurden, erfolgt die daraus resultierende Anteilwertberechnung innerhalb des betreffenden Teilfonds nach den vorstehend aufgeführten Kriterien für jede Anteilklasse getrennt. Die Zusammenstellung und Zuordnung der Aktiva erfolgt immer pro Teilfonds.

Artikel 8 Einstellung der Berechnung des Anteilwertes sowie der Ausgabe, Rücknahme oder des Umtausches von Anteilen

1. Die Verwaltungsgesellschaft ist, unbeschadet der Regelung in Artikel 6 Absatz 2 des Verwaltungsreglements, berechtigt, für einen Teilfonds die Berechnung des Anteilwertes sowie die Ausgabe, Rücknahme oder den Umtausch von Anteilen zeitweilig einzustellen, wenn und solange Umstände vorliegen, die diese Einstellung erforderlich machen und wenn die Einstellung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber gerechtfertigt ist, insbesondere:
 - a) während der Zeit, in welcher eine Börse oder ein anderer Markt, wo ein wesentlicher Teil der Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds amtlich notiert oder gehandelt wird, geschlossen ist (außer an gewöhnlichen Wochenenden oder Feiertagen) oder der Handel an dieser Börse bzw. an dem entsprechenden Markt ausgesetzt oder eingeschränkt wurde;

- b) in Notlagen, wenn die Verwaltungsgesellschaft über Anlagen eines Teilfonds nicht verfügen kann oder es ihr unmöglich ist, den Gegenwert der Anlagekäufe oder -verkäufe frei zu transferieren oder die Berechnung des Anteilwertes ordnungsgemäß durchzuführen.

Die Verwaltungsgesellschaft wird die Aussetzung beziehungsweise Wiederaufnahme der Anteilwertberechnung, der Ausgabe, Rücknahme oder des Umtausches von Anteilen unverzüglich in mindestens einer Tageszeitung in den Ländern veröffentlichen, in denen der Fonds zum öffentlichen Vertrieb zugelassen ist, sowie allen Anteilinhabern mitteilen, die Anteile zur Rücknahme angeboten haben.

Artikel 9 Rücknahme und Umtausch von Anteilen

1. Die Anteilinhaber sind berechtigt, jederzeit die Rücknahme ihrer Anteile zu verlangen. Diese Rücknahme erfolgt nur an einem Bewertungstag. Die Rücknahme erfolgt zu dem nach Artikel 7 bestimmten Anteilwert, abzüglich eines Rücknahmeabschlages von bis zu 2 % des Anteilwertes. Der Rücknahmeabschlag kann, unter den im Verkaufsprospekt aufgeführten Bedingungen, zur Anwendung von Liquiditätsmanagement erhoben werden.
2. Die Rücknahme erfolgt grundsätzlich zu einem zum Zeitpunkt der Erteilung des Rücknahmeantrages unbekanntem Rücknahmepreis des jeweiligen Bewertungstages. Rücknahmeanträge, welche bis spätestens 17.00 Uhr (Luxemburger Zeit) an einem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Rücknahmepreises des folgenden Bewertungstages abgerechnet. Rücknahmeanträge, welche nach 17.00 Uhr (Luxemburger Zeit) eingehen, werden auf der Grundlage des Rücknahmepreises des übernächsten Bewertungstages abgerechnet. Die Verwaltungsgesellschaft kann im Interesse der Anteilinhaber für einzelne Teilfonds eine von dieser Bestimmung abweichende Regelung treffen, welche dann im Verkaufsprospekt Erwähnung findet.

Die Zahlung des Rücknahmepreises erfolgt innerhalb von zwei Bankarbeitstagen nach dem entsprechenden Bewertungstag. Die Verwaltungsgesellschaft behält sich das Recht vor, die Frist zur Zahlung des Rücknahmepreises auf bis zu 15 Bankarbeitstage zu verlängern, sofern dies durch Verzögerungen bei der Zahlung der Erlöse aus Anlageveräußerungen an den Fonds auf Grund von durch Börsenkontrollvorschriften oder ähnlichen Marktbeschränkungen begründeten Behinderungen an dem Markt, an dem eine beachtliche Menge der Vermögenswerte des Fonds angelegt sind, oder in außergewöhnlichen Umständen, in denen der Fonds den Rücknahmepreis nicht unverzüglich zahlen kann, notwendig ist.

3. Die Verwaltungsgesellschaft ist nach Abstimmung mit der Verwahrstelle berechtigt, die Rücknahme von Anteilen zu beschränken oder zeitweilig auszusetzen. Dies ist insbesondere möglich:
 - Im Falle umfangreicher Rücknahmeanträge:
 - o Aussetzung der Anteilrücknahme: Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, umfangreiche Rücknahmen (mehr als 10% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens am entsprechenden Bewertungstag), die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Teilfonds befriedigt werden können, erst zu tätigen, nachdem entsprechende Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds ohne Verzögerung verkauft wurden und zu dem Rücknahmepreis abzurechnen, in dem die zur Abrechnung der Rücknahmen notwendigen Verkäufe der Vermögenswerte des jeweiligen Teilfonds abgerechnet wurden;
 - o Beschränkung der Anteilrücknahme: Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, umfangreiche Rücknahmen (mehr als 20% des jeweiligen Netto-Teilfondsvermögens am entsprechenden Bewertungstag), die nicht aus den flüssigen Mitteln und zulässigen Kreditaufnahmen des jeweiligen Teilfonds befriedigt werden können, unter den im Verkaufsprospekt unter Punkt „9. Liquiditätsmanagement“ aufgeführten Bedingungen, einzuschränken;
 - Sofern die Berechnung des Anteilswerts gemäß Artikel 8 zeitweilig eingestellt ist;
 - Nach Ankündigung der Auflösung des Fonds zur Gewährleistung des Liquidationsverfahrens;
 - Aus anderen Gründen, die es im Interesse der Gesamtheit der Anleger des Fonds als gerechtfertigt und/oder geboten erscheinen lassen, z.B. wenn bei Veräußerung von Vermögensgegenständen aufgrund illiquider Märkte nicht solche Erlöse erzielt werden können, die bei normalen Marktverhältnissen erzielt würden.
4. Die Verwahrstelle ist nur insoweit zur Zahlung verpflichtet, als keine gesetzlichen Bestimmungen, z. B. devisenrechtliche Vorschriften oder andere von der Verwahrstelle nicht beeinflussbare Umstände, die Überweisung des Rücknahmepreises in das Land des Antragstellers verbieten.
5. Die Verwaltungsgesellschaft kann für jeden Teilfonds Anteile einseitig gegen Zahlung des Rücknahmepreises zurückkaufen, soweit dies im Interesse der Gesamtheit der Anteilinhaber oder zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, des Fonds oder eines Teilfonds erforderlich erscheint.

Sollte die Verwaltungsgesellschaft Kenntnis darüber erlangen, dass es sich bei einem Investor um eine US-Person im Sinne von Ziffer 2. des Verkaufsprospektes handelt, wird sie die Anteile zurückkaufen und damit den Investor ausschließen.

6. Der Anteilinhaber kann seine Anteile ganz oder teilweise in Anteile einer anderen Anteilklasse ebenso wie in Anteile eines anderen Teilfonds umtauschen. Der Tausch der Anteile erfolgt auf der Grundlage des nächsterrechneten Anteilwertes der betreffenden Anteilklassen beziehungsweise der betreffenden Teilfonds. Sofern für einzelne Teilfonds eine von dieser Bestimmung abweichende Regelung gemäß Absatz 2 getroffen wurde, findet diese Anwendung. Dabei kann eine Umtauschprovision zugunsten der Vertriebsstellen erhoben werden. Falls Anteile in Anteile einer anderen Anteilklasse oder eines anderen Teilfonds umgetauscht werden und der Ausgabeaufschlag dieser Anteile höher ist als der Ausgabeaufschlag der umzutauschenden Anteile, entspricht die Umtauschprovision der Differenz zwischen den Ausgabeaufschlägen der betreffenden Anteilklassen bzw. Teilfonds, mindestens jedoch 1 % des Anteilwertes der Anteilklasse bzw. des Teilfonds in welche(n) umgetauscht werden soll.

Die Verwaltungsgesellschaft behält sich zum Schutz des Fonds das Recht vor, Umtauschanträge abzulehnen, welche mit den Praktiken des „Late Trading“ und/oder „Market Timing“ verbunden sind oder deren Antragsteller der Anwendung dieser Praktiken verdächtig sind. Über Anteile kann nicht wirksam verfügt werden, soweit Ziffer 2. des Verkaufsprospektes erfüllt ist

Im Zusammenhang mit verschiedenen Teilfonds kann die Verwaltungsgesellschaft im Interesse der Anteilinhaber beschließen, dass weder die Anteilinhaber dieses Teilfonds zum Umtausch ihrer Anteile berechtigt sind noch ein Umtausch in Anteile dieses Teilfonds erfolgen kann. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt.

Artikel 10 Kosten

1. Dem jeweiligen Teilfondsvermögen können, ggf. nur im Hinblick auf einzelne Anteilklassen, folgende allgemeine Kosten belastet werden:
- a) alle Steuern, die auf das Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds, deren Erträge und Aufwendungen zu Lasten des jeweiligen Teilfonds erhoben werden sowie alle im Zusammenhang mit den Kosten der Verwaltung und Verwahrung eventuell entstehenden Steuern;
 - b) Kosten für Rechts- und Steuerberatung, die dem Teilfondsvermögen, der Verwaltungsgesellschaft oder der Verwahrstelle entstehen, wenn sie im Interesse der Anteilinhaber handeln sowie Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen des Teilfonds einschließlich marken- und wettbewerbsrechtlicher Fragestellungen;
 - c) die Honorare der Wirtschaftsprüfer;
 - d) die Kosten für Währungs- und Wertpapierkursicherung;
 - e) Erstellungs-, Druck-, Vertriebs- und Übersetzungskosten der Jahres- und Halbjahresberichte für die Anteilinhaber in allen notwendigen Sprachen, sowie Erstellungs-, Druck-, Vertriebs- und Übersetzungskosten von sämtlichen weiteren Berichten und Dokumenten, welche gemäß den anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen der jeweiligen Behörden notwendig sind;
 - f) Kosten der für die Anteilinhaber bestimmten Veröffentlichungen inklusive der Kosten für die Bekanntmachung der Jahres- und Halbjahresberichte, der Ausgabe- und Rücknahmepreise, ggf. der Thesaurierungen bzw. Ausschüttungen, des Auflösungsberichtes sowie Kosten für die Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers, mit Ausnahme der Kosten für Information bei Teilfondsverschmelzungen und mit Ausnahme der Informationen über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung eines jeweiligen Teilfonds;
 - g) ein angemessener Anteil an den Kosten für die Werbung und an solchen, welche direkt im Zusammenhang mit dem Anbieten und Verkauf von Aktien anfallen;
 - h) sämtliche Kosten und Gebühren im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung und der Bewertung von Vermögenswerten;
 - i) etwaige Transaktionskosten für Anteilscheingeschäfte;
 - j) Auslagen des Verwaltungsrates der Gesellschaft sowie Kosten im Zusammenhang mit Anlageausschusssitzungen;
 - k) im Zusammenhang mit der Fonds- bzw. Teilfondsauflegung entstandene Kosten; diese Kosten können über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren proportional belastet werden;
 - l) Kosten für die Erfüllung von Vertriebsanforderungen im Ausland, einschließlich Anzeigekosten, Kosten für aufsichtsrechtliche Bestimmungen im In- und Ausland, Rechts- und Steuerberatungskosten in diesem Zusammenhang sowie Übersetzungskosten;

- m) Kosten für die Bekanntmachung der Besteuerungsgrundlagen und Ausstellungen von Bescheinigungen in diesem Zusammenhang;
 - n) Kosten im Zusammenhang mit Börsennotierungen;
 - o) Kosten im Zusammenhang mit der Genehmigung oder Änderung von Verkaufsprospekt und Verwaltungsreglement;
 - p) Kosten für die Bonitätsbeurteilung eines Teilfonds durch national oder international anerkannte Ratingagenturen sowie Kosten für das Rating von Vermögensgegenständen, insbesondere das Emittentenrating von verzinslichen Wertpapieren;
 - q) Kosten zur Analyse des Anlageerfolges durch Dritte sowie Kosten für die Performance-Attribution;
 - r) Kosten für die Beauftragung von Stimmrechtsbevollmächtigungen bzw. die Ausübung von Stimmrechten auf Hauptversammlungen sowie Kosten für die Vertretung von Aktionärs- und Gläubigerrechten;
 - s) Kosten im Zusammenhang mit der Register- sowie der Transferstellentätigkeit;
 - t) Kosten für etwaige aufsichtsrechtlich erforderliche Meldungen im Zusammenhang mit der European Market Infrastructure Regulation (EMIR);
 - u) sämtliche Kosten, die im unmittelbaren oder mittelbaren Zusammenhang mit der Analyse sowie der Bestätigung des wirtschaftlich Berechtigten des Fonds entstehen, insbesondere Kosten für die Anpassung und Veröffentlichung sowie die Bestellung eines Auszuges im Register des wirtschaftlich Berechtigten;
 - v) im Zusammenhang mit den an die Verwaltungsgesellschaft, die Verwahrstelle und an die Beratungs- oder Asset Management Gesellschaft zu zahlenden Vergütungen sowie den, auf alle vorstehend genannten Aufwendungen gegebenenfalls anfallenden Steuern.
2. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, aus den jeweiligen Teilfondsvermögen ein jährliches Entgelt von bis zu 0,30 % zu erhalten, das auf der Grundlage des an jedem Bewertungstag errechneten Anteilwertes monatlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen der verschiedenen Teilfonds während des betreffenden Monats auszuführen ist. Dieses jährliche Entgelt beträgt mindestens EUR 40.000, - pro Teilfonds.
- Wird für einen Teilfonds eine feste Vergütung an einen Fondsmanager bzw. Investmentberater ausbezahlt, reduziert sich das Entgelt für die Verwaltungsgesellschaft um die Fondsmanagementgebühr bzw. Investmentberatergebühr, sofern diese Gebühr nicht aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen direkt an den Fondsmanager oder Investmentberater gezahlt wird. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt.
- Des Weiteren ist die Verwaltungsgesellschaft bzw. ein etwaiger Fondsmanager oder Investmentberater berechtigt, aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen entsprechend den Regelungen im Verkaufsprospekt eine zusätzliche Vergütung gemessen an der Wertentwicklung des jeweiligen Teilfondsvermögens, eine sogenannte Performance-Fee, zu erhalten.
- Wird für einen Teilfonds eine leistungsabhängige Vergütung an einen Fondsmanager bzw. Investmentberater ausbezahlt, reduziert sich das leistungsabhängige Entgelt für die Verwaltungsgesellschaft um die leistungsabhängige Fondsmanagementgebühr bzw. Investmentberatergebühr, sofern diese Gebühr nicht aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen direkt an den Fondsmanager oder Investmentberater gezahlt wird. Dies findet Erwähnung im Verkaufsprospekt.
- Zusätzlich erhält die Verwaltungsgesellschaft für das Risikomanagement eine jährliche Gebühr nach Maßgabe des Verkaufsprospektes.
- Im Falle der Beauftragung einer Vertriebsstelle trägt die Verwaltungsgesellschaft die jeweils anfallende Vergütung dieser Vertriebsstelle.
3. Die Verwahrstelle erhält aus dem jeweiligen Teilfondsvermögen:
- a) ein jährliches Entgelt für die Tätigkeit als Verwahrstelle in Höhe von bis zu 0,04 %, das auf der Grundlage des an jedem Bewertungstag errechneten Anteilwertes monatlich nachträglich auf das durchschnittliche Netto-Fondsvermögen der verschiedenen Teilfonds während des betreffenden Monats auszuführen ist, dieses jährliche Entgelt beträgt mindestens EUR 10.000, - pro Teilfonds;
 - b) eine bankübliche Bearbeitungsgebühr für Geschäfte für Rechnung des Fonds;

- c) Kosten und Auslagen, die der Verwahrstelle aufgrund einer zulässigen und marktüblichen Beauftragung Dritter gemäß Artikel 3 Absatz 4 des Verwaltungsreglements mit der Verwahrung von Vermögenswerten der Teilfonds entstehen.
4. Alle Kosten werden zuerst den Erträgen angerechnet, dann den Kapitalgewinnen und erst dann dem Fondsvermögen.
5. Das Vermögen des Fonds haftet insgesamt für alle vom Fonds zu tragenden Kosten. Jedoch werden diese Kosten den einzelnen Teilfonds, soweit sie diese gesondert betreffen, angerechnet; ansonsten werden die Kosten den einzelnen Teilfonds gemäß dem Wert der Netto-Fondsvermögen der jeweiligen Teilfonds belastet.
6. Die Kosten für die Gründung des Fonds und die Erstausgabe von Anteilen betragen ca. EUR 40.000, - und werden über einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren abgeschrieben. Diese Ausgaben werden den bei der Gründung aufgelegten Teilfonds belastet. Die Kosten im Zusammenhang mit der Auflegung weiterer Teilfonds werden dem Fondsvermögen des jeweiligen Teilfonds zugeordnet und dort über eine Frist von höchstens fünf Jahren abgeschrieben.
7. Die in diesem Artikel genannten Kosten verstehen sich zuzüglich einer gegebenenfalls anfallenden Mehrwertsteuer.

Artikel 11 Rechnungsjahr und Revision

Das Rechnungsjahr des Fonds endet jährlich am 31. Dezember. Das erste Rechnungsjahr endete zum 31. Dezember 2015. Die Bücher der Verwaltungsgesellschaft und des Fonds werden durch einen in Luxemburg zugelassenen Wirtschaftsprüfer geprüft, der von der Verwaltungsgesellschaft bestellt wird.

Artikel 12 Ertragsverwendung

1. Jedes Jahr wird die Verwaltungsgesellschaft die Nettoerträge eines Teilfonds, die einer ausschüttenden Anteilklasse zuzurechnen sind, ausschütten. Als Nettoerträge eines Teilfonds gelten die Dividenden und Zinsen, abzüglich der allgemeinen Kosten, unter Ausschluss der realisierten Kapitalgewinne und Kapitalverluste oder der nicht realisierten Wertsteigerungen und Wertminderungen sowie des Erlöses aus dem Verkauf von Subskriptionsrechten oder aller sonstigen Einkünfte nicht wiederkehrender Art.
2. Unbeschadet der vorstehenden Regelung kann die Verwaltungsgesellschaft von Zeit zu Zeit neben den Nettoerträgen auch realisierte Kapitalgewinne abzüglich realisierter Kapitalverluste und ausgewiesener Wertminderungen, sofern diese nicht durch ausgewiesene Wertsteigerungen ausgeglichen sind, sowie Erlöse aus dem Verkauf von Subskriptionsrechten und/oder alle sonstigen Einkünfte nicht wiederkehrender Art ganz oder teilweise ausschütten, soweit sie einer ausschüttenden Anteilklasse zuzurechnen sind.
3. Jedoch darf eine Ausschüttung nicht vorgenommen werden, wenn dadurch das Netto-Gesamtvermögen des Fonds unter den Gegenwert von EUR 1.250.000, - fallen würde.

Artikel 13 Verjährung

Forderungen der Anteilinhaber gegen die Verwaltungsgesellschaft oder die Verwahrstelle können nach Ablauf von fünf Jahren nach Entstehung des Anspruchs nicht mehr gerichtlich geltend gemacht werden; davon unberührt bleibt die in Artikel 16 Absatz 2 des Verwaltungsreglements enthaltene Regelung.

Artikel 14 Änderungen des Verwaltungsreglements

Die Verwaltungsgesellschaft kann mit Zustimmung der Verwahrstelle dieses Verwaltungsreglement jederzeit ganz oder teilweise ändern.

Artikel 15 Veröffentlichungen

1. Die erstmals gültige Fassung des Verwaltungsreglements sowie Änderungen desselben werden bei der Kanzlei des Bezirksgerichts Luxemburg hinterlegt sowie im „Recueil Electronique des Sociétés et Associations (RESA)“ veröffentlicht. Änderungen dieses Verwaltungsreglements werden darüber hinaus, soweit erforderlich, in mindestens zwei hinreichend verbreiteten Tageszeitungen, einschließlich mindestens einer Luxemburger Tageszeitung veröffentlicht.
2. Ausgabe- und Rücknahmepreise können an jedem Bewertungstag bei der Verwaltungsgesellschaft und bei jeder Zahlstelle erfragt werden.

3. Die Verwaltungsgesellschaft erstellt für den Fonds einen Verkaufsprospekt, Basisinformationsblätter, einen geprüften Jahresbericht sowie einen Halbjahresbericht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Großherzogtums Luxemburg.
4. Die unter Absatz 3 dieses Artikels aufgeführten Unterlagen des Fonds sind für die Anteilhaber am Sitz der Verwaltungsgesellschaft und bei jeder Zahlstelle kostenlos erhältlich.

Artikel 16 Dauer und Auflösung des Fonds und seiner Teilfonds; Zusammenlegung von Teilfonds

1. Der Fonds wurde auf unbestimmte Zeit errichtet; er kann jedoch jederzeit durch die Verwaltungsgesellschaft unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber aufgelöst werden. Eine Auflösung erfolgt zwingend in den gesetzlich vorgesehenen Fällen und im Falle der Auflösung der Verwaltungsgesellschaft.
2. Die Auflösung des Fonds wird entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen von der Verwaltungsgesellschaft im „Recueil Electronique des Sociétés et Associations (RESA)“ und in mindestens zwei Tageszeitungen, welche eine angemessene Auflage erreichen, veröffentlicht. Eine dieser Tageszeitungen muss eine luxemburger Tageszeitung sein. Wenn ein Tatbestand eintritt, der zur Liquidation des Fonds führt, wird die Ausgabe von Anteilen eingestellt. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme von Anteilen weiterhin zulassen, falls die Gleichbehandlung aller Anleger sichergestellt ist. Insbesondere wird im Rücknahmepreis der Anteile, die während des Liquidationsverfahrens zurückgegeben werden, ein anteiliger Betrag an den Liquidationskosten und ggf. Honoraren des oder der Liquidatoren berücksichtigt. Falls die Verwaltungsgesellschaft beschließt, die Rücknahme von Anteilen mit Beginn der Liquidation einzustellen, wird in der Veröffentlichung gemäß Satz 1 darauf hingewiesen.
Die Verwahrstelle wird den Liquidationserlös, abzüglich der Liquidationskosten und Honorare, auf Anweisung der Verwaltungsgesellschaft oder gegebenenfalls der von ihr oder von der Verwahrstelle im Einvernehmen mit der Aufsichtsbehörde ernannten Liquidatoren unter die Anteilhaber im Verhältnis ihrer jeweiligen Anteile verteilen. Liquidationserlöse, die zum Abschluss des Liquidationsverfahrens von Anteilhabern nicht eingefordert worden sind, werden, soweit dann gesetzlich notwendig, von der Verwahrstelle für Rechnung der berechtigten Anteilhaber nach Abschluss des Liquidationsverfahrens bei der „Caisse de Consignation“ in Luxemburg hinterlegt, wo diese Beträge verfallen, wenn sie nicht innerhalb der gesetzlichen Frist dort angefordert werden.
3. Die Verwaltungsgesellschaft kann jederzeit neue Teilfonds auflegen. Sie kann bestehende Teilfonds auflösen, sofern dies unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilhaber, zum Schutz der Verwaltungsgesellschaft, zum Schutz des Fonds oder im Interesse der Anlagepolitik notwendig oder angebracht erscheint. Darüber hinaus können Teilfonds auf bestimmte Zeit errichtet werden. Dies findet gegebenenfalls Erwähnung im Verkaufsprospekt.

In den beiden Monaten, die dem Zeitpunkt der Auflösung eines, auf bestimmte Zeit errichteten Teilfonds vorangehen, wird die Verwaltungsgesellschaft den entsprechenden Teilfonds abwickeln. Dabei werden die Vermögensanlagen veräußert, die Forderungen eingezogen und die Verbindlichkeiten getilgt.

Die in Absatz 2 Satz 8 enthaltene Regelung gilt entsprechend für sämtliche nicht nach Abschluss des Liquidationsverfahrens eingeforderten Beträge.

Weder die Anteilhaber noch deren Erben, Gläubiger oder Rechtsnachfolger können die Auflösung oder die Teilung des Fonds oder eines Teilfonds beantragen.

Artikel 17 Verschmelzung des Fonds oder von Teilfonds

1. Die Verwaltungsgesellschaft kann durch Beschluss des Verwaltungsrats und, soweit anwendbar, gemäß den im Gesetz von 2010 sowie den anwendbaren Verwaltungsvorschriften benannten Bedingungen und Verfahren den Fonds oder gegebenenfalls einen oder mehrere Teilfonds des Fonds mit einem bereits bestehenden oder gemeinsam gegründeten anderen Teilfonds, anderen luxemburger Fonds bzw. Teilfonds, einem anderen ausländischen OGAW oder einem Teilfonds eines anderen ausländischen OGAWs entweder unter Auflösung ohne Abwicklung oder unter Weiterbestand bis zur Tilgung sämtlicher Verbindlichkeiten verschmelzen.
2. Die Verwaltungsgesellschaft zeigt die Verschmelzung des Fonds bzw. Teilfonds gemäß Artikel 15 Absatz 1 Satz 2 an. Die Anteilhaber haben das Recht, innerhalb von 30 Tagen die Rückgabe oder gegebenenfalls den Umtausch ihrer Anteile in Anteile eines anderen Fonds bzw. Teilfonds mit ähnlicher Anlagepolitik, der von derselben Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft verwaltet wird, mit der die Verwaltungsgesellschaft durch eine gemeinsame Verwaltung oder Kontrolle oder durch eine wesentliche direkte oder indirekte Beteiligung verbunden ist, ohne weitere Kosten als jene, die vom Fonds bzw. Teilfonds zur Deckung der Auflösungskosten einbehalten werden, zu verlangen. Mit Wirksamwerden der Verschmelzung werden die Anteilhaber des übertragenden Fonds bzw. Teilfonds Anteilhaber des übernehmenden Fonds bzw. Teilfonds.

3. Rechts-, Beratungs- oder Verwaltungskosten, die mit der Vorbereitung und der Durchführung einer Verschmelzung verbunden sind, werden nicht den betroffenen Fonds bzw. Teilfonds oder deren Anteilinhabern angelastet.
4. Die Verschmelzung ist Gegenstand eines Prüfberichts eines Wirtschaftsprüfers und, soweit anwendbar, der Depotbank des Fonds.
5. Soweit anwendbar, übermittelt die Verwaltungsgesellschaft den Anteilinhabern mindestens 30 Tage vor Ablauf der in Absatz 2 beschriebenen Rückgabe- bzw. Umtauschfrist die Information, dass sie während dieser Zeit das Recht haben, Anteile ohne Kosten entsprechend Absatz 2 zum jeweiligen Anteilwert zurückzugeben oder umzutauschen, sowie Informationen über den Hintergrund und Beweggründe für die geplante Verschmelzung, potentielle Auswirkungen der Verschmelzung auf die Anteilinhaber, weitere spezifische Rechte der Anteilinhaber wie das Recht, auf Anfrage eine Kopie des Prüfberichts des Wirtschaftsprüfers oder der Verwahrstelle zu erhalten, maßgebliche Verfahrensaspekte, den geplanten Termin des Wirksamwerdens der Verschmelzung, eine Kopie des Dokuments des übernehmenden OGAW mit den Basisinformationsblättern sowie eine Angabe, wo die Anteilinhaber zusätzliche Informationen anfordern können.

Artikel 18 Anwendbares Recht, Gerichtsstand und Vertragssprache

1. Das Verwaltungsreglement unterliegt Luxemburger Recht. Insbesondere gelten in Ergänzung zu den Regelungen des Verwaltungsreglements die Vorschriften des Gesetzes von 2010. Gleiches gilt für die Rechtsbeziehungen zwischen den Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle.
2. Jeder Rechtsstreit zwischen Anteilinhabern, der Verwaltungsgesellschaft und der Verwahrstelle im Hinblick auf den Fonds oder einen Teilfonds unterliegt der Gerichtsbarkeit des zuständigen Gerichts im Gerichtsbezirk Luxemburg im Großherzogtum Luxemburg. Die Verwaltungsgesellschaft und die Verwahrstelle sind berechtigt, sich selbst und den Fonds der Gerichtsbarkeit und dem Recht eines jeden Landes zu unterwerfen, in welchem Anteile des Fonds öffentlich vertrieben werden, soweit es sich um Ansprüche der Anleger handelt, die in dem betreffenden Land ansässig sind, und im Hinblick auf Angelegenheiten, die sich auf den Fonds beziehen.
3. Der deutsche Wortlaut des Verwaltungsreglements ist maßgeblich.

Artikel 19 Inkrafttreten

Dieses Verwaltungsreglement tritt zum 01. März 2026 in Kraft.

Zusätzliche Informationen für Anleger in der Bundesrepublik Deutschland:

Allgemeine Hinweise

Der Vertrieb der Fondsanteile ist nach § 310 Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angezeigt worden.

Es sind die in der nachfolgenden Liste aufgeführten Teilfonds des Fonds PPF II („PMG Partners Funds II“) in der Bundesrepublik Deutschland zum öffentlichen Vertrieb notifiziert worden:

- **PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund**
- **PPF II („PMG Partners Funds II“) – Carnot Efficient Resources**
- **PPF II („PMG Partners Funds II“) – Quantitative Global Equity Fund**

Zahl- und Informationsstelle in der Bundesrepublik Deutschland

Als Zahl- und Informationsstelle in der Bundesrepublik Deutschland fungiert die **Bayerische Landesbank** mit Sitz in Briener Straße 18, D-80333 München (im Folgenden „Bayern LB“).

Rücknahme- und Umtauschanträge können bei der Bayern LB eingereicht werden.

Sämtliche Zahlungen an die Anleger (Rücknahmeerlöse sowie etwaige Ausschüttungen und sonstige Zahlungen) können auf Wunsch der Anleger über die Bayern LB geleitet werden.

Bei der Bayern LB sind die folgenden Informationen und Unterlagen kostenlos einsehbar bzw. in Papierform kostenlos erhältlich:

- Verkaufsprospekt
- Basisinformationsblätter
- Allgemeines Verwaltungsreglement, Sonderreglements der Teilfonds
- Halbjahres- und Jahresberichte
- Ausgabe- und Rücknahmepreise
- Alle sonstigen Angaben und Unterlagen, die im Großherzogtum Luxemburg zu veröffentlichen sind

Publikationen

Ausgabe- und Rücknahmepreise werden im Internet auf der Webseite der Verwaltungsgesellschaft unter <https://www.opportunityfm.com> veröffentlicht.

Etwaige Mitteilungen an die Anteilhaber werden auf der Webseite der Verwaltungsgesellschaft unter <https://www.opportunityfm.com> im Downloadbereich für deutsche Anleger veröffentlicht.

In folgenden Fällen erfolgt zusätzlich eine Information der Anleger in Deutschland mittels dauerhaften Datenträgers gemäß § 298 Absatz 2 KAGB, die ebenfalls auf der Webseite der Verwaltungsgesellschaft unter <https://www.opportunityfm.com> im Downloadbereich für deutsche Anleger abgerufen werden kann:

- a) Aussetzung der Rücknahme der Anteile des Fonds,
- b) Kündigung der Verwaltung des Fonds oder dessen Abwicklung,
- c) Änderungen des Verwaltungsreglements, die mit den bisherigen Anlagegrundsätzen nicht vereinbar sind, die wesentliche Anlegerrechte berühren oder die Vergütungen und Aufwendererstattungen betreffen, die aus dem Fondsvermögen entnommen werden können,
- d) Die Verschmelzung des Fonds mit einem anderen Fonds,
- e) Die Umwandlung des Fonds in einen Feeder-Fonds oder die Änderungen eines Master-Fonds.

Darüber hinaus liegen der in diesem Verkaufsprospekt erwähnte Fondsmanagementvertrag, der Verwahr- und Hauptzahlstellenvertrag sowie der Transferstellenvertrag bei der Verwaltungsgesellschaft und bei der Bayern LB kostenlos zur Einsicht aus.

Besondere Risiken durch steuerliche Nachweispflichten in Deutschland

Die Verwaltungsgesellschaft hat der deutschen Finanzverwaltung auf Anforderung Nachweise zu erbringen, um beispielsweise die Richtigkeit der bekannt gemachten Besteuerungsgrundlagen zu belegen. Die Grundlagen für die Berechnung dieser Angaben können unterschiedlich ausgelegt und es kann keine Zusicherung dahingehend gegeben werden, dass die deutsche Finanzverwaltung die von der Verwaltungsgesellschaft angewandte Methodik für die Berechnung in jedem wesentlichen Aspekt anerkennt. Überdies sollten sich Anleger dessen bewusst sein, dass eine Korrektur im Allgemeinen nicht für die Vergangenheit durchgeführt wird, sollten Fehler für die Vergangenheit erkennbar werden, sondern grundsätzlich erst für das laufende Geschäftsjahr berücksichtigt wird. Entsprechend kann die Korrektur die Anleger, die im laufenden Geschäftsjahr eine Ausschüttung erhalten bzw. einen Thesaurierungsbetrag zugerechnet bekommen, belasten oder begünstigen.

Zusätzliche Informationen für Anleger in Österreich:

Allgemeine Hinweise

Der Vertrieb der Fondsanteile ist gemäß § 140 Investmentfondsgesetz 2011 (InvFG 2011) der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) in Österreich angezeigt worden.

Es sind die in der nachfolgenden Liste aufgeführten Teilfonds des Fonds PPF II („PMG Partners Funds II“) in Österreich zum öffentlichen Vertrieb notifiziert worden:

- **PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund**

Kontakt- und Informationsstelle in Österreich

Als Kontakt- und Informationsstelle in Österreich fungiert gemäß den Bestimmungen nach EU- Richtlinie 2019/1160 Art. 92 die **Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG**, Am Belvedere 1, AT-1100 Wien, forignfunds0540@erstebank.at (im Folgenden die „Kontakt- und Informationsstelle in Österreich“). Anträge auf Rücknahme von Anteilen können bei der Kontakt- und Informationsstelle in Österreich eingereicht werden.

Die Rücknahmeerlöse sowie etwaige Ausschüttungen und andere Zahlungen können auf Wunsch von der Kontakt- und Informationsstelle in Österreich an die Anteilinhaber sowohl mittels Überweisung als auch in bar in der Landeswährung ausgezahlt werden.

Die nachfolgenden Unterlagen/Informationen des Fonds können kostenlos (ggf. auch in gedruckter Form) bei der Kontakt- und Informationsstelle in Österreich bezogen werden:

- Verkaufsprospekt
- Basisinformationsblätter
- Allgemeines Verwaltungsreglement, Sonderreglement
- Halbjahres- und Jahresberichte
- Ausgabe- und Rücknahmepreise
- Ggf. Informationen über Fondssuspendierungen

Darüber hinaus können diese Unterlagen/Informationen auch auf der Webseite der Verwaltungsgesellschaft für die Anleger aus Österreich unter <https://www.opportunityfm.com> eingesehen bzw. heruntergeladen werden.

Publikationen

Ausgabe- und Rücknahmepreise können bei der Kontakt- und Informationsstelle in Österreich nachgefragt werden sowie auf der Webseite der Verwaltungsgesellschaft für die Anleger aus Österreich unter <https://www.opportunityfm.com> eingesehen werden.

Etwaige Mitteilungen an die Anteilinhaber werden auf der Webseite der Verwaltungsgesellschaft für die Anleger aus Österreich unter <https://www.opportunityfm.com> veröffentlicht und können dort heruntergeladen werden.

Rücktrittsrecht

Für österreichische Anleger ist § 3 Kündigungsschutzgesetz (KSchG) in Verbindung mit § 63 Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG) anzuwenden.

Besondere Risiken durch steuerliche Nachweispflichten in Österreich

Der Vertreter hat der österreichischen Finanzverwaltung auf Anforderung Nachweise zu erbringen, um beispielsweise die Richtigkeit der bekannt gemachten Besteuerungsgrundlagen zu belegen. Die Grundlagen für die Berechnung dieser Angaben können unterschiedlich ausgelegt und es kann keine Zusicherung dahingehend gegeben werden, dass die österreichische Finanzverwaltung die von dem Vertreter angewandte Methodik für die Berechnung in jedem wesentlichen Aspekt anerkennt. Überdies sollten sich Anleger dessen bewusst sein, dass eine Korrektur im Allgemeinen nicht für die Vergangenheit durchgeführt wird, sollten Fehler für die Vergangenheit erkennbar werden, sondern grundsätzlich erst für das laufende Geschäftsjahr berücksichtigt wird. Entsprechend kann die Korrektur die Anleger, die im laufenden Geschäftsjahr eine Ausschüttung erhalten bzw. einen Thesaurierungsbetrag zugerechnet bekommen, belasten oder begünstigen.

Anteilinhaber oder interessierte Personen sollten ihren Steuerberater wegen der steuerlichen Auswirkungen ihrer Fondsanlage konsultieren.

Zusätzliche Informationen für Anleger in der Schweiz

Es sind die in der nachfolgenden Liste aufgeführten Teilfonds des Fonds PPF II („PMG Partners Funds II“) in der Schweiz zum öffentlichen Vertrieb notifiziert worden:

▪ **PPF II („PMG Partners Funds II“) – Global Infrastructure Network Fund**

Vertreter

Vertreter des Fonds in der Schweiz ist **PMG Investment Solutions AG**, Dammstrasse 23, CH-6300 Zug.

Zahlstelle

Zahlstelle in der Schweiz ist die **InCore Bank AG**, Wiesenstraße 17, CH-8952 Schlieren.

Bezugsort der maßgeblichen Dokumente

Der Prospekt und die Basisinformationsblätter, das Verwaltungsreglement sowie der Jahres- und Halbjahresbericht können kostenlos beim Vertreter bezogen werden.

Publikationen

Die ausländische kollektive Kapitalanlage betreffende Publikationen erfolgen in der Schweiz auf der elektronischen Plattform www.swissfunddata.com.

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise bzw. der Inventarwert mit dem Hinweis „exklusive Kommissionen“ aller Anteilklassen werden bei jeder Ausgabe und Rücknahme von Anteilen auf der elektronischen Plattform www.swissfunddata.ch publiziert. Die Preise werden mindestens jeden Samstag auf der elektronischen Plattform www.swissfunddata.ch publiziert.

Zahlung von Retrozessionen und Rabatten

Die Verwaltungsgesellschaft sowie deren Beauftragte können Retrozessionen zur Entschädigung der Vertriebstätigkeit von Fondsanteilen in der Schweiz bezahlen. Mit dieser Entschädigung können insbesondere folgende Dienstleistungen abgegolten werden:

- das Anbieten von Fondsanteilen der ausländischen kollektiven Kapitalanlage in der Schweiz oder von der Schweiz aus sowie die damit einhergehenden Beratungs- und Betreuungsleistungen gegenüber Anlegern unter Berücksichtigung der bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen im Rahmen der jeweils zulässigen Vertriebsstruktur in der Schweiz;
- das Werben für die ausländische kollektive Kapitalanlagen in der Schweiz oder von der Schweiz aus durch Aufnahme des Fonds in die Produktpalette des Vertriebsträgers sowie das Werben unter Hinzuziehung von Dritten (z.B. Plattformen, Banken) unter Berücksichtigung der bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen im Rahmen der jeweils zulässigen Vertriebsstruktur in der Schweiz.

Retrozessionen gelten nicht als Rabatte, auch wenn sie ganz oder teilweise letztendlich an die Anleger weitergeleitet werden.

Die Offenlegung des Empfangs der Retrozessionen richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des FIDLEG.

Die Verwaltungsgesellschaft und deren Beauftragte können im Vertrieb in der Schweiz Rabatte auf Verlangen direkt an Anleger bezahlen. Rabatte dienen dazu, die auf die betreffenden Anleger entfallenden Gebühren oder Kosten zu reduzieren. Rabatte sind zulässig, sofern sie

- aus Gebühren der Verwaltungsgesellschaft bezahlt werden und somit das Fondsvermögen nicht zusätzlich belasten;
- aufgrund von objektiven Kriterien gewährt werden;
- sämtlichen Anlegern, welche die objektiven Kriterien erfüllen und Rabatte verlangen, unter gleichen zeitlichen Voraussetzungen im gleichen Umfang gewährt werden.

Die objektiven Kriterien zur Gewährung von Rabatten durch die Verwaltungsgesellschaft sind:

- das vom Anleger gezeichnete Volumen bzw. das von ihm gehaltene Gesamtvolumen in der kollektiven Kapitalanlage oder gegebenenfalls in der Produktpalette des Promoters;
- die Höhe der vom Anleger generierten Gebühren;
- das vom Anleger praktizierte Anlageverhalten (z.B. erwartete Anlagedauer);
- die Unterstützungsbereitschaft des Anlegers in der Lancierungsphase einer kollektiven Kapitalanlage.

Auf Anfrage des Anlegers legt die Verwaltungsgesellschaft die entsprechende Höhe der Rabatte kostenlos offen.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Für die in der Schweiz angebotenen Anteile ist der Erfüllungsort am Sitz des Vertreters. Der Gerichtsstand liegt am Sitz des Vertreters oder Wohnsitz des Anlegers.